

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Am Brüsseler Tropf

Am 9. Mai ist auf einem Kongreß sozialistischer, kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien in Rom, bei dem es neben Akteuren auch Beobachter gab, die sich der Initiative nicht anschlossen, z. B. die DKP, eine neue politische Formation geschaffen worden. Sie nennt sich Partei der Europäischen Linken (EL). Der Veranstaltung war im Januar 2004 eine Berliner Vorbereitungskonferenz unter dem Patronat des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky vorausgegangen. Kommentatoren hoben hervor, die Führungen vor allem zweier Parteien hätten Regie geführt: der Parteivorstand der PDS und das Nationalkomitee der durch Robert Hues „Mutation“ bis zur Unkenntlichkeit veränderten FKP.

Die römische Kreation entstand nicht auf der Grundlage des Marxismus und setzt sich den Sozialismus nicht zum Ziel, sondern war ein Akt politischer Anpassung an die von den meisten Teilnehmern trotz mancher Einwände im Prinzip bejahte Europäische Union, in der vor allem deutsche und französische Konzerne den Ton angeben.

Ist diese These nicht eine Unterstellung, mit der Andersdenkenden in der linken Bewegung die Ehre abgeschnitten werden soll? Handelt es sich gar um eine Variante der berühmten Fabel vom Fuchs und den Trauben?

Tatsache ist, daß die EL – wie die fast zeitgleich gegründete Grüne Europapartei und andere bereits bestehende EU-Parteien – am Brüsseler Tropf hängt. Sie bekommt über Konten der Union Fördermittel zugewiesen, damit sie sich etablieren und funktionieren kann. Dafür wird nur eine Bedingung gestellt: Die jeweilige Partei muß ihr Statut vorlegen und dessen EU-Verträglichkeit nachweisen. Änderungen bedürfen der Genehmigung der Europäischen Kommission.

Hier ist die Frage angebracht: Gab es im Machtbereich des Kapitals jemals eine authentisch antikapitalistische Kraft, die über den Haushalt des bürgerlichen Staates „gefördert“ wurde? (Gemeint ist in diesem Zusammenhang nicht die in etlichen Ländern übliche Erstattung von Wahlkampfkosten bei Einzug einer Partei in das Parlament; es geht um direkte Finanzierung.)

Manche winken hier ab und meinen, das Wichtigste sei die „Einheit“. Sie stehe über allem und müsse um jeden Preis angestrebt werden. Ist das so richtig?

Richtig ist, daß man sich wie der „Rotfuchs“ für ein Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch einsetzen muß. Aber auf wel-

cher Grundlage? Maastricht statt Marx? Die Kritiker verwechseln wohl Aktionseinheit und Einheit. Die eine entsteht im gemeinsamen Handeln für ein begrenztes Ziel, die andere auf der festen Grundlage gleicher Politik und Ideologie.

Man muß sich den Realitäten stellen und konstatieren: Unter den europäischen Linken bestehen seit Jahrzehnten gravierende Meinungsverschiedenheiten, bei denen es nicht nur um kleine Beträge, sondern um die Substanz der heutigen Arbeiterbewegung geht. Zum Beispiel um die Frage, ob eine revolutionäre Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse oder eine bloße „Kurskorrektur“ innerhalb des Kapitalismus den Weg zum Sozialismus öffnet. Die Differenzen reichen bis in die 70er Jahre zurück. Damals kreierten die IKP, die KP Spaniens und die FKP den sogenannten Eurokommunismus – eine Totalabsage an den proletarischen Internationalismus und die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie.

Die EL könnte sich als Neuauflage dieses „Modells“ erweisen. Mehr noch: als Verzicht auf jegliche Klassenorganisation. Bei ihr handelt es sich um eine Partei von Brüssels Gnaden, in der ganz unterschiedliche politische und soziale Kräfte zusammengewürfelt sind. Widerstand regt sich. So hat die einflußreiche KP Griechenlands (KKE) – eine Vorkämpferin der linken Einheit – im Unterschied zu den Sozialdemokraten aus der griechischen EL-Gründergruppe Synaspismos schon seit langem vor überstürzten Entscheidungen gewarnt. Auch die starke Portugiesische KP (PCP) hält das EL-Projekt für „unausgereift“. Die KP Böhmens und Mährens (KSCM) zog die von ihrem Beobachter auf dem Berliner Vorbereitungstreffen ohne Autorisierung geleistete Unterschrift zurück.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Würde die EL einen soliden marxistischen Standpunkt einnehmen und nicht von den Reformisten einiger Parteiführungen beherrscht sein, stünde sie gegen das Maastricht-Diktat und die EU, dann könnte man den Beschluß von Rom billigen und unterstützen. Doch die Dinge liegen leider anders. Die neue „Superpartei“ geht am Gängelband der Brüsseler Bourgeoisie. Auf keinen Fall handelt es sich um den „Motor für ein anderes Europa“, wie Dietmar Bartschs ND überschwänglich behauptete. Der Kampf für die wirkliche Zusammenführung der Linken, für ein sozialistisches Europa geht weiter.

Klaus Steiniger



INHALT

Hundert Jahre „Humanité“	S. 2
Marx als Propagandist	S. 3
Welche Rolle spielte Lassalle?	S. 4
Der Bewußtseinsfaktor	S. 5
Unsere Erde funkt SOS	S. 6
Die apokalyptischen Reiter	S. 6
Die „Nachfolge“-Parteien	S. 7
Rede Walter Ulbrichts zur HO	S. 8
Was die „Ost-Mark“ wert war	S. 9
Rückfall ins 19. Jahrhundert: Arbeitszeitverlängerung „ohne Lohnausgleich“	S. 10
Kaltenbrunners langer Schatten	S. 11
Vorbild Robert Siewert	S. 12
Hamburgs Hafen und die Kriege	S. 13
Die „Staatsangehörigkeits“- Peitsche: Art. 116 GG	S. 14
Auf Huldrych Zwingli Spuren	S. 15
Thomas Müntzer – Kampfgefährte der Unterdrückten	S. 16
Nagel im Kopf	S. 16
Generalangriff auf Palästinenserrechte	S. 17
Berlin: Konferenz der Heuchler	S. 17
Kuba: Einheit führte zum Sieg	S. 18
Fidel-Poster	S. 19
Scharons Atombomben	S. 20
Zum Nein auf Zypern	S. 21
KP Böhmens und Mährens gegen Linkspartei von EU-Gnaden	S. 22
KPÖ Tirol: Abfuhr für Baier	S. 22
Rumsfelds Folterkammern	S. 23
Marx' Rückkehr nach Brüssel	S. 23
Streikführer Arthur Scargill	S. 23
Das Gute, das Wahre, das Schöne ...	S. 24
Bewahren, bewerten, weitergeben	S. 24
Der Soldat mit dem Kind	S. 25
Juli 1944 in Wartenberg	S. 26
Die Krauts und die Yankees	S. 27
Wie ich „Das Wunder von Bern“ in Bayern wahrnahm	S. 27
¡Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Vor 100 Jahren wurde die „Humanité“ von Jean Jaurès gegründet

Wandlungen einer Zeitung

Hundert Jahre Menschlichkeit. Das wäre schön. „Humanité“ heißt aber auch „Menschheit“ und ist ferner der Name einer bedeutenden französischen Zeitung, die jetzt ihr hundertjähriges Bestehen mit einer dicken, reichbebilderten Sondernummer feiert. Ich nehme sie zum Anlaß, die Geschichte des Blattes in groben Zügen nachzuzeichnen. Seine erste Nummer erschien im April 1904. Ihr Gründer, Jean Jaurès, schrieb darin, das Ziel sei es, auf eine wahrhaft menschliche Gesellschaft hinzuwirken. Es sollten die Lehren aus der Niederlage der Commune de Paris gezogen werden. Dazu sei die Einigkeit der Arbeiterbewegung oberste Voraussetzung. Aus dem verkleinerten Faksimile der Titelseite einer der ersten Ausgaben lassen sich mit einiger Mühe die Worte von Jaurès entziffern: „Jede Nation ist gespalten durch den Klassenantagonismus, durch den Kampf zwischen der kapitalistischen Oligarchie und dem Proletariat ... Mit Entschiedenheit bekämpfen wir Sektierer, die die Sache der Konterrevolution betreiben ... Keine finanziellen Schwierigkeiten sollen uns abhängig von geheimer Einflußnahme machen, keine Interessengruppe uns von unserer politischen Linie ablenken ...“ – Der Untertitel der „Humanité“ lautet „Sozialistische Tageszeitung“. Mit Fotos und Zitaten aus ihren Archiven und heutigen Kommentaren werden die einzelnen Etappen dargestellt. – Bereits 1905 bedroht eine finanzielle Krise die Existenz der Zeitung, die dank der schnellen Hilfe vieler Spender gerettet werden kann. Später wiederholen sich die Hilferufe von Jaurès, der die üblich gewordene Werbung ablehnt. (Die jetzige Sondernummer bringt etliche ganzseitige farbige Werbephotos.) Eindrucksvolle Bilder gibt es schon im ersten Teil, z. B. sieht man auf einer oberen Halbseite Arbeiterinnen in einer Pfeifenfabrik und darunter das Foto eines Gartencafés mit Damen in üppiger Garderobe und mit abenteuerlichen Hüten.

Diese Etappe endet mit dem ersten Kriegssopfer 1914, d. h. mit der Ermordung von Jaurès, der noch am Vortag in Brüssel wie ein Löwe für die Erhaltung des Friedens gekämpft hatte. Drei Tage nach dem Mord beginnt der Krieg. Das eindrucksvollste Kriegsfoto zeigt die Erschießung eines französischen Deserteurs. Romain Rolland schreibt zu 1918: „Der Friedensvertrag ist mißglückt ... Er birgt einen neuen Krieg in sich.“ 1920 wird ausführlich vom Congres de Tours referiert, auf dem die französischen Sozialisten mit Zweidrittelmehrheit sich der III. Internationale anschließen. „Endlich, endlich, endlich bricht der französische Sozialismus mit den wahltaktischen Gewohnheiten“, lautet ein Titel dazu. Auf dem Foto sieht man über den Parteivorsitzenden ein Spruchband: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Vier Monate später lautet der Untertitel der „Humanité“: Zentralorgan der Kommunistischen Partei. Im Titel erscheint das Hammer- und Sichel-Emblem.

Beachtenswert ist, daß die Zeitung weiterhin ihren Kulturteil der Avantgarde öffnet und den Geist der frühen Sowjetunion beibehält. Surrealisten, ja sogar

abstrakte Künstler, werden vorgestellt, Picassos erstes kubistisches Bild abgedruckt, Jazzmusik besprochen. Man beruft sich auf Jaurès, der aus dem Bildungsbürgertum kam (der ehemalige Universitätsprofessor für Philosophie hatte über „Die ersten Voraussetzungen für den deutschen Sozialismus bei Luther, Kant und Hegel“ promoviert). Schriftsteller wie der Nobelpreisträger Anatole France, wie Paul Eluard, Georges Duhamel und Prevert sind Mitarbeiter der Zeitung, Louis Aragon blieb ihr und der Partei bis zu seinem Tode 1982 treu. 1930 schreibt Maurice Thorez, der neugewählte Generalsekretär der Partei, in der „Humanité“: „Das Hauptübel der Partei ist der Opportunismus von rechts, der reformistische Ideen einschleppt, sowie Linksextremismus, der unter dem Vorwand revolutionärer Reinheit die Partei in eine isolierte Sekte verwandeln hilft.“ Das „Huma-Fest“ wird begründet. Bis heute zieht es im September große Mengen an. Auf den Fotos von den ersten Festen sieht man picknickende Arbeiterfamilien, junge Leute, die tanzen, Ältere, die sich an Bücherständen unterhalten. (Das ganzseitige Farbfoto vom Fest des letzten Jahres ist kaum von einem Werbefoto für High-Tech-Musik zu unterscheiden.)

Die „Humanité“ von 1936 titelt über einem Foto mit Arbeitern, die ihre Fäuste hochrecken: „Die Reichen sollen zahlen!“ und über den bedrohlichen deutschen Nachbarn, wo die Reichen gezahlt haben, heißt es: „Die schwarze Pest marschiert!“ Es ist die Zeit der Volksfront-Regierung; die „Humanité“ ist vergeblich bemüht, sie zur Hilfe für die spanische Republik gegen die Franquisten aufzurufen. Die Erwähnung der Moskauer Prozesse ist zensiert. Es gibt dazu nicht den damaligen, sondern nur den heutigen Kommentar, desgleichen der Text zum „Hitler-Stalin-Pakt“, der der Roten Armee eine bitter nötige Frist zur Aufrüstung gab (mein Kommentar), der „etliche Intellektuelle veranlaßte, die Partei zu verlassen“ (Kommentar der heutigen „Humanité“). Zwei Faksimiles zeigen die Titelblätter der im Untergrund erschienenen, für die Résistance so wichtigen „Humanité“ aus der Besatzungszeit.

Kurz nach der begeistert besungenen Befreiung findet das Blatt erneut Gelegenheit, zum Widerstand aufzurufen: Es beginnt der Kampf gegen die französische Kolonialpolitik in Indochina und Algerien. Faksimile-Abdrucke der „Humanité“ während des Algerienkrieges zeigen weiße Spalten mit dem Aufdruck „Zensiert“. Die Zeitung lehnt auch die europäische Montanunion ab, die Robert Schumann als ein Mittel zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft darstellt. Die damalige „Humanité“ schreibt: „Unsere Bergwerke geraten damit in die Oberhoheit der westdeutschen Krupp und Thyssen.“

Eine verkleinerte Faksimile-Titelseite vom März 1953 zeigt ein großes Stalinfoto unter dem Titel „Trauer um Stalin“. Aus dem Text kann ich mittels einer Lupe den Satz erahnen: „Ein großes Unglück trifft ... alle Völker.“ (Der heutige Text wundert sich über die Trauer so vieler Sowjetbürger angesichts einer solchen Diktatur.)

Auf der nächsten Seite: „Die Profite des Kapitals von 1953 sind seit 1947 um das Elfache gestiegen, die Arbeiterlöhne nur um das Dreifache.“ Im Juli 1964 wird Thorez betrauert. 1966 wird ein eher kritischer Artikel zum sowjetischen Daniel-Sinjawski-Schriftstellerprozeß zitiert. Der heutige Kommentar: Zum ersten Mal geht die PCF auf Distanz zur Repression in der UdSSR. Weiterhin begleitet die Zeitung kämpferisch die in Frankreich bis heute bedeutenden Streikbewegungen. Ein Höhepunkt: die im Mai 1968 nach dreiwöchigem Generalstreik erzielten „Accords de Grenelle“, die den Arbeitern 30 % Lohnerhöhung einbringen.

Die heutigen Kommentare zu den politischen Ereignissen werden immer prowestlicher, z. B. anlässlich der Prager Ereignisse, wo unerwähnt bleibt, was die Ziele eines Ota Sik für die Wirtschaft der CSSR bedeutet hätten. 1970 ruft Georges Marchais dazu auf, „nationale Interessen inmitten einer demokratischen Regierung der vereinigten Kräfte des Volkes“ zu formulieren, wobei „die Nationalisierung der Schlüsselbetriebe eine wichtige Forderung“ zu bleiben habe. 1974 veröffentlicht die „Humanité“ ein gemeinsames Programm mit Mitterrand, in dessen Regierung 1981 vier PC-Minister eintreten, die drei Jahre später wieder ausscheiden. 1976 schließt sich die PCF dem „Eurokommunismus“ an. Ein Foto zeigt unter dem Titel „Demokratie und Sozialismus“ eine Umarmung von Marchais und Berlinguer. Der heutige Kommentar: „Die PCF ist für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und gibt „die hinfallige Devise Diktatur des Proletariats“ auf.

Unter dem Vorsitzenden Robert Hue machte die Partei da weiter – und verlor viele Wähler. 2002 kam sie, die einst 25 % der Wählerstimmen hatte und mit 144 Abgeordneten die größte Parlamentsfraktion stellte, noch auf 3 %, während die extreme Linke, die vor Vokabeln wie „Proletariat“ und „Klassenkampf“ nicht zurückschreckte, auf 7 % kam. Nur wenig über dem Freudenfoto vom Berliner „Mauerfall“ wird der Titel zitiert: „Nicaragua: ein von den USA finanzierter Krieg“. Später verzichtet man auf das Hammer- und Sichel-Emblem sowie den Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei“ weg. Die Zeitung „öffnet sich im Sinne des Parteivorsitzenden für eine breite Leserschaft“. Die geht weiter zurück, so daß die Redaktion händeringend nach Werbeeinnahmen Ausschau hält. 2001 steht sie vor dem finanziellen Ruin und kann nur durch die Gründung einer Kapitalgesellschaft gerettet werden. Die Werbeeinnahmen steigen. Sie gibt inzwischen auch eine bunte Wochenillustrierte heraus. Im Resümee auf der letzten Seite wird noch einmal der Gründer Jaurès zitiert: „Der Geist der Revolution ... besteht darin, sich für die Befreiung des Proletariats einzusetzen und im Kampf nicht nachzulassen, bis die völlige Revolution des Eigentums vollendet ist.“ Gegen Ende des zusammenfassenden Beitrags heißt es: „Die Zeitung ist heute nicht mehr das Organ, das sie einmal war ...“

**Dr. Heidi Urbahn
de Jauregui, Montpellier**

Zur Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

Marx als Propagandist

Marx kann man nicht einfach so lesen. Man sollte schon Fragen haben und Antworten suchen, wenn man den Blick in Schriften der Klassiker versenkt.

So und ähnlich habe ich es meinen Schülern geraten, als ich noch die wissenschaftliche Weltanschauung lehren durfte. Und ich bin meiner Maxime auch selbst treu geblieben. Seit längerer Zeit habe ich mal wieder MEW Band 13 in die Hand genommen und einen gründlichen Blick auf Marxens Vorwort zu seiner Arbeit „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ geworfen. Auf meine Fragen erhielt ich Antworten, die sich „zufällig“ mit Originalzitate decken.

Die Welt des Jahres 2004 unterscheidet sich offensichtlich sehr von der des Jahres 1859. In den reichen und hochentwickelten Ländern, so auch in der BRD, scheinen die alten Klassen nicht mehr zu existieren. Der Marxismus ist nach der Niederlage des europäischen Sozialismus für tot erklärt worden. Sozialismus und Kommunismus gelten in den Augen vieler als beschädigte Begriffe. An welchen Grundwahrheiten kann man sich heute, überhaupt noch orientieren?

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“

Das Sein bestimmt das gesellschaftliche Bewußtsein. Ist das individuelle Bewußtsein so etwas wie die Summe der persönlichen Erfahrungen? Das würde zumindest teilweise den Mangel an revolutionärem Kampfegeist in der Gegenwart erklären. Die Menschen der DDR sind nach dem „Erfolg“, die Verhältnisse des Sozialismus losgeworden zu sein, traumatisiert. Und in der BRD zittern kleinbürgerlich satte Stehkragenproletarier um ihre heile Welt der Sozialpartnerschaft. Beide fallen zurück in die Vergangenheit unverhüllter kapitalistischer Knechtung. Wie lange wird dieser Zustand noch andauern?

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um.“ So etwas haben wir schon miterlebt. Aber dieses Umschlagen der Entwicklungsformen in Fesseln der Entwicklung scheint mir jedesmal eine Art

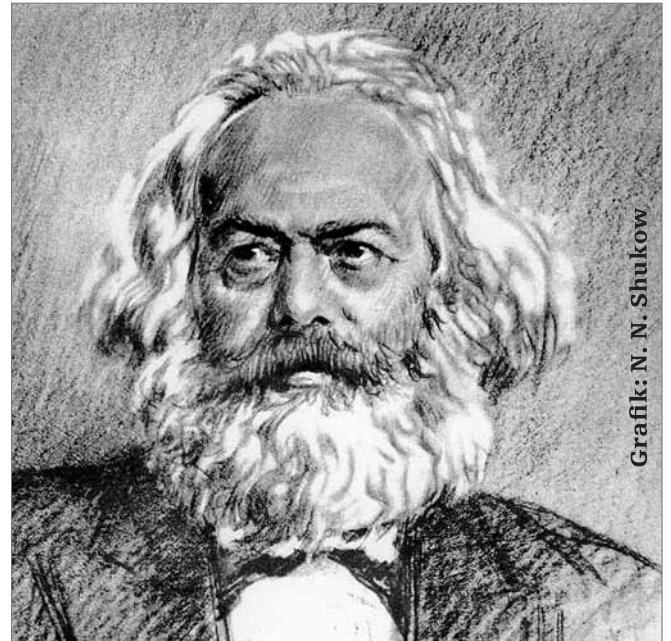
„Zeitfenster“ zu sein ... Den Herrschenden bleibt eine Frist, um nach einem systemerhaltenden Ausweg zu suchen, während sich gesellschaftlich progressiven Kräften die Möglichkeit eröffnet, die Schwäche auszunutzen und die Macht zu ergreifen.

„Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“

Entsteht die neue Gesellschaftsordnung quasi automatisch? Wie verhält es sich dabei mit den Wechselbeziehungen zwischen Überbau und Basis?

„Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.“

Das bestätigt also meinen Gedanken, daß nicht automatisch Sozialismus kommt, wenn der Kapitalismus in der Klemme ist. Es kann auch eine noch gesteigerte Form kapitalistischer Herrschaft folgen. 1933 war es der Faschismus, heute ist es der „Krieg gegen den Terrorismus“, unter dessen Gewand



Grafik: N. N. Shukow

die Menschenfeindlichkeit der imperialistischen Produktionsverhältnisse verborgen werden soll.

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“

Worin besteht eigentlich der entscheidende qualitative Unterschied zwischen dem Sozialismus und allen vorausgegangenen Gesellschaftsformationen? Handelt es sich bei seinen Widersprüchen – wie im Kapitalismus und anderen Ausbeuterordnungen – um nicht überbrückbare, also antagonistische Widersprüche?

„Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervordringenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“

**Den Dialog führte
Richard Georg Richter.**

Welche Rolle spielte Lassalle in der deutschen Arbeiterbewegung?

Licht und Schatten

„Lassalle mag sonst gewesen sein, persönlich, literarisch, wissenschaftlich, wer er war, aber politisch war er sicher einer der bedeutendsten Kerle in Deutschland“, schrieb Friedrich Engels am 4. September 1864 an Karl Marx. Dieses Urteil mag über allem stehen.

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Tuchhändlers in Breslau geboren. Er studierte klassische Philologie, Philosophie und Geschichte. Unter dem Einfluß der Schriften Ludwig Börnes, Heinrich Heines, der Junghegelianer und des utopischen Sozialismus und Kommunismus wandte er sich ebenfalls demokratischen und sozialistischen Ideen zu. Lassalle beteiligte sich an der revolutionären Bewegung im Rheinland. Dabei lernte er auch Karl Marx und Friedrich Engels kennen. Den Zeitgenossen bis dahin war er als Anwalt der Gräfin Hatzfeld in einem skandalträchtigen Scheidungsprozeß bekannt. Im preußischen Verfassungskampf zwischen Bismarck und den Liberalen stand er auf der Seite der Fortschrittspartei – aber mit einer Konzeption, mit der er versuchte, die politischen Interessen des Proletariats mittels Erkämpfung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts als treibende Kraft der demokratischen Bewegung zu definieren. Die politisch engagierten Arbeiter, die sich seit 1860 erneut in mehr als 200 Arbeiterbildungsvereinen organisierten, unterstützten zunächst überwiegend diese Partei, die seit 1861 für eine liberale Umgestaltung Preußens stritt. Doch sie führte diesen Kampf gegen die Politik Bismarcks zögerlich, sie ignorierte gleichfalls die elementaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Aktivisten der Arbeitervereine strebten deshalb nach organisatorischer und politischer Selbständigkeit. 1862 wurde der Ruf nach einem allgemeinen Arbeiterkongreß laut. Das war die Stunde Lassalles. Nachdem er in einer Broschüre als „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Leipzig“ seine politischen Ansichten dargelegt hatte, wurde schließlich – nach heftigen Diskussionen, Differenzen und Querelen – am 23. Mai 1863 in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet und Lassalle zum Präsidenten gewählt. Er war ein brillanter Redner, der viele Arbeiter begeisterte. Lassalle, der den Verein autoritär leitete, ähnelte aber eher einem Erlöser als einem Parteivorsitzenden. Der Verein blieb weit hinter den hochgespannten Erwartungen zurück. Am 31. August verstarb Lassalle an den Verletzungen, die er in einem Duell wegen einer grotesken Liebesaffäre erlitten hatte. Danach nahm die Verehrung durch seine Anhänger kultische Züge an. Jedoch einige seiner opponierenden Anhänger, die seinen diktatorischen

Gestus ablehnten und seine politische Taktik mißbilligten, schlossen sich 1869 in Eisenach der von Bebel und Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, die sich 1875 in Gotha mit dem ADAV zur Sozialistischen Arbeiterpartei vereinigte.

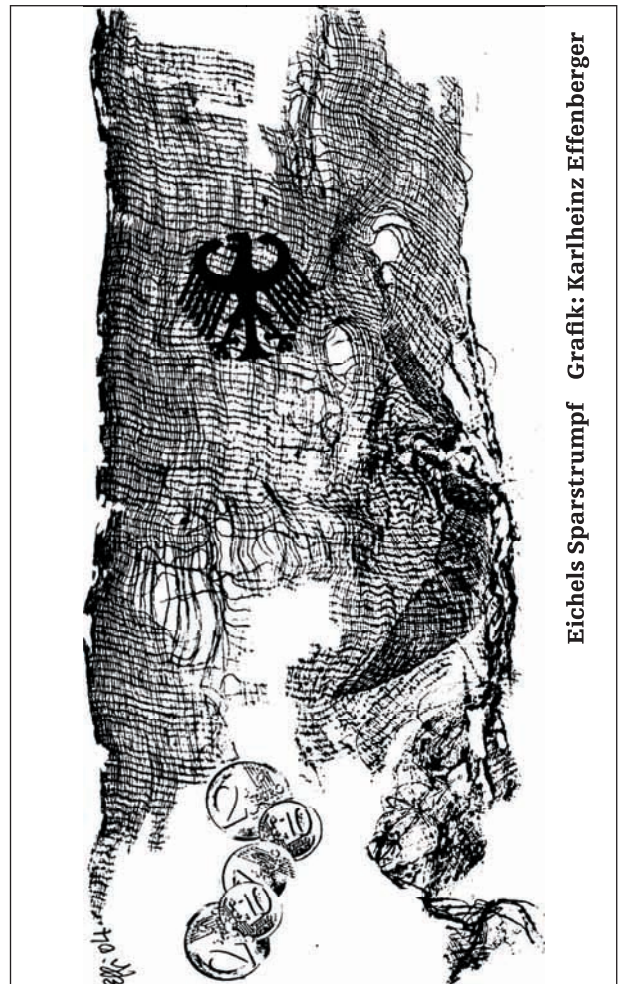
Lassalle erwarb sich ein wichtiges historisches Verdienst. Er half der deutschen Arbeiterbewegung, sich erneut organisatorisch und politisch von der Bourgeoisie zu trennen, was, wie Lenin schrieb, „die Arbeiterklasse aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie zu einer selbständigen politischen Partei machte“. Obwohl sich Lassalle oft als Schüler und Anhänger von Marx und Engels bezeichnete, hatte er sich aber weder zur materialistischen Weltanschauung erhoben, noch erkannte er die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats an, im revolutionären Klassenkampf und mittels der Errichtung seiner politischen Macht eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. In seinem Brief vom 3. Februar 1865 an Engels meinte Marx, daß die Partei der Arbeiterklasse „von dem hinterlassenen Lassallegestank gefegt werden“ müsse. Mit seiner „Kritik des Gothaer Programms“ hat Marx mit den falschen Auffassungen und Dogmen des Lassalleanismus wissenschaftlich aufgeräumt. Die vom Kompromißparteitag 1875 heiliggesprochenen Leitsätze von Lassalle wurden im Prozeß der Durchsetzung des Marxismus verworfen und für den Kampf der Arbeiterklasse abgelehnt.

Lassalle begriff den Staat als neutrale Instanz, er betrachtete ihn wie Hegel als die Verkörperung der allgemeinen Sittlichkeit. Auf ihn könne deshalb mit Hilfe des Wahlrechts Einfluß genommen werden. Dadurch rief er den Eindruck hervor, die politische Macht der Arbeiterklasse sei überflüssig. Die Arbeiter sollten vom Staat – vom preußischen Junkerstaat – Kredite verlangen, um Produktivgenossenschaften zu gründen, die die Kapitalisten nieder konkurrieren sollten. Die Auffassung Lassalles, der Arbeiterklasse stehe eine „einheitliche reaktionäre Masse“ gegenüber, mißachtete die Bundesgenossen des Proletariats – die Bauernschaft und das Kleinbürgertum. Er übersah aber auch die Bedeutung der Gewerkschaften für die Formierung der Arbeiter-

klasse zur Klasse und ihren Kampf um die Verbesserung der Arbeitslage, da er mit der These vom „ehernen Lohngesetz“ jedes Streben nach Lohnerhöhung negierte. Gepaart mit seiner falschen, preußischen Orientierung in der Frage der nationalen Einigung Deutschlands wurde der Lassalleanismus zum Haupthindernis für das Eindringen des Marxismus in die deutsche Arbeiterbewegung, welches mit der Herausbildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Einfluß von Marx und Engels und der I. Internationale überwunden wurde.

Die außerordentliche Beliebtheit, der sich Lassalle in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung erfreut, erklärt sich daraus, daß er mit seinem Bekenntnis zur „Realpolitik“ – seinem Übergang zu Bismarck, verbunden mit der Auffassung vom Staat als einer angeblich über den Klassen stehenden neutralen Macht – allen späteren revisionistischen Niederungen Vorschub leistete. Zu diesem Erbe bekennt sich heute auch die SPD auf ihrem neoliberalen Kurs. Und ein historischer Widerschein im neuen PDS-Programm – einem bourgeoisoszialistischen Programm besonderer Art – ist unverkennbar. **Prof. Dr. Ingo Wagner**

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion „Rote Kalenderblätter“



Eichels Sparstrumpf Grafik: Karlheinz Effenberger

Warum aus der „Klasse an sich“ die „Klasse für sich“ werden muß

Der Bewußtseinsfaktor

Marx erklärt es in der Feuerbach-These zur Aufgabe der Philosophie, die Welt nicht nur neu zu interpretieren, sondern sie zu verändern. An ihrem Nutzen für diese Aufgabe messen Marxisten den Wert von Theorien. Sie sollen „kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln“ sein. „Theorie ohne Praxis ist gegenstandslos.“ Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die klassische Aussage: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!“ Bedeutet „Werk der Arbeiterklasse“ die Tat aller Arbeiter? (Arbeiter steht hier und im folgenden für alle, die mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt bestreiten.) Es wäre für Marxisten erstaunlich und erklärungsbedürftig, wenn die Versuche zur Befreiung der Arbeiterklasse nicht auch auf den Widerstand von mehr oder weniger zahlreichen Gruppen von Arbeitern trafen, wie es ja auch bei allen bisherigen Versuchen zu dieser Befreiungstat gewesen ist.

Diese Frage wurde im letzten Jahr wieder aufgerührt durch den 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, der, ehe sich die bürgerlichen Medien und antikommunistischen Politiker auf „Volksaufstand“ einigten, lange auch als „Arbeiteraufstand“ oder als „Streik der Arbeiter“ bezeichnet wurde.

Im diesem Zusammenhang bezichtigte Biermann Brecht der Feigheit, weil dieser die DDR-Regierung unterstützte, obwohl es doch Arbeiter waren, die sich gegen sie gewandt hatten. Nach Biermann hätte sich Brecht auf die Seite der streikenden Arbeiter stellen müssen, gleichgültig, welche Ziele sie verfolgten. Er hätte die Erscheinung (Arbeiter auf der Straße gegen die Regierung) für das Wesen (Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse) nehmen müssen. Wer dagegen wie Marx darauf beharrt, alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn das Wesen der Dinge mit der Erscheinung zusammenfielen, und wer wie Brecht das Wesen des 17. Juni im Versuch einer Konterrevolution sieht, unterliegt nach Biermann der Verführbarkeit und Feigheit der Intellektuellen.

Aus heutiger Sicht kann es keinen Zweifel mehr daran geben, daß die Aktiven am 17. Juni jedenfalls nicht der Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung dienten. Was damals vergeblich versucht wurde, hat 1989 geklappt. Wie frei (doppelt frei im Marxschen Sinne; frei von Produktionsmitteln und freie Anbieter ihrer Arbeitskraft) die Arbeiterklasse der DDR heute ist, erfährt man auf den Arbeitsämtern.

Wie erklärt nun die marxistische Theorie den Widerspruch zwischen den realen Arbeitern auf der Straße und ihren Zielen als Klasse? Marx unterscheidet zwischen der Klasse „an sich“ und der „Klasse für sich“. Das Proletariat entsteht durch ökonomische Zwänge, ohne umfassendes Bewußtsein seiner Lage und seiner Perspektive, als „Klasse an sich“. Zu einem Verständnis

ihrer Lage und ihrer Aufgabe kann die Arbeiterklasse nur über die Aneignung der Theorie kommen. Erst dadurch wird sie zur „Klasse für sich“. Ohne diese Aneignung bestimmt das ältere bürgerliche Bewußtsein, das Bewußtsein der Herrschenden als herrschendes Bewußtsein, das Handeln der Arbeiter. Sie bleiben dann „Klasse an sich“.

So folgten Teile der Arbeiterklasse der DDR dem Wunsch nach raschem Wohlstand und bürgerlich-vorgestanzten Ideen von „Freiheit“ und verkauften nach dem mißlungenen Versuch von 1953 ihr Erstgeburtsrecht.

Ein weiteres Beispiel: Als zu Beginn des ersten Weltkriegs die Arbeiter aller europäischen Länder in chauvinistischen Taumel verfielen, war an der „Arbeiterklasse an sich“ nichts zu bewundern, und die Pflicht fortschrittlicher Intellektueller bestand darin, dem Chauvinismus entgegenzutreten und die Arbeiter zur Vernunft zu rufen, ihnen zu helfen, zur „Klasse für sich“ zu werden.

In Diskussionen begegne ich häufig dem Einwand: Die Arbeiterklasse will ja gar nicht „für sich“ sein.

In der Tat will die Arbeiterklasse nicht „für sich“ sein, besonders in Deutschland. Man braucht nicht einmal auf Wahlergebnisse zurückzugehen, bei denen 99,9% Parteien wählen, die dieses System entweder verteidigen oder sich ihm angepaßt haben. Es ließen sich leicht Beispiele in Fülle angeben, die noch deutlicher zeigen, wie sehr das Bewußtsein der Arbeiter auf den Hund gekommen ist. Meinungsumfragen, bei denen sich Mehrheiten für den „Umbau“ (Abbau!) der eigenen sozialen Sicherungssysteme aussprechen; Sondierungen, die besagen, daß der überwiegende Teil der Arbeiter stärkeren Druck auf die Arbeitslosen fordert usw.

Aber was ergibt sich daraus?

Mir fällt der Klein-Erna-Witz ein, wo Hein sie bei der Geburt ihres Kindes begleitet und schließlich in seinem Mitleid sagt: „Och, Klein Erna, wenn es denn gar nicht will, denn laß man!“ Auch die Geburt der „Arbeiterklasse für sich“ kann man nicht „lassen“. Schafft es die Arbeiterklasse nicht, zur „Klasse für sich“ zu werden, ist der Weg in die Katastrophe vorgezeichnet. „Wozu davon reden, daß die Aussicht gering ist, wenn es die einzige ist, die es für uns gibt?“ (Brecht, Die Rundköpfe und die Spitzköpfe)

Der Weg vom heutigen Stand der Arbeiter bis zur „Klasse für sich“ ist immens, aber die einzige ernstzunehmende Fragestellung kann nur sein, wie das Bewußtsein in der Vergangenheit so verkommen konnte, und auf welchem Weg man es heute entwickeln kann.

Wodurch wurde es so ruiniert?

Die Menschen, die weiterdachten (Kommunisten, linke Sozialdemokraten, Anarchisten, bürgerliche Demokraten), waren im Faschismus grausamer Repression unterworfen. Für die übrigen ging es um

eine Entscheidung zwischen Heldentum und Überleben. So bekannten sie sich zum Faschismus und schworen anderweitigen Empfindungen innerlich ab. In einem Volk mit solchen historischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen war es klar, daß sich unter diesen Bedingungen die Mehrheit unterwarf und anpaßte. Die Gestapo war nahe und das Grab in Stalingrad noch weit. Diese Entscheidung versüßten die Nazis durch die Propaganda, die Deutschen verkörperten die „arische Herrenrasse“ und seien zur Weltherrschaft berufen. Nach dem Krieg konnten die Arbeiter im Westen hohen Lebensstandard auf Kosten der Dritten Welt, in relativer sozialer Sicherheit, wählen. Der Preis dieser Wahl war der Verzicht auf die „Taube auf dem Dach“, die sozialistische Perspektive, und auf die Erkenntnisse aus der Erfahrung mit dem Faschismus.

Aber die bequeme, süße Illusion wird eben gern der mühsamen, bitteren Arbeit an der Wahrheit vorgezogen. Spiegelbildlich schätzten viele Arbeiter in der DDR die „Errungenschaften“ des Sozialismus so lange gering, wie sie diese hatten und sie nebenan, im Kapitalismus, scheinbar nicht vermißt wurden.

Hinzu kommt die seit dem 20. Jahrhundert enorm erweiterte Möglichkeit, mit neuen technischen Medien und ausgefeilter Massenpsychologie das Bewußtsein zu formen und zu manipulieren. Woher sollte sich dann aber die Hoffnung herleiten, daß die Klasse irgendwann doch „für sich“ sein könnte? Inzwischen haben sich die Verhältnisse quantitativ und qualitativ geändert. Der deutsche Kapitalismus ist dabei, seine schöne Fassade abzuräumen. Brechts Wort tritt wieder in den Vordergrund: „So, wie es ist, bleibt es nicht.“ (Lob der Dialektik)

Es ist kein Ende der langandauernden Stagnation in Sicht. Mit Rückkehr des früher üblichen Wachstums durch Erschließung neuer Märkte ist nicht zu rechnen. Selbst wenn die Konjunktur wieder in gewissem Umfang in Gang kommen sollte, wird dennoch die wichtigste Quelle neuer Profite die staatlich organisierte Umverteilung von unten nach oben bleiben. Daraus ergibt sich auch in den Metropolen eine Absenkung des Lebensstandards auf breiter Front. Die Rückkehr manifester Armut als Massenerscheinung ist zu erwarten.

Erkenntnisse der Arbeiter aus dieser Erfahrung können auf Dauer nicht ohne Wirkung bleiben. So wird der Widerstand und mit ihm die Erkenntnis der Massen zunehmen. Doch den spontanen Klasseninstinkt zu politischem, zu Klassenbewußtsein, zu entwickeln, die Klasse mit der Theorie auszustatten und ihr die Perspektive der Umwälzung zu vermitteln, wird von den Kommunisten und anderen konsequenten Kräften härteste Arbeit erfordern. **Fritz Dittmar, Hamburg**

Unsere Erde funkt SOS

Nicht nur das Versiegen wichtiger Rohstoffquellen führt zur Vernichtung unseres Planeten. Die Anzahl der Katastrophenherde dafür ist viel umfangreicher. Beispielsweise betragen, hervorgerufen durch die erbitterte Systemauseinandersetzung und das dem Sozialismus vom Imperialismus aufgezwungene Wetttrüben, die Weltbestände an waffenfähigem Plutonium derzeit mehr als 1100 Tonnen und an hochangereichertem Uran 1700 Tonnen. Hinzu kommen noch jährlich die großen Mengen zivilen Plutoniums, die in den Kernkraftwerken anfallen.

Doch völlig ungelöst ist das Problem der Endlagerung der radioaktiven Stoffe. So wird in Paducah, USA-Bundesstaat Kentucky, abgereichertes Uran unter freiem Himmel in rostenden Fässern gelagert. 114 Atomanlagen sind allein in den USA zu sanieren. Die betroffenen Flächen umfassen insgesamt 8500 Quadratkilometer.

Die Menschheit hat keinerlei Erfahrung mit Abfällen aus der Produktion von Atomstrom, die in zehntausend Jahren noch genauso hochgiftig sein werden wie bei ihrer Entstehung, egal, wie man sie verscharrt.

Ähnlich verhält es sich mit chlorhaltigen Pestiziden, Insektiziden, Herbiziden und Weichmachern.

Bereits in den siebziger Jahren haben Arbeiten der Universität Hamburg über die hohe Giftigkeit polychlorierter aromatischer Verbindungen Aufmerksamkeit erregt. Diese werden im Boden und in den Pflanzen nicht abgebaut. Durch UV-Strahlung erfolgt eine Umwandlung u. a. in gefährliche Dioxine. Nicht abschätzbar sind die Folgen, wenn sich ein Kreislauf über Umwelt, Grundwasser und Nahrungskette zum tierischen und menschlichen Organismus anbahnte.

Das bekannteste Pestizid ist DDT, das in den 50er Jahren mit großem Erfolg eingesetzt wurde. Später zeigte sich jedoch, daß die Substanz in die Nahrungskette gelangt und sich im Fettgewebe von Mensch und Tier ablagert. 1972 kam es zum Verbot von DDT und anderer Insektizide in Deutschland – der Export aber ging unverändert weiter. Unter kapitalistischen Vorzeichen ist das kein Wunder. Trotz der vielfältigen Risiken, die mit den Fungiziden, Insektiziden und Herbiziden einhergehen, wurden allein 1996 rund 30 Mrd. US-Dollar umgesetzt, das Gros von europäischen Chemieriesen wie Bayer, BASF, Hoechst oder Schering.

Als ein Risikofaktor ersten Ranges ist nach Angaben der UNO der „vergessene Müll“ zu betrachten. Es handelt sich um Bestände an aus dem Verkehr gezogenen Schädlingsbekämpfungsmitteln. Man schätzt die Menge des Giftmülls auf mindestens 500 000 Tonnen.

Nicht anders verhält es sich mit der Verseuchung der Ostsee. Bekanntlich haben die Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg die Hinterlassenschaft der Nazi-Wehrmacht an Chemie-Kampfmitteln (ca. 310 000 Tonnen) dort versenkt.

Aber nicht nur die Kampfstoffkloake Ostsee schlägt Alarm, auch das Schwarze Meer erstickt unter der Verschmutzung mit organischen Verbindungen. Eine britische Expedition kam 1994 zu dem

Schluß, das Schwarze Meer sei weltweit das am meisten geschädigte Binnenmeer. Es dient nicht nur den Anrainerstaaten als Abfallgrube. Auch die ins Schwarze Meer mündenden Flüsse tragen Müll und Abwässer von rund 160 Millionen Menschen aus zehn weiteren Ländern ins Meer. Allein die Donau bringt in einem Jahr 60 Tonnen Quecksilber, 1000 Tonnen Chrom, 4500 Tonnen Blei und 50 000 Tonnen Erdöl mit.

Das Mittelmeer wurde 1995 in einem Interview mit dem Meeresforscher J. Cousteau als „regelrechte Müllkippe“ bezeichnet.

Eine weitere Ursache für den Weltkollaps ist im Mangel an Trinkwasser zu finden. Ausgetrocknete Brunnen, verschmutzte Quellen, sinkende Grundwasserspiegel

sind Ausdruck eines allzu sorglosen Umgangs mit einer unersetzbaren Ressource. Etwa 1,2 Milliarden Menschen haben keine sichere Versorgung mit Trinkwasser. Im Jahr 2025 könnten es nach Prognosen der UNO bereits 3 Milliarden sein. Jährlich erkranken 17,5 Millionen Menschen an Typhus, 6 Millionen Menschen erblinden an einer Augeninfektion, 2,2 Millionen Menschen sind Opfer von Durchfallerkrankungen und Cholera.

Die Aufzählung der Umweltkatastrophen wäre ohne Erwähnung des „Ozonlochs“ unvollständig. Gäbe es nämlich über unserem Planeten in 14–35 Kilometer Höhe nicht ein abschirmendes Gas, so wäre kein Leben auf der Erde möglich. Doch seit einigen Jahrzehnten verunreinigen wir die Atmosphäre mit Stoffen, die das lebenswichtige Ozon mehr und mehr vernichten. Erst 1985 begannen Wissenschaftler vom „Ozonloch“ über der Antarktis zu sprechen. **Dr. Rudolf Druux**

Die apokalyptischen Reiter

Der Weg ist frei für den Einstieg in das Höllenszenario der Zukunft. Er endet, wenn Gegenkräfte sich nicht zu formieren beginnen, mit dem Kollaps unseres Erdenballs. Zu diesem Fazit kommt Horst Schwedler in seinem dritten Buch „Die apokalyptischen Reiter“, das 2003 im Spotless-Verlag erschien. Mit den Worten von Fidel Castro versucht der Autor ins Bewußtsein zu heben, daß „die Glocken, die zur Zeit für jene schlagen, die täglich an Hunger sterben, morgen für die gesamte Menschheit schlagen (werden), wenn sie es nicht will oder kann oder nicht weise genug ist, sich selbst zu retten“. Im Raum steht die Frage, warum sie offensichtlich mit Zukunftsblindheit geschlagen ist. „Sonst würde sie die längst und hinreichend bekannten Risiken ... nicht nur rational erfassen, sondern vielmehr nachhaltig für Veränderungen sorgen, weil ihr das Herz brechen würde, dächte sie wirklich an die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinde.“

Mit seinem Buch liefert Horst Schwedler seinen eigenen Beitrag zur Aufrüttelung der Menschen. Er hat als Autodidakt unzählige Quellen studiert und den Extrakt wie ein Mosaik in seinem Buch zusammengestellt. Daß dabei auch Vereinfachungen Eingang gefunden haben, ist eher gewollt und erleichtert den Zugang zu diesem komplexen Thema. Einen Jahrtausende umfassenden Geschichtszyklus in so komprimierter Form vor sich zu haben, ist ein Gewinn an sich. Das nicht zuletzt deshalb, weil vor unserem geistigen Auge die Marxsche These von der Menschheitsgeschichte als Geschichte von Klassenkämpfen in der packenden Sprache des Autors lebendig wird.

Horst Schwedler taucht tief hinein in das Werden und Vergehen des großen Reiches der Antike und gelangt zu erstaunlichen Parallelen zum Heute: „Weltherrschaftsansprüche, Unterdrückungskriege, gesellschaftlicher Antagonismus, politische und soziale Krisen und moralischer Verfall“ prägen das alte Rom – sie sind gleichsam „Markenzeichen“ der Neuzeit. Ob allen Feststellungen und Wertungen unbedingt zuzustimmen ist, bleibt eher

nebensächlich. Viel wichtiger ist, daß dieses Buch geschrieben wurde. Es ist ein klares Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus als der einzigen Theorie, mit deren Hilfe es gelingen kann, die „Quadratur des Kreises“ zu durchbrechen. Horst Schwedler stellt fest, daß „(sich) der Untergang des Römischen Reiches nach der marxistischen Philosophie ‚gesetzmäßig‘ (vollzog) ... durch die Stagnation der Produktivkräfte, die Revolte der unterdrückten Sklaven, das Aufbäumen unterjochter Völker und den moralischen Verfall der Elite“.

Auch dem Imperialismus liegen gesetzmäßige Prozesse zugrunde. Zu ihnen gehört die in rasantem Tempo gewachsene Gefahr für die Weiterexistenz allen Lebens auf der Erde. Das sozialistische System als Gegenmacht im Weltmaßstab gibt es nicht mehr. Damit sind den „apokalyptischen Reitern“ mit Weltherrschaftsanspruch alle Tore geöffnet. Aber sie müssen ihnen – will die Menschheit eine Zukunft haben – wieder versperrt werden. Dabei kommt der Besinnung auf die historische Bedeutung der DDR eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Horst Schwedler spricht sich dafür aus, deren Erfahrungsschatz unbedingt zu bewahren und eines Tages auch wieder zu heben. „Die versunkene Insel Atlantis hinterließ einen Mythos, der schon die antiken Denker anspornte, nach der Wahrheit zu suchen ... Das im 20. Jahrhundert versunkene Land war keine mystische Erscheinung aus der Welt der Götter und übersinnlichen Wunder ... Ohne Zweifel bleibt ein humanistisches Beispiel zurück, das gegenwärtig bei der bedrückenden Ausweglosigkeit vieler Menschen auf dieser Welt an Aktualität gewinnt.“

Horst Schwedler kann und will keine Handlungsrezepte für Widerstandswillige erteilen. Aber jeder, der sein Buch zur Hand nimmt, wird nach dem Lesen ein direkter oder potentieller Verbündeter im zu organisierenden Kampf für den Fortbestand der Gattung Mensch sein.

Bruni Steiniger

Horst Schwedler. *Die apokalyptischen Reiter*. Spotless, Berlin 2003, 95 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-933544-81-5

Über klassischen Sozialdemokratismus und neuen Reformismus in Osteuropa

Die „Nachfolge“-Parteien

Innerhalb der Nachfolger einst mächtiger marxistisch-leninistischer Parteien Ost- und Südosteuropas hat sich offensichtlich ein neuer Reformismus durchgesetzt. Nicht die westliche Sozialdemokratie, sondern dieser war es letztlich auch, der vor allem in der UdSSR, Polen, Ungarn und der DDR die Parteien zersetzen konnte, den Widerstand gegen die Konterrevolution vereitelte und damit letztlich zum Sieg der bürgerlichen Restauration beitrug. Er sollte in seiner Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden. Hinter dem scheinbaren Abdriften gewisser Renegaten stehen handfeste ökonomische Interessen, die den Rechtsruck in den Nachfolgeparteien wesentlich bedienen.

Im Unterschied zu den meisten ehemaligen Dissidenten und anderen kleinbürgerlichen Kräften sind viele früher staatstragende Osteuropäer weich in den restaurierten Kapitalismus gefallen. Da es sich meist um leitungserfahrene und gut ausgebildete Fachleute handelt, haben sie Arbeit, verdienen gut bis sehr gut und leben materiell oft besser als im Sozialismus. Die unblutige Konterrevolution hatte vielen von ihnen die Furcht vor dem Kapitalismus genommen und politische Illusionen erzeugt. Mit der sozialistischen Vergangenheit haben sie nichts mehr am Hut und möchten eigentlich auch nicht darüber reden. Wenn sie es dennoch tun, dann beteuern sie, daß sie die Sowjetunion, die DDR, Volkspolen, Volksungarn usw. nicht wiederhaben wollen. Zugleich plagt manche von ihnen auch das schlechte Gewissen. Schließlich haben sie dem untergegangenen Sozialismus nicht nur eine Menge zu verdanken, sondern waren auch über viele Jahre in verantwortlichen Positionen aller Bereiche tätig. Aus ihren Reihen stammt ein beachtlicher Teil der „Kader“, die den Nachfolgeparteien Schwung und Richtung gaben. Mit der persönlichen Etablierung wurden aus ihnen in unterschiedlichem Grade Verfechter eines „reformierten Kapitalismus“. Plötzlich „entdeckten“ sie in der gestürzten Gesellschaftsordnung Erscheinungen, von denen sie angeblich nie etwas wußten oder die sie – so behaupten sie heute – niemals mitgetragen hätten. Sie bedienen sich in der Regel der „Stalinismus“-Keule, um ihre ideologischen und politischen Anpassungsbestrebungen zu rechtfertigen.

Die Überläufer sind sich aber ihrer ungesicherten sozialen Stabilität bewußt. Alles – die großen Autos, die neuen Häuser, die teuren Auslandsreisen, der Luxuskonsum – steht auf schwachen Füßen und kann ihnen morgen wieder verlorengehen. Das Bestreben der Renegaten zielt also in erster Linie darauf, ihre neue „Lebensqualität“ zu sichern und diese „unumkehrbar“ zu machen. Dafür sind sie bereit, sich in das System einzuordnen. Nicht Überwindung des Kapitalismus, sondern

Ausbau seiner „Abfederungen“ ist ihr politisches Anliegen.

Oberflächlich gesehen scheint es sich um den gleichen Prozeß zu handeln, in dem die ursprünglich revolutionäre Sozialdemokratie zuerst auf kleinbürgerliche, später auf bürgerliche Bahnen überging. Die neuen Reformisten beziehen sich auch im wesentlichen auf die westliche Sozialdemokratie. Dennoch gibt es zwischen den alten und den neuen Reformisten beträchtliche Unterschiede, die den osteuropäischen Reformismus für die sozialistische Bewegung besonders gefährlich machen.

Die Zeit des westlichen Sozialdemokratismus geht langsam zu Ende. Die ihn stützenden Schichten der Werktätigen werden seit einigen Jahren vom Kapitalismus immer weniger privilegiert, da es dafür angesichts des Untergangs der sozialistischen Staaten Europas keine Notwendigkeit mehr gibt. Zudem befinden sich die reformistischen Parteiführungen völlig im großbürgerlichen Fahrwasser und wenden sich mit ihrer Politik gegen die Interessen ihrer Hauptklientel. Ihr politischer Einfluß nimmt angesichts der rapiden Talfahrt immer mehr ab. Die meisten westeuropäischen Sozialdemokraten stehen faktisch vor einer Existenzkrise. Zudem gibt es in einer Reihe von Ländern, vor allem Südeuropas, kampferfahrene kommunistische Parteien, die sich von den Auswirkungen der Konterrevolution erholt und wieder Schritt gefaßt haben.

In Osteuropa ist das anders: Die neuen Reformisten binden sozialistisches Mitgliederpotential und antikapitalistische Widerstandskräfte ideologisch, politisch und organisatorisch an sich und ihre Politik. Sie blockieren gezielt das Entstehen neuer kommunistischer Parteien, die angesichts der grassierenden Armut in diesen Staaten sicher Zulauf hätten. Im Unterschied zu westlichen Sozialdemokraten, die immer nur unter bürgerlichen Verhältnissen gelebt haben, kommen die neuen Reformisten aus vormalig sozialistischen Ländern mit regierenden Millionenparteien. Das macht sie anpassungsfähiger. Sie kennen sich „im Kommunismus“ aus, sind kompetent und bekämpfen effektiv

die Herausbildung einer antikapitalistischen Alternativbewegung. Natürlich tun sie das von „linken“ Positionen aus. (Ein Kwasniewski gilt in Polen als „Führer der Linken“). Ihnen, die ihre deformierten Parteien über die Zeit der Konterrevolution „hinweggerettet“ haben (Gysi bezeichnen viele auch heute noch als „Retter“ der PDS), wird weitgehend vertraut. Wenn sie den untergegangenen Staat verleumdern und dazu ihre intellektuellen Fähigkeiten demagogisch einsetzen, folgt ihnen ein großer Teil der linken Wähler. Sie glauben eher an solche Heilsbringer als an die bürgerlichen Medien. Die neuen Reformisten verbrämen ihre „Aufarbeitung der Geschichte“ wissenschaftlich und geben sich solider als der vordergründige Antikommunismus der Rechten. Das Ergebnis ist gleich. Die Linke, deren Potential in Osteuropa häufig größer ist als im Westen des Kontinents, wird desorientiert und demobilisiert.

Das Anschwärzen der sozialistischen Vergangenheit durch die Nachfolgeparteien nimmt in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen an. Die periodischen „Entschuldigungs“-Kampagnen der PDS-Führung betrafen in erster Linie Handlungen, die der Stärkung der sozialistischen Staatsmacht dienten, und mit denen der Konterrevolution ein Schlag versetzt wurde. Das zielt nicht nur auf die Diskreditierung des eigenen Staates und seiner führenden Partei, sondern suggeriert auch den Verzicht auf die Niederhaltung und Zurückdrängung des Klassenfeindes, auf revolutionäre Gewalt bei der Machtübernahme und Machterhaltung.

Die Wahrnehmung der Staatsgeschäfte durch solche Nachfolgeparteien bedeutet letztlich nichts anderes als Einfügung in die bürgerliche Politik. Das zeigt sich besonders in Polen, Litauen und Ungarn, den langjährigen Vorreitern der osteuropäischen Konterrevolution. Hier kamen die neuen Reformisten zuerst wieder in Regierungsverantwortung. Doch der Linksruck innerhalb der Wählerschaft wurde als Sieg einer Strategie der Anpassung interpretiert. All diese Parteien, einschließlich der in zwei ostdeutschen Bundesländern als Koalitionspartner der SPD in die Landesregierungen gelangten PDS, enttäuschten ihre Wähler und gliederten sich in den bürgerlichen Politikbetrieb ein. Dadurch ist das Linkspotential Osteuropas für geraume Zeit nur begrenzt mobilisierbar.

Der neue Reformismus muß aus marxistischer Sicht politisch-ideologisch genauso bekämpft werden wie der „klassische“ Sozialdemokratismus. Das bedeutet Überzeugungsarbeit unter Genossen, die man oft jahrzehntelang aus derselben Partei kennt. Sie von reformistischen Einflüssen zu lösen, ist keine leichte Aufgabe, doch im Interesse linker Neuformierung unerlässlich.

Bernhard Majorow

Das sind die Praktiker der Welt,

die über Nacht sich umgestellt.

Die sich zu jedem Staat bekennen,

man könnte sie auch Lumpen nennen.

WILHELM BUSCH

Die HO der DDR war ein in Deutschland neuer Handelstyp

Aus einer Rede Walter Ulbrichts

Am 17. November 1949 sprach der stellvertretende DDR-Ministerpräsident Walter Ulbricht aus Anlaß des einjährigen Bestehens der HO in einer Feierstunde.

Ein Rückblick auf diese Zeit ist aufschlußreich. Deshalb dokumentieren wir Auszüge aus der Rede.

Seit die Handelsorganisation geschaffen wurde, gab es große Diskussionen. Sie hatten ihre Ursache darin, daß manche Leute nur die Erscheinungsformen, nur bestimmte Schwierigkeiten sahen und nicht die grundsätzlichen Bedeutung der HO als volkseigenes Unternehmen erkannten.

Wir verstehen, daß die Aktionäre der großen Kaufhäuser in Westdeutschland empört sind über die Erfolge der HO. Sie sind doppelt empört, nämlich auch deshalb, weil sie sehr gut wissen, daß die Gewinne, die die HO macht, in den Neuaufbau unserer Wirtschaft fließen.

Die Westberliner Zeitung „Sozialdemokrat“ brachte die tollste Meldung. In dicken Schlagzeilen schrieb sie „Tod durch HO-Käse“. Nun, bei uns ist noch niemand an HO-Käse gestorben, und den Verfassern solcher Lügenmeldungen kann man nur den Rat geben: Passen Sie auf, meine Herren in Westdeutschland, daß Sie nicht am Marshallplan sterben!

Die Aufgabe besteht darin, den Zweijahresplan vorfristig zu erfüllen, die Friederhektarerträge in der Landwirtschaft und die Industrieproduktion des Jahres 1936 zu erreichen, die Arbeitsproduktivität mindestens auf das Niveau der Friedenszeit zu steigern und dadurch zu einem normalen Handel zu kommen. Wir setzen uns das Ziel, Ende nächsten Jahres die Rationierung der Lebensmittel und Industriewaren, mit Ausnahme von Fleisch und Fett, aufzuheben.

Gegenwärtig hat die HO große Erfolge im Kampf gegen den schwarzen Markt zu verzeichnen. Früher waren die meisten gezwungen, irgendwelche Waren, und wenn es nur Kleinigkeiten waren, auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Infolge der Steigerung unserer Warenproduktion und der Preissenkung wird es gelingen, allmählich den Schwarzhandel ganz auszuschalten. Das war die erste Aufgabe, die die HO zu erfüllen hatte und die sie größtenteils bereits erfüllt hat.

Es geht aber nicht nur um den Kampf gegen den schwarzen Markt, sondern es geht auch um die Normalisierung der Gewinnspanne im Handel. Wir sind überzeugt, daß es der HO gelingen wird, im nächsten Jahr in bezug auf die Herbeiführung einer verhältnismäßig niedrigen Gewinnspanne beispielgebend zu sein. Das wird zweifellos von Vorteil für alle Käufer aus den Kreisen der Werktätigen sein.

Die HO soll zum Garanten für die bessere Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Waren werden. Der erste

Schritt ist bereits getan. Die HO hat dazu beigetragen, die Rationierung aufzulockern. Ihre Preispolitik hat es ermöglicht, schrittweise die Preise zu senken und die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhöhen. Die Läden der HO zeigen der gesamten Bevölkerung die Perspektive der schrittweisen besseren Versorgung der Bevölkerung durch die Übererfüllung des Planes.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir die Abschaffung der Rationierung im Herbst nächsten Jahres nur bei bedeutender Steigerung unseres Außenhandels durchführen können. Wenn wir in diesem Jahr aus der Sowjetunion 30 000 t Brotgetreide und 20 000 t Futtermittel eingeführt haben, so müssen wir im nächsten Jahr 380 000 t Brotgetreide importieren. Dann haben wir eine genügende Reserve, um die Rationierung des Brots, der Nahrungsmittel usw. aufheben zu können.

Um die Verbesserung der Versorgung so durchzuführen, wie es notwendig ist, und schrittweise zur Senkung der HO-Preise übergehen können, müssen wir im Jahre 1950 den Umsatz der HO ungefähr um das Dreifache steigern.

Die wichtigste Aufgabe, die ich schon erwähnt habe, ist die Erhöhung der Qualität der Waren.

Wir begrüßen es, daß sich die HO nicht mehr damit begnügt, Lieferverträge abzuschließen und dann auf den Eingang der Waren zu warten, sondern daß sie sich aktiv einschaltet, damit ihre Lieferanten rechtzeitig Rohmaterial bekommen, damit Störungen in der Produktion ihrer Waren behoben werden. So ist es auf das Betreiben der HO zurückzuführen, daß das starke Einlaufen der Leibwäsche aus Zellwolle, die die Weberei in Löbau lieferte, bedeutend nachgelassen hat, daß die Webereien in Hohenstein-Ernstthal bessere Woll- und Seidengewebe aus einheimischen Rohstoffen herstellen und daß die Görlicher Strumpffabrik nunmehr Kinderstrümpfe erzeugt, die den Wünschen der Kundschaft entsprechen. Wir werden die HO in jeder Hinsicht unterstützen, wenn sie öffentlich Kritik an den Betrieben, an den Betriebsleitungen übt, die schlechte Ware liefern, die die Lieferbedingungen oder die Lieferfristen nicht einhalten.

Im Juli des Jahres schrieb der Westberliner „Sozialdemokrat“: „Die HO ist gezwungen, die Preise in ihren freien Läden schon zum zweiten Mal herabzusetzen.“ Das ist wahrhaftig eine fürchterliche Sache! Stellen Sie sich vor, in dieser demokratischen Republik geschieht das Furchtbare, daß die Preise in der HO herabgesetzt werden!

Wenn die HO im ersten Jahr ihres Bestehens die Preise um durchschnittlich 60 Prozent senken konnte, so ist das ohne Zweifel ein gewaltiger Fortschritt.

Die erste Preissenkung am 23. Mai hat eine Umsatzsteigerung von 35 Prozent gebracht, die Preisherabsetzung am 11. Juli eine solche von 37 Prozent. Die ersten Ergebnisse der letzten Preissenkungen zeigen ungefähr eine 24prozentige Umsatzsteigerung. Wenn also Leute sagen, die HO ist an höheren Preisen interessiert, so ist das nicht wahr. Die HO ist an der Senkung der Preise und am größten Massenabsatz interessiert.

Wir haben die HO geschaffen und damit ein Beispiel für den Verkauf qualitativ hochwertiger und in Zukunft auch verhältnismäßig billiger Waren. Das heißt, wir zwingen mit diesen wirtschaftlichen Mitteln die anderen Zweige des Handels, ebenfalls bessere, qualitativ hochwertige Waren abzusetzen. Wir werden keine Verordnungen über die Handelsspanne in privaten Betrieben erlassen, aber mit Hilfe der staatlichen Handelsorganisation muß das Beispiel geschaffen werden, die Handelsspanne herabzusetzen, und dann wird es wahrscheinlich selbstverständlich sein, daß sich auch die Konsumgenossenschaften und der private Handel danach richten. Wahrscheinlich bleibt ihnen im Wettbewerb dann nichts anderes übrig.

Wir werden keine Produktionsverbote erlassen, sondern dafür sorgen, daß den Betrieben schlechte Waren nicht mehr abgenommen werden. Wenn es noch einige Direktoren auch volkseigener Betriebe bei uns gibt, die der Meinung sind, die Werktätigen seien gezwungen, ihre Waren abzunehmen, auch wenn sie nichts taugen, so haben wir noch andere ökonomische Maßnahmen zur Verfügung. Zum Beispiel können wir den volkseigenen Banken Anweisung geben, diesen Betrieben die Kredite zu sperren.

So geschah es, daß die HO und auch Konsumgenossenschaften bestimmten Betrieben die schlechten Waren nicht mehr abgenommen haben. Da ist der Direktor zur Bank gegangen und hat Kredite verlangt, denn er konnte die Löhne nicht weiterzahlen, weil sein Warenlager bis oben voll war. Die Bank hat ihm aber erklärt: Sie werden keinen Pfennig Kredit mehr bekommen. Der Direktor mußte sich also an die Leitung der VEBs wenden. Von dieser wird der Betrieb untersucht und Ordnung geschaffen. In Zukunft produziert auch ein solcher Betrieb Qualitätswaren.

Und wenn es heute noch Unternehmungen gibt, die Luxusartikel herstellen, die niemand braucht, für die unnötigerweise gute Rohstoffe verwendet werden, so werden wir auch hier kein Verbot erlassen, sondern höchstens unser Finanzministerium bitten, es möge doch etwas mehr Steuer auf diese Waren legen, damit eine Normalisierung der Produktion eintritt. Das ist, am lebendigen Beispiel der HO dargestellt, die Wirtschaftspolitik, die wir durchführen wollen.

„Ostmark“ ohne Kaufkraft?

Wie man sich in der DDR zu Wucherpreisen durchhungern mußte

1:5,6 – ein reeller Ikurs? (Bescheinigung einer Westberliner Wechselstube aus dem Jahre 1951)

Wechselstube Brunnenstraße
Ecke Stralsunder Straße 14
Telefon: 46 73 68

Wir erhielten von Ihnen

Westmark

Sie erhielten von uns

Ostmark

Kurs: 1:5,6

Berlin N 31, den 20/1

1951

B

46 73 68

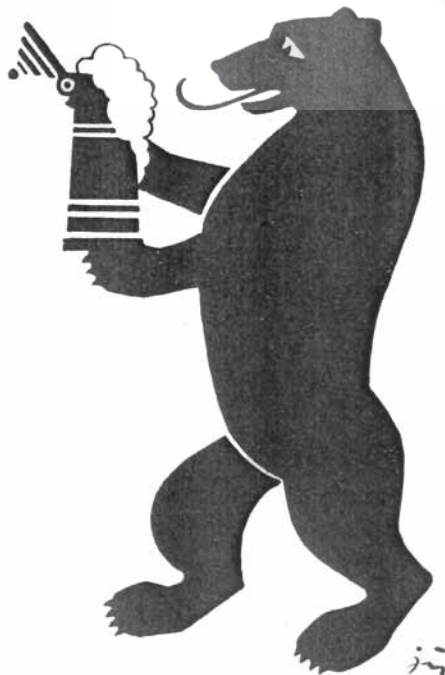
HAUS DER HOCHSEEFISCHER **TAGES SPEISEKARTE**
Preisstufe I vom 14.3. bis 16.3.1972 Preisstufe I

- Preisstufe I vom 14.3. bis 16.3.1972
- Vorspeise
2 Spiegel- oder Rührer mit Speck und Brot 1,50
Omelet mit Champignons 2,40
- Suppen
1 Tasse Tomatensuppe 0,50
1 Tasse Brühe mit Ei 0,05
1 Tasse Championensuppe 0,80
- Fischeierichte
Fischsticks, Rohkostsalat, Tomatensoße u. Kart. 2,25
Roizunge, gebr. mit Mayonnaisesalat 2,00
- Fleischgerichte
Gemüse Eintopf mit Fleischermilch 1,40
Bratwurst mit Linsensalat und Kartoffeln 1,55
Geschm. Nieren mit Salatpfl. und Kartoffeln 1,85
2 Spiegel- oder Rührer mit Speck und Kartoffeln 1,95
Ung. Kotelet mit Spinat und Kartoffeln 2,20
Wildschweinmaten mit Rotkohl und Kartoffeln 2,50
Rostkartoffeln
Schweineschnitzel mit Champignons und Kartoffeln 2,70
Schweinekotelet mit Mischgemüse und Kartoffeln 2,70
Port. frische Champignons mit Rostkartoffeln 2,80
Hamburger Schnitzel mit Salatpfl. und Rostkartoffeln 3,00
Gef. Rinderroulade mit Rotkohl und Kartoffeln 3,05
Wildschweinroulade mit Rotkohl und Kartoffeln 3,05
Steak mit 1/2 Port. Champignons und Kartoffeln 3,70
Filetulasch mit 1/2 Port. Champignons und Kartoffeln 3,75
Steak mit Zwiebeln, Möhrensalat und Kartoffeln nach Gewicht 100g 0,80 + 0,60 Beilage
Steak mit Rotkohl und Kartoffeln nach Gewicht 100g 1,25 + 0,60 Beilage
- Salate
0,40
0,50
0,60
1,30
1,60

Aus Berliner u. Rostocker Speisekarten der 50er und der 70er Jahre

Idee: Karlheinz Reichelt

HAUS BERLIN



Stadtkrug

Preisstufe II

Geöffnet von 9 bis 24 Uhr, sonnabends bis 1 Uhr

Eiesspeisen

	DM
2 Setz- oder Rührer	1,20
2 Setz- oder Rührer mit Schinken	2,40

Schnell-Gerichte

Backwurst mit Mayonnaisesalat	1,40
1 Paar Wiener Würstchen mit Mayonnaisesalat	1,45
Knacker mit Mayonnaisesalat	1,90

Spezialgerichte des Hauses ab 16 Uhr

Filetulasch „Stroganoff“, Kartoffelbrei	4,80
Kotelett „Haus Berlin“	4,15
Eisbein mit Sauerkraut und Salzkartoffeln	4,70
Wiener Schnitzel mit gem. Salat u. Rostkartoffeln	3,90
Rumpsteak mit Zwiebeln und Rostkartoffeln	3,80
Paprikaschnitzel mit Butterreis	3,50
Schw. Schnitzel, Gemüse, Kart.	2,75
Bauernfrühstück	1,80

Warme Gerichte

Gefüllte Rinderroulade mit Rotkohl und Kartoffelbrei	3,35
Ung. Gulasch mit Salzkartoffeln	2,80
Schweineschnitzel mit Gemüse und Salzkartoffeln	2,75
Pikanter Fleischklops mit Salzkartoffeln	1,95
Geschmortes Herz mit Rotkohl und Salzkartoffeln	1,95
Bratwurst mit Rotkohl und Kartoffelbrei	1,85
Brühe mit Rindfleisch	1,80
Bauernfrühstück	1,80
Deutsches Beefsteak mit Kartoffelbrei	1,80
Wellfleisch mit Sauerkraut und Salzkartoffeln	1,65
Terrine Löffelersben mit Speck	1,60

Rückfall ins 19. Jahrhundert: Arbeitszeitverlängerung „ohne Lohnausgleich“

Da soll die Arbeitszeit absolut erhöht werden oder wird es bereits, von 35 auf 37, von 40 auf 42 Stunden usw. – die „Modelle“ sind nach „Ländern“ (der BRD) oder Arbeitsbereichen sehr bunt gewählt – und zwar „ohne Lohnausgleich“, wie es so schön heißt.

Dazu gibt es, auch aus ökonomischer Sicht, einiges zu sagen. Zunächst: Die Erhöhung der Arbeitszeit derjenigen, die einen Job haben, ist zwar Mehrarbeit, bedeutet aber nicht, daß mehr Arbeiter eingesetzt werden; statt die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren, erschwert die Verlängerung der Arbeitszeit – das Beschäftigten über die Normalarbeitszeiten hinaus – deren Verringerung. An den Plänen zur Erhöhung der Arbeitszeit kann man das Interesse ermesen, das wirklich an der Senkung der Arbeitslosenziffern besteht.

Der Grund: Die Ausdehnung der Dauer der Arbeit kommt für das Wachstum der Produktion billiger als die Einstellung weiterer Arbeiter. Sie vermehrt – maximal, sofort – den Gewinn und verursacht die wenigsten Kosten. Wieso?

Die Verlängerung der Arbeitszeit bezeichnete Marx – bezogen auf den Mehrwert/Profit – als deren absolute Erhöhung, im Unterschied zur relativen Form der Erhöhung des Mehrwerts. Bei dieser muß der Unternehmer in der Regel investieren, die Arbeit produktiver gestalten. Bei der Erhöhung der Mehrwerte auf absolute Art, also durch Ausdehnung der Arbeitszeit, kann er sich aufwendige Investitionen ersparen; er nutzt nur die bereits getätigten intensiver aus. Die Gewinne stei-

gen in dem Maße, in dem die Arbeitszeit zunimmt.

Die Erhöhung der Mehrwerte auf absolutem Wege ist inzwischen der historisch seltenere Fall geworden, auch wegen des Drucks der Gewerkschaften, den Normalarbeitstag angesichts des Fortschritts der gesellschaftlichen Produktion zu verkürzen. Das wird mit jeder absoluten Erhöhung der Arbeitszeit wieder durchbrochen bzw. rückgängig gemacht. Beide Methoden treten erneut – für eine Weile – gleichzeitig auf. (Der alte Adam ruht eben nicht, wir erinnern uns: Über die höchste Ausdehnung des Arbeitstages – 12, 14, 16 Stunden – ist der Kapitalismus in die Geschichte eingetreten; bis heute ist er, wie wir nun sehen, nicht aus ihr ausgetreten.) Betrachten wir die Auswirkung der Arbeitszeiterhöhung etwas genauer: Wie die Arbeitszeit ist, so erfolgt laut Marx auch die Wertbildung, 1, 2, 3 Stunden mehr Arbeitszeit pro Woche sind 1, 2, 3 Stunden mehr Wertbildung pro Woche. Das sind bezogen auf eine 36-Stunden-Woche 2,8, 5,6 oder 8,3 % mehr Wertbildung, was schon ganz beachtlich ist. Um über den extensiven Weg die gleiche Steigerung in der Wertbildung zu erreichen, müßten, auf 100 Arbeiter gerechnet, 2,3, 5,6 oder 8,3 Arbeiter mehr eingestellt werden.

Weiter: Wie ist es nun mit der Mehrwertbildung im Rahmen der Mehrwertbildung bei absoluter Ausdehnung des Arbeitstages? Tatsächlich kann sich dann, wenn sich die Ausdehnung der Wertbildung ohne wesentliche Intensivierung der technischen Bestandteile der Arbeit

vollzieht, und das wird ja bei absoluter Erhöhung der Arbeitszeit unterstellt, die größere Wertbildung nahezu ausschließlich in Mehrwertbildung umwandeln. Das entspricht dem kapitalistischen Ideal: Wert = Mehrwert! Nur so erklärt sich auch das Interesse der Unternehmer am Rückfall des Kapitalismus in seine Vergangenheit, in jene Zeit, als die Länge des Arbeitstages den Pluspunkt gegen die technische Qualität des Kapitals (seine produktive Kraft) brachte, also die Verlängerung der Arbeitszeit die Entwicklung der Arbeit ersetzte.

Ursache ist der ausbleibende „Lohnausgleich“. Keinen Lohn als „keinen Lohnausgleich“ zu bezeichnen, ist natürlich eine Frechheit ohne Beispiel. (Als würde der Lohn überhaupt die Arbeitszeit „ausgleichen“, also etwas dieses Gleichen sein.) Die Mehrarbeitszeit wird also nicht bezahlt, sie leistet der Arbeiter dem Unternehmer umsonst. Für sich betrachtet ist die Mehrarbeit „unbelastet“ durch Lohn. Das Kapitalverhältnis tritt besonders kraß hervor. („Mehrarbeit ist unbezahlte Arbeit“, schrieb Marx.) Die Kosten pro Wareneinheit sinken, weil sie sich auf mehr produzierte Waren aufteilen. Bei Produktionsarbeitern erfolgt das direkt, bei dienstleistender Arbeit im übertragene Sinn.

Hier haben wir das ganze „Geheimnis“ des enormen Interesses der Herren Hundt, Rogowski & Co an der Arbeitszeiterhöhung „ohne Lohnausgleich“. Es handelt sich um einen Rückfall ins 19. Jahrhundert.

Hermann Jacobs



„Du tätest gut daran,
ein bißchen mehr zu
arbeiten!“

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Um was ging es bei der faschistischen „Entjudung“ von Kempinski?

Kaltenbrunners langer Schatten

Die jüdische Familienfirma „M. Kempinski & Co“ war in Berlin im Laufe von rund 65 Jahren mit Weinhandel und exzellenten Restaurants zu hohem Ansehen gelangt. 1933 hob die konzernwirtschaftsgestützte erzelektionäre „Harzburger Front“ Hitler in den Regierungssattel. Der Rassismus eskalierte rasch. 1937 wurde Kempinski „arisiert“. Das Unternehmen war vom Gastronomie-multi „Aschinger AG“ geschluckt worden. Anschließend erfolgte die Umgruppierung des Konzerns: Sämtliche Kempinski-Gliederungen im Reich wurden in einer großen, voll „entjudeten“ GmbH zusammengefasst. Parallel kam im westlichen Ausland eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) Kempinski zum Zuge. Schwerpunkt war deren renommiertes Restaurant in Amsterdam. Die OHG wurde von jeglicher „Arisierung“ verschont. Auch nach der nazideutschen Besetzung Hollands im Jahre 1940 galt das Restaurant in der Öffentlichkeit weiterhin als jüdisch. Es genoß besonderes Vertrauen. Diskret waren unterdessen die Manager der „Entjudung“ von „M. Kempinski & Co“ zu Direktoren der beiden Konzernfilialen aufgestiegen: Paul Spethmann, zuvor Aschingers Finanzdirektor, zum Chef der GmbH, Werner Steinke vom Sekretariat der Kempinski-Geschäftsleitung zum Spitzenmann der OHG.

Die entscheidenden Fäden der besonders delikatsten OHG wurden allerdings von Berlin aus gezogen: vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) der SS. Als oberster Chef wirkte dort der gewiefte NS-Geheimdienstler, SS-Obergruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner. Hauptaufgabe eines inneren Zirkels der OHG blieb jahrelang die Überwachung der „Abwehr“, des Spionageapparates des OKW unter Admiral Canaris. Über Amsterdam ließ dieser vor allem Agenten nach Amerika, Afrika, zuweilen auch Iberien auf den Weg bringen. Dem traditionalistischen Marinemann trauten eingeleichte Nazis zunehmend weniger. Gegen Kriegsende wurde er inhaftiert und bald darauf hingerichtet.

Ab 1944 war die Rote Armee in Richtung Reichshauptstadt Berlin vorgestoßen, schien unaufhaltsam. Von dort drohte nun Nazi-Deutschland eine totale Niederlage. Das paßte nicht in die Pläne der Westmächte. Auch die Reichsführung suchte nach Auswegen. Experte Kaltenbrunner entwarf, offenbar im Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler,

heimlich eine Übergangsstrategie. Dabei wurde, wie durchsickerte, dem RSHA-Modell OHG Kempinski eine besondere Rolle zugeordnet. Ein als jüdisch geltendes Etablissement könnte nach Kriegsende als Stütz- oder Schleusungspunkt dienen. Darauf zusteuernd, sorgte Kaltenbrunner bereits im Mai 1944 dafür, daß das Firmeneigentum an Kempinski auf seinen „Arisierungs“-Trabanten Werner Steinke übertragen wurde. Auch nachdem Kaltenbrunner 1946 von den Alliierten in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher abgeurteilt und hingerichtet worden war, wurde im Westen die von ihm veranlaßte Überschreibung des eigentlich jüdischen Unternehmens auf Steinke respektiert. Die von diesem mit „arisierte“ Firma konnte er daraufhin an die potente „Hotelbetriebs AG“ vergeben, die gegen Ende der Weimarer Republik in ihrem Berliner Luxus-Haus „Kaiserhof“ der Hitlerpartei deren Berliner Generalquartier gestellt hatte. Voraussetzung war ein Erbrechtsbruch zu Lasten der uninformiert in ihrem Londoner Asyl verharrenden Nachkommen von Hans Kempinski gewesen. Auch NS-Morde störten nicht! Sogar die Deportationen von jüdischen Zwangsarbeiterinnen in Vergassungs-KZs ab Zentrale Leipziger Straße, die Spethmann und Steinke unterstand,

blieben unbeachtet und wurden bis heute nicht gesühnt. Die „Entjudung“ der Firma Kempinski gehört also zu den Erblasten der Bundesrepublik Deutschland.

Alle Einsprüche namens der Familie Hans Kempinski wurden in der Folge als „verjährt“ von zuständigen Amtstischen gefegt. Bundespräsidenten unterschiedlicher Couleur erklärten sich für unzuständig. Im Jahr 1977 erfolgte die Tarnung der schwer NS-kompromittierten „Hotelbetriebs AG“ mit dem jüdischen Namen Kempinski, was ein besonders hinterhältiges Manöver darstellte. Doch was ließ Exbundespräsident J. Rau am 26. 1. 04 den Familienbeauftragten bescheiden? ... „Der Bundespräsident (hat) aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Stellung „keine Möglichkeit, Ihrem Anliegen zu entsprechen ...“

Tatsache ist: Der Hauptkriegsverbrecher SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner steht de facto weiter als Initiator der weltweit mit annähernd 40 Etablissements operierenden Luxushotellerie der Bundesrepublik da. Die von Adenauer, sekundiert durch Globke, Oberländer und andere „Honoratioren“ des Hitlerreiches, aus der Taufe gehobene BRD bestätigt damit, in wessen „Rechtsnachfolge“ sie steht und welchen Spuren sie folgt.

Fritz Teppich

„Vermögensverwertungsstelle“

Postcheckamt Berlin Konto Nr. 79185
Reichsbank Berlin Nr. 1/1111

Altz.: O 5210-4196/42 P. II. Verw. ...
Richard Israel Unger und Frida Sara Unger ...

1

All-Moabl. 145
Fernsprecher: 35 66 61
Apparat 863
Zimmer Nr. 311

ABB, KÜ/FR

G e n e h m i g u n g

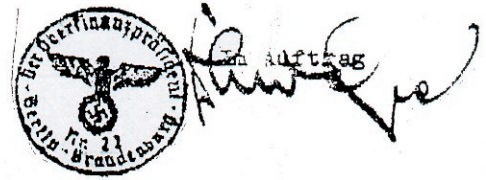
DIESE VON KALTENBRUNNER VERANLASSTE, SCHON VON DAHER RECHTSWIDRIGE EIGENTUMS-ÜBERTRAGUNG AN „ARISIERUNGS“-MANAGER STEINKE, WURDE NACH 1945 VON WESTALLIERTEN UND DEUTSCHEN BEHÖRDEN IN BERLINS WESTSEKTOREN ALS RECHTMÄSSIG HINGENOMMEN!

Betrifft: Entjudung der O.H.G. Kempinski & Co.
Ausbürgerungssache Unger
Eigentumsübergang der Grundstücke Leipziger Str. 25 / Krausenstr. 72-74 und Kurtfürstendamm 27 / Fasanenstr. 21 und Fasanenstr. 20 auf den Kaufmann Werner Steinke

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat festgestellt, daß auf Grund der Mitten-Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 das Vermögen der Eheleute Richard Israel und Frida Sara Unger dem Reich verfallen ist.

Gleichzeitig genehmige ich auch den Übergang der Anteile an der O.H.G. M. Kempinski & Co. in Berlin auf Herrn Werner Steinke, Berlin, nach Maßgabe der oben erwähnten notariellen Verhandlungen, soweit die Anteile dem Großdeutschen Reich verfallen oder zugunsten des Großdeutschen Reiches eingezogen werden sind.

Die vorbezeichneten Genehmigungen gelten rückwirkend mit dem 28.11.1941.



Robert Siewert – einer der „Väter“ des Buchenwald-Kindes

Ein heldenhaftes Leben

Seit meinem ersten Besuch der Nationalen Gedenkstätte Buchenwald im Jahre 1957 und der 1958 erfolgten Veröffentlichung des Bruno-Apitz-Romans „Nackt unter Wölfen“ interessierte es mich, diesen Mann, der dann am 2. November 1973 im Alter von 85 Jahren starb, persönlich kennenzulernen. Es gelang mir, ihn für eine Jugendveranstaltung mit internationaler Beteiligung in meinem Betrieb, dem Spezialbaukombinat Magdeburg, zu gewinnen. Das war im Sommer 1967.

Wir alle hatten einen der „Väter“ des kindlichen Buchenwald-Häftlings Stefan-Jerzy Zweig und seiner Leidensgenossen, den standhaften Antifaschisten Robert Siewert, in unserer Mitte. Trotz seines harten Lebens und der durchlittenen Qualen wirkte er auf mich fast wie ein Fünfzigjähriger. Doch damals stand er bereits vor seinem 80. Geburtstag, den er am 30. Dezember desselben Jahres feiern konnte.

Als es um die Darstellung seines Lebens ging, machte er wenig Worte. Für ihn standen die Sache und der gemeinsame Kampf im Mittelpunkt.

Robert Siewert wurde 1887 in der Provinz Posen als Sohn eines Zimmermanns geboren. Mit ihm sperrten noch sieben Geschwister ihre hungrigen Mäuler auf. Als Zehnjähriger mußte Robert schon Geld verdienen, um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Diese übersiedelte 1896 nach Berlin. Hier erlernte er das Maurerhandwerk. Seit 1905 gewerkschaftlich organisiert, trat er ein Jahr später der SPD August Bebel's bei. 1907 lernte er auf der Wanderschaft Fritz Heckert und Wilhelm Pieck kennen. Robert organisierte in der Folgezeit viele Lohnkämpfe der Bauarbeiter. Dafür ging er als 21jähriger erstmals ins Gefängnis. 1908 hielt er sich eine Zeitlang in der Schweiz auf. Der Züricher Maurerstreik und der Ausstand an der Lötschbergbahn waren mit seinem Namen verbunden. 1912 nahm Robert Siewert am Internationalen Sozialistenkongreß von Basel teil. In dieser Zeit gehörte er bereits dem Vorstand des Baugewerkschaftsbundes an. Im Internationalen Arbeiterverein und im Verein zur Unterstützung der politischen Gefangenen und Verbannten des zaristischen Rußlands war er aktiv.

Im Ersten Weltkrieg kam Robert als Soldat an der Ostfront zum Einsatz. Hier erlebte er den Oktober 1917 und ein Jahr später die deutsche Novemberrevolution. Seine Kameraden wählten ihn in den Provisorischen Soldatenrat. In der Schweiz war er wiederholt Lenin begegnet. Die Gespräche mit ihm trugen zu seiner politischen Bewußtseinsbildung bei. Als er 1919 nach Berlin zurückkehrte, schloß er sich sofort der KPD an. Er wurde Sekretär der Partei für das Erzgebirge und das Vogtland. 1920 nahm er als Delegierter am II. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau teil. Ein Jahr später wählten ihn die Arbeiter in den sächsischen Landtag.

Im November 1927 bereiste Robert Siewert als Leiter der bisher stärksten Abordnung von KPD-Genossen erneut die UdSSR. Er erlebte die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution und gehörte auch zu den Teilnehmern des Internationalen Kongresses der Freunde der Sowjetunion, der in Moskau stattfand.

Als die Faschisten 1933 in Deutschland an die Macht kamen, befand sich der kommunistische Abgeordnete und Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes unter den ersten, die ins Gefängnis geworfen wurden. Drei Monate hielten sie ihn in Tegel fest. Wegen illegaler Arbeit wurde er 1935 erneut verhaftet. Das Urteil lautete drei Jahre Zuchthaus. In Luckau mußte er diese Zeit verbringen. Nach der Strafverbüßung gab ihn die Gestapo nicht frei. Auf Verlangen ihres Chefs Reinhard Heydrich überstellte man Robert Siewert nach Berlin, wo er in der Prinz-Albrecht-Straße und im Polizeigefängnis am Alex monatelang verhört wurde. Dann lieferte man ihn ins KZ Buchenwald ein. Obwohl Kapo des Baukommandos I, gehörte er hier zu den Organisatoren des Widerstandes. Wenige Monate vor der Zerschlagung der Nazi-Herrschaft wurde Robert von der Gestapo zur „Sonderbehandlung“ nach Weimar gebracht. Er stand unter dem Verdacht, an der illegalen Trauerfeier für Ernst Thälmann im September 1944 teilgenommen und dort die Gedenkrede gehalten zu haben. Die Gestapo konnte ihm das nicht beweisen. Am 5. April 1945 kehrte er ins Lager zurück. Schon tags darauf wurde er mit weiteren 46 Häftlingen auf die Todesliste gesetzt. Doch keiner der aufgerufenen Hinrichtungskandidaten erschien auf dem Appellplatz. Das Lager war zum Aufstand übergegangen. Zwei Tage vor dem Eintreffen der Amerikaner befreite es sich am 11. April mit eigenen bewaffneten Kräften.

Nach siebenjähriger Haft kam Robert Siewert endlich frei. Auf Beschluß der KPD-Leitung der Häftlinge begab er sich am 15. Mai nach Halle, um dort am Neuaufbau teilzunehmen. Bei einer Rede auf dem Marktplatz der Saale-Stadt wollten ihn die hier zunächst eingerückten Ame-

rikaner erneut festnehmen. Das konnte jedoch verhindert werden.

„Du wirst es schon schaffen“, sagte Walter Ulbricht zu dem gestandenen Kommunisten, als dieser im Juli 1945 zum 1. Vizepräsidenten der Landesregierung und Innenminister Sachsen-Anhalts ernannt wurde. Bis 1950 blieb er auf diesem für die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung so wichtigen Posten. Nach Gründung der DDR beriefen ihn Partei und Regierung zum Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Bauwesen. Noch mit 78 Jahren war er dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

Zur Erinnerung an diesen beispielhaften Antifaschisten trägt eine Straße in Berlin-Karlshorst seinen Namen.

Heinz-Joachim Maaßberg

Der „RotFuchs“ fühlt sich seinen Veteranen immer auf das engste verbunden. Ihre Solidarität trägt maßgeblich dazu bei, daß unsere Zeitschrift die Jahre überdauert hat.

Herzliche, liebe Grüße gehen diesmal an

Horst Zimmermann

aus Cottbus, der am 10. Juni 2004 sein **85.** Lebensjahr vollendet und an

Karl Schaller

aus Berlin, der am 28. Juni 2004 fünf Jahre jünger bleibt.

Wir gratulieren unseren **75ern**

Wilhelm Möller

aus Leipzig (7. Juni) und

Johannes Koch

aus Berlin (18. Juni)

sowie der Garde der **70er**

Adolf Hoffmann

aus Schwedt (14. Juni)

Gernot Bandur

aus Berlin (15. Juni) und

Horst Bodenthal

aus Stolzenhagen (25. Juni).

Dr. Werner Lisowski

aus Schöneiche beglückwünschen wir zum **65.** (8. Juni) und

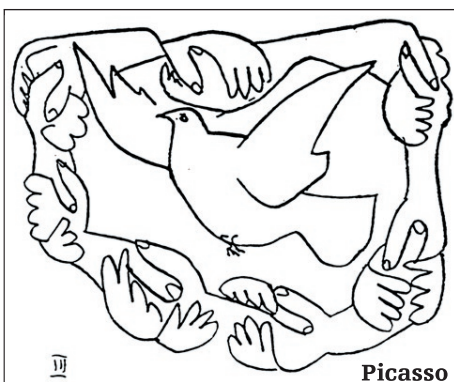
Helmar Kolbe

aus Berlin grüßen wir aus gleichem Anlaß (16. Juni).

Ralf Kubitz

aus Bestensee wird am 1. Juni erst **60.**

Alles Gute, liebe Genossen!



Wie Hamburgs Hafen imperialistischen Militärs dient

Rund um die Landungsbrücken

Für die Besucher Hamburgs sind die Landungsbrücken, zwischen der Speicherstadt und dem Fischmarkt gelegen, der wohl beliebteste Ort, um den Hafen, große wie kleine Schiffe zu begucken oder mit einer Barkasse eine Rundfahrt auf der Elbe zu machen. Die „Freie und Hansestadt“ ist fast so groß wie Rügen, die größte Insel des Landes. Mehr als 1/6 der Stadtfläche, weit über 120 km², nimmt das Hafengebiet ein. Von den Landungsbrücken aus ist das allermeiste davon nicht zu sehen. Weder die Petroleumböden und endlosen Tanklager noch die neuesten Containerterminals, denen alte Fischerdörfer trotz langen Widerstandes ihrer Bewohner weichen mußten ... Ebenso ist kaum etwas davon zu entdecken, was dieser Hafen mit Rüstung, Militarismus und Krieg zu tun hat. Und das hat er, seit es ihn gibt und seegestützte Waffen eine Bedeutung haben für – wie das heutzutage genannt wird – „Schutz und Sicherung von Rohstoffquellen, Verkehrswegen, Märkten und Einflußgebieten“. Seit der Handel mit Kriegsgeschütz aller Art und deren Transport auf dem Seeweg stattfinden, ist das so. Dabei war Hamburg nie eine Kriegsflottenbasis – dafür sind die 120 km bis zur offenen Nordsee zu weit. Das aber machte den Hafen für militärische Nutzung anderer Art um so geeigneter.

Auf den Großwerften wurden die Flotten für die imperialistischen Raubkriege des deutschen Kaiserreiches ebenso wie des faschistischen „tausendjährigen“ gebaut. Zahllose Proleten kamen bei den Arbeiten durch gnadenlose Antreiberei bei mangelnder Sicherheit ums Leben oder wurden verstümmelt. Zigtausende in Marineuniformen Gezwungene fanden mit den versenkten Schlachtschiffen, Panzerkreuzern und dergleichen das „nasse Grab“ auf dem Grund von Nordsee und Atlantik, in Skagerak und Kattegatt oder den Fjorden Norwegens.

Doch Hamburgs Werft- und Hafentarbeiter bildeten auch einen revolutionären Kern seiner Arbeiterbewegung. Unter Führung der KPD leisteten sie z. B. Anfang der 30er Jahre hartnäckigen Widerstand bis zu Boykott- und Streikaktionen gegen die Waffenlieferungen von Reichswehr und Konzernen für den Eroberungskrieg der japanischen Militaristen in China. Während des spanischen Bürgerkriegs 1936–39 sabotierten antifaschistische Hafentarbeiter Transporte für die Francofaschisten, z. B. durch „Umleitung“ in falsche Häfen; andere klärten Lieferungen von Militärgütern und Truppenverschiebungen auf – ihre Informationen gelangten über Moskau an die Verteidiger der Spanischen Republik. Manche Genossen kamen wegen dieser Solidarität ins Zuchthaus oder KZ, gaben ihr Leben in diesem Kampf. Auch nachdem die deutschen Faschisten ganz Europa mit Krieg und Terror überzogen hatten, gab es wei-

ter Widerstand und Sabotage im Hafen. So machte ein Genosse durch einfache Umpolung von Stromanschlüssen U-Boot-Neubauten unbrauchbar, zu denen er nach der Endabnahme Zugang hatte – er wurde nie entdeckt.

Weil die Antifaschisten nicht stark genug waren, das Terror- und Kriegsregime selbst zu stürzen, lagen Hafen und Werften wie weite Teile der Stadt 1945 in Trümmern. Doch schon bald danach konnte der deutsche Imperialismus, nun im Bunde mit dem „freien Westen“, auch in Hamburg zur Remilitarisierung übergehen. Neue Kriegsschiffaufträge gingen bei den meist alten, nicht als Kriegsverbrecher enteigneten Werftbossen ein – „Deutsche Werft“, „Howaldt“, „Stülcken“... Geblieben ist davon heute nur, genau gegenüber den Landungsbrücken, „Blohm & Voss“, die wohl berühmteste Kriegsschiffwerft zweier Reiche und zweier Republiken. Sie gehört jetzt zur „Thyssen-Krupp-Gruppe“ – Namen, die keines Kommentars bedürfen. Hier wurden die Menschen bis aufs Blut ausgebeutet, von 1939–1945 KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und andere Zwangsarbeiter – wie auch in anderen Hafenbetrieben – zu Tode geschunden. Heute baut „B & V“ keine Schlachtschiffe und Panzerkreuzer mehr unter hohen Helgen. In modernsten Docks und Montageanlagen entstehen Fregatten, Korvetten, Schnellboote neuester Hochtechnologie. Mit dem, was sie kosten, würden Hamburgs angeblich leere Sozialkassen überquellen. Bestimmt sind sie nicht nur für die Bundesmarine; sie werden in zahlreiche Länder exportiert, natürlich auch in „Spannungsgebiete“. Direkt verbunden mit dem „B & V“-Betriebsgelände ist übrigens die marineteknische Versuchs- und Forschungsanstalt der Bundeswehr ...

Und etwas östlich der Landungsbrücken finden sich einige Firmen, die Präzisionsgeräte für Navigation und Waffenlenkung herstellen. Ebenfalls dort sieht der Besucher die „Überseebrücke“. Dort legen keineswegs nur Kreuzfahrer und Großsegler an, vielmehr ist sie auch und gerade der Zurschaustellung von Kriegsschiffen – einzeln oder im Verband – gewidmet. Vom Flugzeugträger – derzeit seltener, weil im Dauereinsatz, doch erst kürzlich „gastierte“ ein britischer, der vor einem Jahr an den todbringenden Angriffen auf Irak beteiligt war – über Zerstörer und Fregatten bis zu U-Booten. Kinder staunen, von „High-Tech“ begeisterte Männer staunen, sind fasziniert, sicher auch manche Frauen. Aber die Mütter sollten ihre Kinder lieber verstecken oder vor diesen zum Führen von Krieg bestimmten Schiffen warnen. Krieg ist kein Spiel ...

Nicht zu sehen von den Landungsbrücken und auch sonst nicht sind die als Spedition, Im- und Export-Maklerbüro oder sonstwie legendierten Filialen, die CIA, BND, Mossad und andere Dienste

im und um den Hafen angesiedelt haben. Natürlich bleibt auch ihr Wirken im dunklen und wird nur zufällig entdeckt: Container voller „Bohrtechnik“ für den Mittleren Osten, die mal vollgestopft sind mit Sprengmitteln, mal mit modernster Spionagetechnik ... Unvergeßlich auch direkt nach Israels Junikrieg 1967 der Anblick eines Kollegen, der mit MG-Gurten behängt wie Zapata aus einem Waggon mit „Maschinenteilen“ für Israel kletterte: Das waren Panzerabwehrkanonen, schwere und leichte MGs samt Munition – erzeugt von jenen Firmen, die schon Hitlers Wehrmacht mit Waffen ausrüsteten. Sie waren bestimmt für die Eroberung jenes „Lebensraums“, in dem Bolschewiki und Juden vernichtet wurden. Angeliefert hatte sie ausgerechnet Schenker & Co, jene Spedition, die im Faschismus maßgeblich den Transport der Raubgüter organisierte, auch der Beute aus den Todeslagern ... Zu sehen waren Dutzende Panzer ohne Hoheitszeichen, die unmittelbar nach dem 21. April 1967, an dem NATO und CIA in Griechenland faschistische Obristen an die Macht putschten, via Hamburg nach Piräus gingen. General Pinochet erhielt nach seinem 11. September 1973 dergleichen und vieles mehr über den Hafen der Elbe-Metropole. Und „nur für den zivilen Gebrauch bestimmte“ Mercedes-Unimogs standen oft in langer Reihe auf den Kaianlagen zur Verschiffung ins Südafrika der Apartheid – man sah sie wieder mit Tarnanstrich auf Bildern von Militäroperationen der Rassistenarmee gegen SWAPO, ANC und MPLA.

Und zum Schluß: Etwa 10 km flußabwärts der Landungsbrücken sind auf dem Südufer die großen Montagehallen der EADS zu sehen, samt Flugplatz auch für größte Maschinen. Erst in diesen Jahren wurde ein einzigartiges Naturschutzgebiet zerstört, um das Werk zu erweitern, das von der Stadt mit 665 Millionen Euro, mehr als dem Dreifachen des Etats aller Berufsschulen, bisher subventioniert wurde. Dort wird nicht nur die militärische Variante des Airbus gebaut, mit der deutsche Truppen zu Einsätzen rund um die Welt transportiert werden sollen. Dieser „Europäische Luft- und Raumfahrtkonzern“ ist auch das deutsche Zentrum für Weltraumforschung und -entwicklung; es wird intensivst gearbeitet für die Aufholjagd gegen die USA-Hegemonie bei der Militarisierung des Alls. Und zur Zeit sieht es bei EADS gar nicht danach aus, als würden viele der Arbeiter und Angestellte bereit sein, ihr Leben oder auch nur ihren Job zu riskieren aus Solidarität mit den Klassengenossen in anderen Ländern. Sie kämpfen heute eher für den Arbeitsplatz in der Rüstung.

Werner Hoppe

Wie Artikel 116 des Grundgesetzes gegen die DDR angewendet wurde

Die „Staatsangehörigkeits“-Peitsche

Um ihr Hauptziel, die Beseitigung der DDR, zu erreichen, unternahm die Bundesrepublik buchstäblich alles, was ihr irgendwie möglich war – ohne Rücksicht auf das Völkerrecht. Seitens der BRD wurden auswanderungswilligen DDR-Bürgern Versprechungen gemacht, und es wurde ihnen finanzielle Unterstützung gewährt. Fluchthelferorganisationen – regelmäßig kommerzielle, teilweise auch kriminelle – wurden von Westberliner und westdeutschen Behörden gefördert, zumindest geduldet. Zahlreiche andere Organisationen riefen unter dem Motto der Menschenrechte DDR-Bürger über die westlichen Fernseh- und Radiostationen zum Verlassen ihres Landes auf. Um die Abwanderung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik zu fördern, weigerte sich diese, die DDR als eigenständigen Staat anzuerkennen. Vor allem war sie hartnäckig nicht bereit, eine eigenständige Staatsbürgerschaft der DDR zu akzeptieren.

Die bundesdeutschen Politiker bezogen sich in dieser Auseinandersetzung regelmäßig auf den Art. 116 GG. Dieser bestimmt, wer nach dem Grundgesetz im staatsrechtlichen Sinne „Deutscher“ ist, die (bundes-)deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Sie wird auf deutsche Volkszugehörigkeit, also auf (blutmäßige) Abstammung abgestellt. Im übrigen gilt in der Bundesrepublik mit einigen Änderungen nach wie vor das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 aus der Kaiserzeit. Es ist eine überkommene und keineswegs moderne Regelung.

Das Grundgesetz war nicht für einen (westdeutschen) Teilstaat ausgearbeitet worden. Man war davon ausgegangen, daß es in Deutschland nur einen Staat geben solle, nämlich die Bundesrepublik.

Das Bestehen eines zweiten deutschen Staates, der DDR, war nicht vorgesehen. Mehr noch: Dem Grundgesetz ist zu entnehmen, daß die Hauptfunktion der Bundesrepublik in der „Befreiung“ Ostdeutschlands, der „Soffjetzone“, der „unerlösten Provinzen“ und – nach der Gründung DDR – in der Beseitigung dieses Staates bestand.

Der Begriff einer deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 GG war für die westdeutschen Politiker das maßgebliche juristische „Argument“ im Kampf gegen die DDR.

Dieser Artikel erwies sich für das Anliegen der Bundesrepublik, letztlich die Liquidierung der DDR zu erreichen, als außerordentlich wertvoll. Die BRD ging nach Art. 116 GG davon aus, daß es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gebe, und zwar die diesem Gesetzestext entsprechende. Auch alle DDR-Bürger besäßen, soweit sie „Deutsche“ sind, diese eine deutsche (bundesdeutsche) Staatsangehörigkeit.

Diese Reproduktion seines Bildes „Die Journalistin“ sandte uns der Maler Walter Lauche aus Rietz. Es symbolisiert die verschiedenen „Sichten“ der Medienmacher.



Durch die Bundesregierung wurde nach dem Erlaß eines Gesetzes über die Staatsbürgerschaft im Februar 1967 ausdrücklich erklärt, daß dadurch die Regelung nach Art. 116 GG nicht berührt werde.

Unbeschadet der eigenen Gesetzgebung besäßen die DDR-Bürger nach wie vor die bundesdeutsche Staatsangehörigkeit. Sie waren also von Anfang an durch die Bundesrepublik vereinnahmt.

Solange die DDR-Bürger in der DDR blieben, waren sie nur potenzielle Bundesbürger bzw. wurde ein Ruhen ihrer bundesdeutschen Staatsangehörigkeit angenommen. Aber jeder DDR-Bürger, der seinen Fuß auf bundesdeutsches oder Westberliner Gebiet setzte, unterlag damit – nach der BRD-Sichtweise – dieser bundesdeutschen Staatsangehörigkeit.

Die BRD vertrat im internationalen Rahmen die sogenannte Hallstein-Doktrin, die es als „unfreundlichen Akt“ bezeichnete, wenn andere Länder die DDR anerkennen würden. Wir nannten das Alleinvertretungsanmaßung. Die Bundesrepublik wollte anderen Ländern vorschreiben, ob diese die DDR als Staat anerkennen und mit diesem normale diplomatische Beziehungen aufnehmen dürfen. (Die 1955 formulierte Hallstein-Doktrin geht auf den Staatssekretär Hallstein im Auswärtigen

Amt zurück. Erst die Regierung Willy Brandts hat im Zuge ihrer neuen Ostpolitik 1969 diese Doktrin aufgegeben.)

In Übereinstimmung mit der Hallstein-Doktrin und dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik maßte sich diese an, Schutz und Vertretung von DDR-Bürgern im Ausland, praktisch im westlichen Ausland, wahrzunehmen und solche jedenfalls auf ihrem eigenen Staatsgebiet zu praktizieren. DDR-Bürger, die nach West-Berlin oder Westdeutschland gelangten, waren automatisch in jeder Hinsicht bundesdeutsche Staatsangehörige, Bundesbürger, ganz gleich, ob sie ihren DDR-Personalausweis behielten oder abgaben. In der Bundesrepublik bedurften die DDR-Bürger keines Asyls, insbesondere keines politischen Asyls. Sie erhielten ohne weiteres einen bundesdeutschen Reisepaß (ihr DDR-Personalausweis wurde „verwahrt“) und konnten nun auch in andere westliche Länder fahren.

Alle Forderungen der DDR, die Bundesrepublik möge die Staatsbürgerschaft der DDR-Bürger anerkennen, blieben erfolglos, erwiesen sich als unwirksam. Die bundesdeutsche Position war, unbeschadet ihrer Unvereinbarkeit mit dem Völkerrecht, „unerschütterlich“.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Auf den Spuren revolutionär-demokratischer Traditionen des frühen Bürgertums

Zwingli und die Schweizer Reformation

Der am 1. Januar 1484 in Wildhaus (Kanton St. Gallen) geborene Huldrych Zwingli gehörte zu den entschiedensten Führern der protestantischen Bewegung Europas, die beispielsweise im Deutschland der Bauernkriege in eine frühbürgerliche Revolution mündete. Als Feldprediger begleitete er die revolutionären Truppen in die Schlachten. Am 11. Oktober 1531 fiel er bei Kappel.

Zwingli, dessen eigentlicher Vorname Ulrich lautete, wuchs im sozialen und politischen Umfeld der von verschiedenen Volksschichten getragenen reformatorischen Bewegung auf. Vordergründig ging es darum, die katholische Kirche in einem Teil Europas in eine reformierte anglikanische, lutherische oder calvinistische Glaubensgemeinschaft umzugestalten. Die tieferen Ziele der Bewegung, die auch in der Schweiz Züge frühbürgerlicher Erhebungen annahm, bestanden jedoch darin, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Dafür gab es dort eine Reihe günstiger Bedingungen, die in anderen Ländern so meist nicht existierten. Die Feudalverhältnisse waren relativ unterentwickelt; die Form der Marktgenossenschaft hatte sich erhalten; eine breite Schicht freier Bauern war entstanden; in den Stadtkantonen Zürich, Basel und Bern gab es bereits Zentren des Zunfthandwerks (Weberei); es existierte ein ausgedehnter Fernhandel.

Das städtische Bürgertum, aber auch Grundbesitzer forderten im Interesse der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Positionen und politischer Eigenständig-

keit, die Eidgenossenschaft stärker zu zentralisieren und die Machtstellung der Kirche zu beseitigen. In den nordschweizerischen Städten, an ihrer Spitze Basel mit seiner 1459 gegründeten Universität, entwickelte sich der Buchdruck und auf seiner Basis des Humanismus.

In Basel und Bern besuchte Zwingli, Sohn eines Bauern und Amtmannes, die Schule, studierte anschließend in Basel und Wien von 1498 bis 1506 Theologie und promovierte zum Magister. Danach hatte er in Glarus zehn Jahre lang ein Pfarramt inne. Bis 1518 war er im Wallfahrtsort Maria-Einsiedeln tätig und seit 1519 Leutpriester am Großmünster in Zürich. Als Feldprediger nahm er 1513 und 1515 an den Schlachten von Novara bzw. Marignano (heute Melegnano) gegen die französischen Truppen in Norditalien teil.

Stand Zwinglis Wirken zunächst unter dem Einfluß der lutherischen Bewegung, so wurde er jedoch bereits zu dieser Zeit besonders durch den Humanismus Erasmus von Rotterdams geprägt, der sich 1517 und 1528 in Basel aufhielt. Ein enger Weggefährter war ihm der Mediziner, Philosophieprofessor und Historiker Joachim von Watt, der in St. Gallen als Stadtarzt arbeitete und dort zum Magistratsmitglied, 1526 zum Bürgermeister aufstieg.

Im Rahmen heftiger sozialer und politischer Auseinandersetzungen beginnt unter Führung Zwinglis 1523 in Zürich die Schweizer Reformation, die sich in den nächsten Jahren auf andere Stadtkantone ausbreitet. Während in Zürich das Patrierium entmachtet wird, erheben sich die Bauern in der Nordschweiz, erkämpfen die Aufhebung der Leibeigenschaft und des kleinen Zehnten. Durch seine erste und zweite Disputation (Januar und Oktober 1523) gestaltet Zwingli Zürich zum Zentrum der kirchlichen, politischen und sozialen Neuordnung der Eidgenossenschaft. Die Schweizer Reformation strahlt vor allem auf Süddeutschland und Tirol aus. Der Bauernführer Michael Gaismair verfaßt 1526 in seinem Exil in Graubünden auf der Grundlage der Lehren Zwinglis seine „Tiroler Landesordnung“ und führt im selben Jahr die Bauern des Alpenlandes zu einem neuen Aufstand. Nach der zweiten Disputation beginnt die Durchführung der Reformation; der Züricher Stadtrat entmachtet die Kirche und übernimmt ihre Aufgaben. Zwingli verkündet als Ziel, alles zu beseitigen, was nicht aus der Heiligen Schrift zu begründen ist. Es geht um die Abnahme der Heiligenbilder (1524), die Aufhebung der Klöster (1525), die Abschaffung der Prozession, des Orgelspiels und des Gemeindegangs, der Firmung und der letzten Ölung, die Beschränkung der Feiertage, die Begründung des Almosenamtes, die Abhaltung der Abendmahlsfeier nur an vier Sonntagen des Jahres am weiß-

gedeckten Tisch mit Brotbrechen und Kelchnahme. An die Stelle des Stiftskapitels am Großmünster tritt die Prophezei (Bibelauslegung in wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften).

Zu Beginn der kirchlichen Reformen geht Zwingli 1524 mit Anna Reinhard die Ehe ein.

Zwinglis theologisches Wirken war rational geprägt und auf das gesellschaftliche städtische Leben ausgerichtet, es beeinflusste maßgeblich den bürgerlich-republikanischen Charakter der Schweizer Reformation. Wenn er die Bedeutung der Arbeit für die Gesellschaft hervorhob, war er seiner Zeit sozial weit voraus. Daran änderte auch die zeitbezogene Begründung nichts, daß sie Gottes Gnade herbeirufe. Entschieden bekämpfte er die Leibeigenschaft und den Söldnerdienst in fremden Heeren, das sogenannte Reislafen, das 1522 in Zürich verboten wurde. Die von Zwingli herbeigeführten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen entsprachen den Bedürfnissen des aufsteigenden Bürgertums.

Sowohl in seinen kirchlichen als auch seinen politisch-sozialen Reformen war Zwingli radikaler als Luther, was offen in dem Marburger Religionsgespräch 1529 zum Ausdruck kam. Während Luther die leibhaftige Gegenwart Christi in den Abendmahlssegmenten (Brot und Wein) vertrat, faßte Zwingli diese nur symbolisch auf. Welten trennten ihn, der die Reformationstruppen in die Schlachten begleitete und sich auf die Seite der aufständischen Bauern stellte, von dem Wittenberger, der 1525 mit seiner Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ diesen in den Rücken fiel.

1529 verbündete sich die klerikal-katholische Reaktion der Schweiz mit der Österreicher gegen Zürich. 1531 erlitt das Revolutionsheer in der Schlacht bei Kappel, in der Zwingli fiel, eine Niederlage. Der Tod des radikalen Reformators engte die Reformen ein und erleichterte die katholischen Restaurationsbestrebungen. Die konfessionelle Spaltung blieb bestehen, tiefergehende historisch-progressive Pläne Zwinglis zu einer staatspolitischen Umgestaltung der Eidgenossenschaft wurden verhindert.

Zwinglis Anhänger, die sich nach seinem Tod Zwinglianer nannten, vereinigten sich 1549 mit denen Jean Calvins, der nach seiner Ausweisung aus Frankreich 1536 vor allem in Genf wirkte, zu den sogenannten Reformierten.

Zwingli hinterließ umfangreiche Schriften, die erstmals ab 1905 in 14 Bänden zusammengefaßt erschienen. Als sein Hauptwerk gilt „De vera ac falsa religione“ (Über die wahre und die falsche Religion), das bereits zu seinen Lebzeiten 1525 erstmals in Zürich erschien.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Herzliche Glückwünsche

zu ihren Jubiläen gehen an bewährte Mitarbeiter unserer Zeitschrift – den Autor

Wolfgang Hermann

aus Dreesch, der am 5. Juni sein **65.** Lebensjahr vollendet, und an unseren griechischen Korrespondenten

Sokrates Papadopoulos

aus Thessaloniki, der am 15. Juni die gleiche Latte überspringt.

Durch eine Nachlässigkeit der Redaktion gratulieren wir Genossen

Dr. Norbert Pauligk

erst heute, obwohl er bereits am 14. Mai zum **75er** aufrückte. Norbert hat sich sowohl durch hervorragende Beiträge als auch in seiner Funktion als Vorsitzender der Regionalgruppe Schwerin große Verdienste erworben.

Thomas Müntzer – Kampfgefährte der Unterdrückten

Es gibt einige Orte in diesem Land, die sind bestimmten Menschen heilig. Das trifft auch auf das Gebiet zu, das für fast ein halbes Jahrhundert frei war von Ausbeutern und Leuteschindern: wo die Deutsche Demokratische Republik errichtet wurde. In Berlin ist es die Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde, in der die gemeuchelten Spartakuskampfer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihre letzte Ruhe fanden. In Buchenwald bei Weimar ist es das Krematorium der Gedenkstätte, in dem aufrechte Widerstandskämpfer gegen den Faschismus hingerichtet wurden, darunter 1944 der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann. Bei Eisenach ist es die Wartburg, auf der Martin Luther 1517 ein Kulturdokument der Menschheit, die jüdisch-christliche Bibel, ins Deutsche übersetzte. Es gibt aber auch Orte, die heute nur noch wenigen im Gedächtnis sind. Das darf aber nicht so bleiben. Ein Platz am Fuße des Kyffhausergebirges sollte allen Kämpfern gegen das Unrecht heilig sein. Das ist der Schlachtberg bei Bad Frankenhausen. Auf diesem 266 m ü. d. M. befindlichen Plateau hatte im Mai des Jahres 1525 ein 4000 Mann starkes Heer aus Bauern, Tagelöhnern und Salzknechten eine Kampfpause eingelegt, um nach Beratung und Stärkung weiter aufzubegehren gegen die blutsaugerische Herrschaft des Adels und der Fürsten. Ihr Ziel war es, diese zu brechen. Der, der ihnen dazu Mut und Inspiration vermittelte, war der römisch-katholische Priester Thomas Müntzer. Inspiriert durch die mutigen Auftritte des jungen Luther und belesen und gebildet durch eigene Studien, war er zu dem Schluß gelangt, das Buch der Bücher vermittele als ein Zeugnis von Gottes Gerechtigkeit den Unterdrückten die Zuversicht, daß die Herrschaft des Unrechts umgestürzt und das Reich der Gerechtigkeit und des brüderlichen Teilens jetzt verwirklicht werden könne. Ein aufscheinender Regenbogen, ein Sonnen-Halo, bestärkte die zeitentsprechend wunderglaubige Menge in der Sicherheit, Gott wäre auf ihrer Seite. Daß sie sich in falscher Sicherheit wiegte – wozu das Vertrauen in ein vorgetauschtes Verhandlungsangebot ihrer Todfeinde gehörte – hat das katastrophale Ende ihres Aufstandes eingeleitet. Tausende der überraschten und ungeordnet Fliehenden wurden durch die Soldateska der Herren niedergemacht. Es floß so viel Blut den Berg hinab ins Tal, daß der entsprechende Geländeeinschnitt seitdem die „Blutrinne“ heißt. Auch Gefangene wurden gleich niedergemacht oder nach der Folter hingerichtet. Solches geschah auch dem Prediger des Evangeliums, dem „willigen Botenlauer Gottes“. Er wurde auf das Wasserschloß Heldrungen geschafft, dort schwer gemartert, aber nicht zum Widerruf seiner Sache gebracht. Am 27. Mai vor

479 Jahren enthauptete man ihn vor den Toren Muhlhausens. Enthaupten ließ sich auch Mühlhausen, als es im Jahre 1991 im Zuge der Anpassung an die Erwartungen der Ostkolonialisatoren seinen Ehrennamen „Thomas-Müntzer-Stadt“ per Ratsbeschl ablegte. So gibt es zwar heute immer noch zwei Martin-Luther-Statde (Eisleben – sogar unter Besatzungsrecht der SMAD erworben – und Wittenberg) auf dem früheren DDR-Gebiet, aber keinen Müntzer-Ort mehr. Auch die Gedenkstätte Kornmarktkirche mußte sich „natürlich“ die Demontage von Müntzer-Interpretationen aus DDR-Sicht in Wort und Bild gefallen lassen. ähnliches war befürchtet worden für die Rotunde auf dem Schlachtberg bei Frankenhausen, die der DDR-Ministerrat auf Vorschlag der SED seit 1974 errichten ließ. In der Form eines an mittelalterliche Wagenräder erinnernden Rundbaus entstand hier in siebenjähriger Bauzeit die Bauernkriegsgedenkstatte „Panorama“, die 1980 eröffnet wurde. Der wichtigste Inhalt dieses imponierenden Baus aber wurde eine 123 m lange und 14 m hohe Leinwand, die der Leipziger Künstler Prof. Werner Tubke mit einem Gemälde zum Thema „Die fruhburgerliche Revolution in Deutschland“ bedeckte. Am 16. Oktober 1987 signierte er sein Werk, was damals unter großer medialer Beachtung von der Weltöffentlichkeit aufgenommen wurde. Etwa 3000 Figuren bevölkern dieses außergewöhnliche Rundbild, das eine ganze Zeitepoche darstellt – und zwar nicht in einem der DDR-Kunst vielfach fälschlich angehängten platten Realismus, sondern in einer tiefdurchdachten gegenseitigen Durchdringung und Verflechtung von realen Abbildern, Traumfiguren, Allegorien, symbolischen Darstellungen und

Metaphern. Hier kann auch heute noch ein Jahrhundert besichtigt werden; und aus dem Gesehenen Schlüsse für heute zu ziehen, ist nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten. Denn das Scheitern des fruhburgerlichen Strebens nach einer ausbeutungsfreien Gesellschaft bedeutete gerade nicht das Ende des Verlangens der Erniedrigten und Beleidigten nach einer menschenwürdigen Ordnung. Genauso wird der Zusammenbruch des mittel- und osteuropäischen Sozialismus ab 1989 nicht bedeuten, daß die ungerechten Regulatoren des weltweiten Kapitalflusses nun das ewige Leben haben werden. Müntzer, der die Seinen ermunterte, daß sie „hertzlich streiten und keck sein“ sollten, kann auch uns Mut machen, die wir gegenwärtig manchmal vor der übernacht des Feindes verzagen möchten. In dem Evangelischen Gemeindezentrum von Kapellendorf, das 1975 den Namen Thomas Muntzers annahm, ist – wen wundert es? – ebenfalls dieser Name kirchenamtlich gestrichen. Aber die noch im Sommer 1989 aufgestellte Ideenplastik, die der Künstler Eberhard Heiland anfertigte und die den Bruder Thomas mit der Hand auf dem geöffneten Bibelbuch zeigt, steht noch heute vor der Kapellendorfer Kirche. Dieses Buch ist, wie Oswaldo Puccio (Privatsekretär von Salvador Allende) einmal bekundete, seinerzeit den Gefangenen Pinochets „ein guter Genosse“ gewesen beim Widerstehen in der Niederlage. Daß Müntzer auch für uns heute ein Bruder und Genosse in den bevorstehenden Kämpfen sein kann, verdeutlicht sein Ausspruch: „Darum mußt du, gemeiner Mann, selber gelehrt sein, damit du nicht länger verführt werden kannst!“

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

NAGEL IM KOPF

wenn der am kreuz
soll auferstanden sein,
warum tragt ihr ihn vor euch her –
seit zweimal tausend jahren?
sind wir nicht alle selbst
die an das kreuz geschlagenen?
warum beherrschen pharisaer uns
und unser aller tun?
wir darben, nageln, harren aus
in hoffnung auf erlösung.

wann endlich lösen wir den nagel aus dem kopf
und nageln die
für allezeit –!–
ans kreuz,
die uns erzähl'n,
die welt des mammon
und der pharisaer sei zu unserm wohl,
obgleich längst ohne sie
schon beinah wär'
das paradies auf erden?

E. Rasmus

Generalangriff auf Palästinenserrechte

Einige israelische Zeitungen jubelten: „Scharon bekam alles, was er wollte!“ Sie feierten damit die mit dem Treffen von Bush und Scharon und deren Briefaustausch am 14. April 2004 erklärte Absage an einen gerechten, gleichberechtigt von Israelis und Palästinensern ausgehandelten Frieden im Nahen Osten. Darüber können auch die Erklärungen nicht hinwegtäuschen, wonach die USA und Israel sich dem „Friedensplan“ (welchem wohl?) weiter verpflichtet fühlen.

Das Mediengeschrei über die „Wende in Bushs Nahost-Politik“ ist entweder Heuchelei oder Ignoranz. Tatsächlich ließ Bush den Schleier des scheinheiligen Vermittlers fallen. Rücksichtslos gibt er den Palästinensern zu verstehen, daß er sie als Verhandlungspartner abgeschrieben und von der Friedenssuche als gleichberechtigte Partner ausgeschlossen hat. Bushs heutige Position ist Konsequenz und Bekenntnis zu der amerikanischen Politik, die seit Jahrzehnten Israel darin bestärkt, die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates zu ignorieren und zu brechen – seit der Resolution 242, mit der die Ergebnisse der israelischen Aggression von 1967 rückgängig gemacht werden sollten. Angesichts der Ost-West-Auseinandersetzung hatten sich die Vereinten Staaten gezwungen gesehen, dieser wie der 1973 im gleichen Sinne beschlossenen Resolution 338 offiziell zuzustimmen. Bisher bekannte sich Washington propagandistisch dazu, daß die israelische Besetzung, die 1967 begann, durch eine Verhandlungslösung zwischen beiden Parteien beendet wird. Das sollte auf der Grundlage eben dieser UN-Resolutionen geschehen. Israels Rückzug auf sichere und völkerrechtlich anerkannte Grenzen gehört dazu.

Jetzt erklärt Bush offen die Unterstützung des einseitigen Vorgehens Israels im Gazastreifen wie des Beharrens auf bedeutenden Siedlungsblöcken im Westjordanland. Diese Haltung kommt einer

territorialen Vorfestlegung vor Verhandlungen und einem eklatanten Bruch der UN-Resolutionen gleich.

Um was geht es tatsächlich? Zu Unrecht sprechen Medien verschiedener Tendenzen von Scharons „Abzugsplan“. Israelische Siedlungen im verarmten, überbevölkerten palästinensischen Gazastreifen sollen geräumt, aber große Teile des palästinensischen Territoriums im Westjordanland für immer annektiert werden. Im Gazastreifen haben sich 7000 Siedler, geschützt und unterstützt von der israelischen Armee, über 40 % des Landes angeeignet. Es handelt sich um ein Gebiet, in dem 1,3 Millionen Palästinenser leben. Immer häufiger wird in Israel die wachsende „demografische Bedrohung“ an die Wand gemalt. Angesichts der wesentlich höheren Geburtenrate der palästinensischen Bevölkerung bestehe die Gefahr, daß – ganz zu schweigen vom Gazastreifen – auch in Ostjerusalem und in den okkupierten Gebieten des Westjordanlandes der „jüdische Charakter“ Israels verlorengehen könnte. Im Gazastreifen hofft Scharon, daß es zu von Israel seit langem geschürten Auseinandersetzungen zwischen Hamas und PLO kommen werde. Seit der ersten Intifada setzt Israel auf die Stärkung der Hamas als Gegengewicht zur PLO und zur 1994 neu errichteten Autonomiebehörde. Und Scharon behält sich Möglichkeiten zur Intervention vor – „präventive Maßnahmen zur Selbstverteidigung“ sowie die Kontrolle über einen Korridor zur Grenze mit Ägypten.

Der USA-Präsident erklärt jetzt den vollständigen Rückzug Israels an die Waffenstillstandslinie von 1949 bzw. nach der israelischen Aggression von 1967 („Grüne Grenze“) für „unrealistisch“. Genau das erstreben Scharon und alle seine Vorgänger. Im gleichen Atemzug hat Bush die Stirn, von einem palästinensischen Staat zu sprechen, der her müsse. Tatsächlich hat er mindestens einen Teil der künftigen Grenzen aus einer eventuellen Verhand-

lungslösung herausgenommen und deren Verlauf ins Belieben Israels gestellt. Es ist mehr als fragwürdig, wie „lebensfähig“ ein Staat sein kann, der territorial zersplittert ist – zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, letzteres noch einmal gespalten durch die israelischen „Siedlungsblöcke“, auf denen Scharon mit Unterstützung des Weißen Hauses „bis in alle Ewigkeit“ bestehen will. Gerade mal 4 (oder auch nur 2) von über 140 Siedlungen sollen dort geräumt werden. Den Palästinensern bliebe nur rund die Hälfte des Gebiets übrig. Und das will Scharon in Bantustans verwandeln (s. RF, 1/2003, S. 24). Mit dieser Zielstellung wird er auch – bei offizieller amerikanischer Rücken-

deckung – den schändlichen antipalästinensischen „Grenzwall“ weiterbauen. Das Argument der demografischen Bedrohung für den jüdischen Staat hält Scharon auch den Likud-Ultras entgegen, denen selbst seine mit Bush vereinbarten Vorhaben – vor allem Gaza betreffend – schon zu weit gehen. Sie haben ihm bei einer parteiinternen Abstimmung gerade erst eine Niederlage bereitet.

In der Flüchtlingsfrage, einem weiteren Schlüsselproblem des Nahostkonflikts, kann sich Tel Aviv gleichfalls auf Washington verlassen. Bush folgt der israelischen Argumentation, wonach eine Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge „den jüdischen Charakter Israels gefährdet“. Das völkerrechtlich verbürgte Rückkehrrecht für die über 3 Millionen verjagten Palästinenser wird ignoriert. Jeder Ansatz einer humanen und realistischen Lösung der Flüchtlingsfrage wird zurückgewiesen.

Der palästinensische Ministerpräsident Kurei kommt zu dem traurigen Fazit: „Bush legitimiert israelische Siedlungen und gibt das Recht auf Rückkehr auf. Damit senkt sich der Vorhang vor Friedensverhandlungen.“

Das palästinensische Volk wird antworten.

Bernd Fischer

Der langjährige
Chefredakteur der
DDR-Wochenzeitung
„horizont“,

Ernst-Otto Schwabe

aus Berlin, feiert am 2. Juni
seinen 75. Geburtstag.

Ein ganz besonderer Gruß diesem
standhaften Kommunisten!

Konferenz der Heuchler

In Berlin hat unlängst eine OSZE-Konferenz über Antisemitismus stattgefunden. Unter den Teilnehmern sah man etliche aus der Creme der imperialistischen Kriegstreiber. USA-Außenminister Colin Powell führte den Reigen an. Auch Schröder und Fischer waren Akteure. Das Ganze wurde veranstaltet, um dem eigens eingeflogenen israelischen Rechtsaußenpolitiker und Staatspräsidenten Moshe Katar Gelegenheit zu geben, die rassistische Politik der regierenden Kreise seines Landes zu propagieren. Verschleiert, versteht sich.

Kurzum: Es handelte sich um eine PR-Veranstaltung für Tel Aviv, auf der sich Heuchler aller Ränge produzieren konn-

ten. Das Gedenken an die ermordeten und verfolgten Juden stand im Mittelpunkt. Ziel war eher die Propagierung des Zionismus – einer Spielart des bürgerlichen Nationalismus. Krokodilstränen wurden freizügig vergossen. Niemand kam auf den Gedanken, daß der Weg des Kampfes gegen die verbrecherische Judenfeindlichkeit, dem verschworen zu sein die Teilnehmer vorgaben, über die internationale Isolierung Scharons führt. Dieser hat sich stolz zu seinen jüngsten Mordtaten bekannt. Israels Politik läßt täglich und stündlich den Antisemitismus in Europa und der Welt neu auf. Scheinheilige Konferenzen helfen da wenig.

C. A.

Fidel Castro über die Zusammenführung revolutionärer Kräfte Kubas

Einheit als Unterpfand des Sieges

Nach dem Sieg der kubanischen Revolution traten die bürgerlichen Parteien von der politischen Bühne ab.

Das war ein bemerkenswertes Phänomen. Die Führer all dieser Parteien, die gegen Batista aufgetreten waren, unterhielten zu uns in den ersten Tagen nach dem Sieg der Revolution sehr gute Beziehungen.

Sie kehrten alle gleich nach dem Sieg der Revolution nach Kuba zurück, auf jede Weise ihre Loyalität mir gegenüber bekundend. Ich schenkte ihnen die gebührende Aufmerksamkeit, verhielt mich jedoch zu ihnen sehr bedacht. Als die Radikalisierung des Revolutionsprozesses einsetzte, zogen sich die bürgerlichen Führer von selbst zurück. Nach dem Sieg der Revolution setzten wir wieder die Verfassung in Kraft. Nach ihr sollten Wahlen abgehalten werden. Ich weiß noch, wie ich drei oder vier Monate nach dem Sieg der Revolution auf einer Massenkundgebung sprach und auch das Thema Wahlen anschnitt. Die Kundgebungsteilnehmer riefen aber im Sprechchor: „Wozu Wahlen?“ Wenn ich das erzähle, werden wohl manche, etwa gewisse bürgerliche Journalisten, meinen, das sei doch nur aus der Luft gegriffen, das sei eine Ausflucht. In Wirklichkeit aber waren gerade die Massen zum Schluß gelangt, daß die überlieferten Leitungs- und Machtmechanismen überlebt waren. Natürlich gingen wir auf diese allgemeine Stimmung – „Wozu Wahlen?“ – ein. Als dann die bürgerlichen politischen Parteien die Radikalisierung des revolutionären Prozesses erkannten und einsahen, daß nicht mehr zu den bei der Entscheidung der Machtfrage ausschlaggebenden Mechanismen, wie sie vor der Revolution bestanden hatten, zurückzukehren war, verloren sie die Hoffnung. Die meisten aus diesen Parteien zettelten Verschwörungen an und verließen nach und nach das Land. So hörten die bürgerlichen Parteien zu existieren auf. Eigens einen Beschluß, einen besonderen Erlaß über die Auflösung der Parteien, gab es nicht.

In der ersten Zeit nach dem Sieg der Revolution herrschte ein großes Durcheinander. Wir unterhielten jedoch sehr enge Kontakte zur Führung der Sozialistischen Volkspartei und koordinierten auch unsere Aktionen, so daß Genosse Blas Roca, Generalsekretär der Partei, mir zu gegebener Zeit antrug, die Führung zu übernehmen. Nach und nach sind unsere bis dahin sporadischen Treffen regelmäßig geworden. So bildete sich unsere Führung aus den Mitgliedern der „Bewegung des 26. Juli“ und der Sozialistischen Volkspartei heraus. Ihr gehörten die maßgeblichsten Führer der Revolution an: Raul Castro, Ernesto Guevara und andere Genossen sowie die bedeutendsten Führer der Sozialistischen Volkspartei. Wir haben um die Repräsentation nicht gefeilscht. Unsere Vertreter und die Vertreter der Sozialistischen Volkspartei, die jeweils das

größte Vertrauen genossen, sind einfach regelmäßig zusammengetroffen.

Die Vereinigung kam de facto zustande. So wurde entsprechend einem gemeinsamen Beschluß eine Führung gebildet, die die Bezeichnung Revolutionäre Führung oder Führung der Vereinigten Revolutionären Organisationen erhielt. All das geschah in einer Situation, da sich die Volksmiliz formierte, da um die Säuberung der Gewerkschaftsbewegung von reaktionären Elementen gekämpft wurde. Auch innerhalb unserer eigenen „Bewegung“, in der es einen linken und einen rechten Flügel gab, ging ein Kampf vor sich.

Die Sozialistische Volkspartei hatte übrigens beschlossen, sich selbst aufzulösen. Wie aber verhielt sich die „Bewegung des 26. Juli“?

Durch den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur war unsere „Bewegung“ einer Armee ähnlich geworden. Außerdem war sie formell nicht organisiert. Sie hielt keine Parteitage ab, ja sie war keine Partei im direkten Sinne dieses Wortes, keine Partei mit einem Statut und sonstigen formellen Attributen.

Der Rahmen der „Bewegung“ erwies sich als zu eng, als daß sie den nach dem Sieg der Revolution entstandenen überaus breiten Strom der Volksmassen hätte erfassen können. Die „Bewegung“ war organisatorisch darauf nicht vorbereitet, sie hatte dafür nicht die nötigen Kader.

Ich persönlich habe die Revolution und ihre Massenbasis stets als etwas viel Breiteres als die „Bewegung“ aufgefaßt. Die „Bewegung“ war für mich ein kleines Flößchen, dessen Bett zu schmal war, um diesen amazonasbreiten, der Revolution entsprungene Strom der Volksmassen aufzunehmen und zu führen. Überdies hatte sie ihre Aufgabe erfüllt. Und wir traten schon weniger im Namen der „Bewegung“ als im Namen der Revolution überhaupt auf. Wir traten als Vertreter des ganzen Volkes auf. Und deshalb sprachen wir uns für die Einheit aus. Den Beschluß über die Vereinigung faßten wir gemeinsam mit der Führung der Sozialistischen Volkspartei als politische Führung der Revolutionären Regierung, nicht aber etwa als Führung der „Bewegung“.

Als wir am 16. April 1961 nach dem räuberischen Bombenangriff amerikanischer Söldner auf Kuba unsere Revolution für sozialistisch erklärten und als es am darauffolgenden Tag zu der Intervention in der Playa Giron kam, hat somit diese Führung bereits existiert. Die Kubaner nahmen den Kampf gegen die Söldner in der Playa Giron zur Verteidigung des Sozialismus auf.

Kuba, wo vor der Revolution Antikommunismus das politische Bild prägte, ist faktisch innerhalb von zwei Jahren zu einem Land geworden, dessen öffentliche Meinung für den Sozialismus eintrat. Wie ist es zu einem solchen Wandel gekommen?

Bei uns hat tatsächlich starker Antikommunismus bestanden. Er rührte von der jahrzehntelang betriebenen unheimlichen Hetze in Rundfunk und Fernsehen, Presse und Film her. Unter solchen Bedingungen hat allein schon das Wort „Kommunismus“ vielen Angst eingejagt, obwohl sie eigentlich keine rechten Vorstellungen davon besaßen. Denn diese Hetze wurde ja besonders unter den wenig Gebildeten, mitunter schlechthin Ungebildeten getrieben. Das ging so weit, daß man in der ersten Phase der Revolution manche Gruppe von Werktätigen fragen konnte, ob sie der Nationalisierung oder der Agrarreform zustimmen, und sie nickten beifällig. Man konnte sie nach allem fragen, was eigentlich den Inhalt des Sozialismus ausmacht, und sie akzeptierten das. Sobald man sich jedoch direkt dafür interessierte, ob sie für den Sozialismus sind, bekam man prompt eine ablehnende Antwort zu hören. Sie waren gegen den Sozialismus. Dabei gab es noch einen feinen Unterschied: Mehr schreckte man vor dem Wort „Kommunismus“ als vor dem Wort „Sozialismus“ zurück. Auch heute geben sich vielerorts in der Welt manche als Sozialisten aus, ohne es wirklich zu sein. Das Wort „Kommunismus“ hat sogar mehr Angst eingeflößt als das Wort „Marxismus-Leninismus“, den man als einen bestimmten wissenschaftlichen Terminus auffaßte.

(Aus „Kommunist“, Moskau, Nr. 15/1978)

Dogmatikern ins Stammbuch

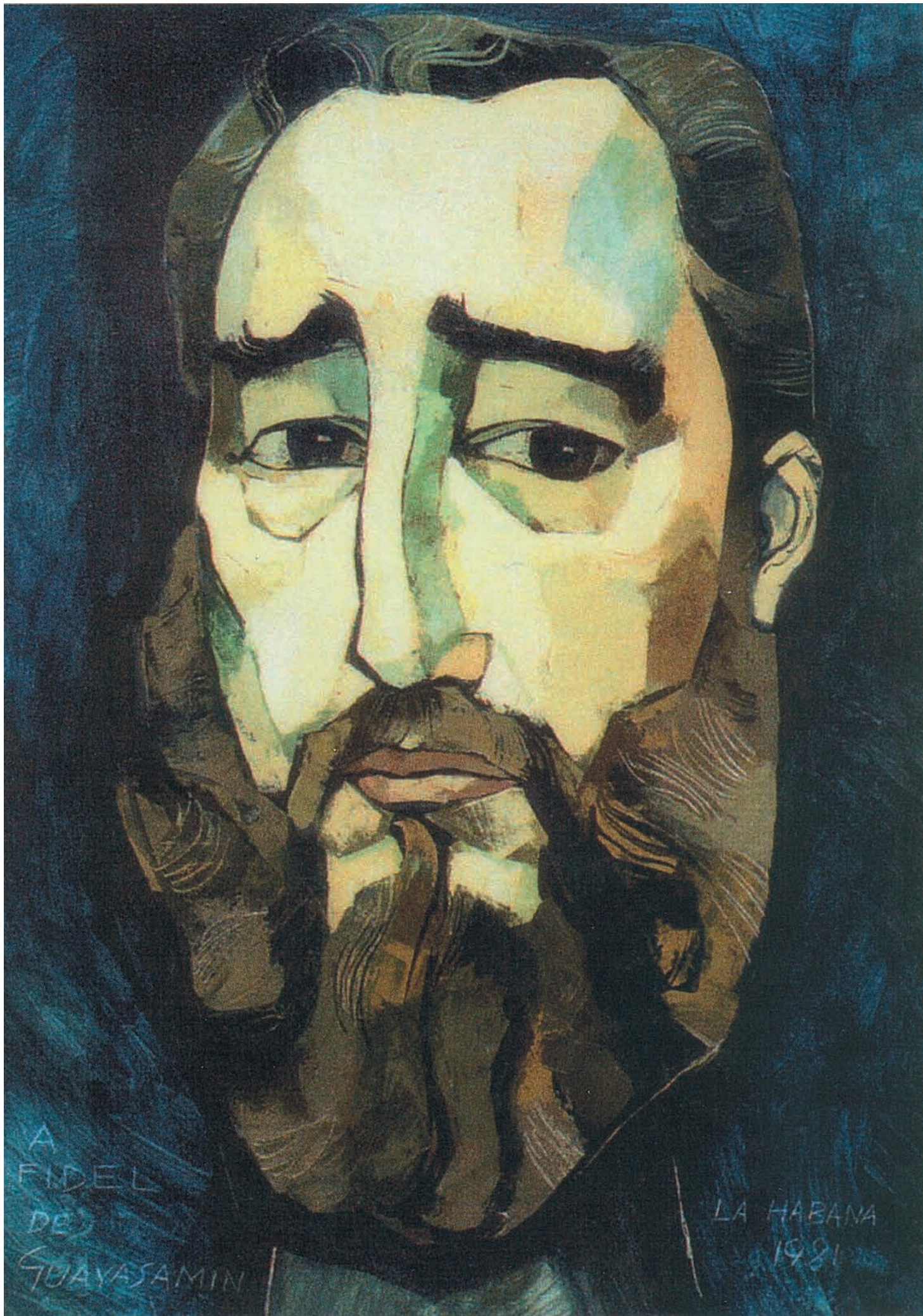
Es gibt nichts Anti-Marxistischeres als ein Dogma, es gibt nichts Anti-Marxistischeres als die Versteinigung von Gedanken. Und da werden im Namen des Marxismus sogar Vorstellungen durchgesetzt, welche offenkundig echte Fossile sind. Der Marxismus muß sich entwickeln, eine gewisse Sklerose überwinden, die Realitäten der Gegenwart in einer objektiven und wissenschaftlichen Weise auswerten, sich wie eine revolutionäre Kraft und nicht wie eine pseudorevolutionäre Kirche geben.

Fidel Castro auf dem Internationalen Kulturkongreß in Havanna im Januar 1968

16 000 Botschafter Kubas

Kuba verfügt über 16 000 Diplomaten im weißen Kittel. So viele kubanische Ärzte arbeiten gegenwärtig in Ländern der Dritten Welt. Sie sind dort vor allem in Armenvierteln tätig und leben ohne jeden Luxus. Havanna betrachtet sie als die besten Botschafter ihres Landes

**Durch Fidel Castro autorisiertes
Porträt – ein Werk des großen
ekuatorianischen Malers Oswaldo
Guayasamín (6. 7. 1916–10. 3. 1999)**



A
FIDEL
DE
GUAYASAMIN

LA HABANA
1981

Warum schickt die UNO eigentlich keine Waffeninspektoren nach Israel?

Scharons Atombomben

Inmitten des wenig erbaulichen Spektakels von Bush und Blair, die sich dem selbstgewebten Netz von Lügen über Saddam Husseins „Massenvernichtungswaffen“ zu entwinden suchen, herrscht in den westlichen Medien völliges Schweigen über einen Staat im Nahen Osten, von dem bekannt ist, daß er Atombomben besitzt: Israel. Es ist weniger bekannt, daß Israel auch über die Fähigkeit zur Führung eines chemischen und biologischen Krieges verfügt, und daß seine nuklear aufrüstbaren U-Boote im Indischen Ozean patrouillieren. Es gab bisher nicht die geringsten Bestrebungen seitens des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, auf der Entsendung von Inspektoren-Teams zur Abschätzung der von Israel für seine Nachbarn, die Region und die Welt ausgehenden Gefahr zu bestehen. In der Vergangenheit wurden wir immer wieder Zeuge, daß der einzige Atomwaffenstaat im Nahen Osten mit Amerikas Veto zum Schutz seiner Interessen rechnen kann.

Ein Top-Secret-Labor in der Nähe Tel Avivs ist der Sitz von Israels chemischen und biologischen Waffenherstellern. Wie der Presse des Landes zu entnehmen war, hat eine Serie von früher nicht berichteten Zwischenfällen in diesem Labor vier Menschen getötet und 25 verletzt. Ein Unfall im Biologischen Institut von Nes Ziona führte beinahe zur Evakuierung der 25000-Einwohner-Stadt. Die geheimen Aktivitäten, die dort angesiedelt sind, unterliegen der militärischen Zensur.

Wie aus Geheimdienstangaben hervorgeht, sind chemische und biologische Sprengköpfe relativ leicht und billig zu produzieren. Im Jahr 2000 kostete ein Kilo Sarin oder Tabun etwa 15 US-Dollar. Eine Rakete vom Scud-Typ könnte beim Abwurf über dichtbesiedelten Gebieten wie dem Raum Tel Avivs etwa 3000 Todesopfer und zweimal soviel Verletzte fordern. Die Wirkungen biologischer Waffen mit den Giften Botulinum oder Anthrax sind hundertmal tödlicher.

Die Londoner „Times“ berichtete am 19. November 1994, daß mit Hilfe russischer und französischer Spionagesatelliten innerhalb von fünf Jahren festgestellt worden sei, daß Israel zu jenem Zeitpunkt, über 200 Kernwaffen verfügte. Heute, fast zehn Jahre später, ist diese Zahl sicher nicht mehr zutreffend, um seine aktuelle Nuklear-Kapazitäten einzuschätzen. Ebenfalls 1994 erörterte Harold Hough, ein in den USA lebender Verfasser

militärstrategischer Schriften, die außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen Israels bei der Produktion seines Atomwaffenarsenals und der dazugehörigen Transportmittel, besonders Jericho I und Jericho II. Die Raketenbasis und das Zentrum des strategischen Kernwaffensystems befänden sich in der Nähe von Kefar Zekharya in den Judäischen Hügeln. Das Kalksteinterrain sei mit Höhlen übersät und für die Anlage unterirdischer Bunker von Natur aus besonders geeignet. Der Ausbau begann 1976 und wird bis heute fortgesetzt. Viele Jahre lang waren die beweglichen Raketen vom Typ Jericho I und sogenannte Schwerkraft-Bomben für F4- und F16-Maschinen in Bunkern untergebracht, die sich wenige Kilometer weiter nördlich befinden. Die modernere Jericho-II-Rakete, deren Zahl Hough seinerzeit auf 60 schätzte, wurde südöstlich davon in einer neueren Abschußbasis ausgemacht, die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre errichtet worden war. 1989 getestet, erzielte Jericho II, die mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden kann, eine Reichweite von etwa 1300 km. Hough zufolge ist das Kernwaffenprogramm Israels über das ganze Land verstreut. Doch Satellitenaufnahmen

machten es möglich, seine Spur zu verfolgen. Der Kernreaktor und die Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage befinden sich im Süden, bei Dimona in der Negev-Wüste. Ein Testgelände liegt im Landesinnern bei Soreq. Die Waffen werden in Yodfat montiert. Taktische Kernwaffen lagert das von Scharon regierte Land in Eilabun. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich Wesentliches – außer aus technischen Gründen – unterdessen verändert hat, da Installationen dieser Art nicht leicht bewegt werden können.

Wie die „Times of India“ berichtete, hat Israel drei deutsche Unterseeboote mit Dieselantrieb erworben, welche mit neu entwickelten Marschflugkörpern bestückt sind, die nukleare Sprengköpfe tragen können. Die Raketen wurden vor zwei Jahren unter amerikanischer Aufsicht vor der Küste von Sri Lanka getestet. Prof. Efrayim Inbar vom Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien der Bar-Ilan-Universität kommentierte amerikanische Medienberichte mit den Worten: „Israels enge Bande mit Indien befähigen es, seine Marineaktivitäten weit entfernt von der eigenen Küste auszuweiten und eine ständige Präsenz zu sichern, die man schwer unter Kontrolle halten kann.“ Diese U-Boote stellen Israels nukleare Zweitschlagskapazität dar. Ihre Anwesenheit im Indischen Ozean, zur Kontrolle der iranischen und pakistanischen Küsten, besaß bisher ohne Zweifel Delhis uneingeschränkte Unterstützung.

Es ist bekannt, daß modernste USA-Weltraumsatelliten ständig über dem Gebiet des Persischen Golfes kreisen, um iranische Raketenstarts zu überwachen. Sollten diese Raketen auf ein befreundetes alliiertes Ziel wie Israel gerichtet sein, würde das ballistische Raketen-Verteidigungssystem der amerikanischen Marine augenblicklich zur Gegenaktion übergehen und versuchen, diese im Flug zu zerstören.

Eine noch ernstere Sorge bereitet den USA Pakistan, da es die einzige moslemische Nuklearmacht ist. Vorerst setzen die USA ihr diplomatisches Katz-und-Maus-Spiel fort, wobei sie Pakistans nukleare Möglichkeiten mit „wohlwollender Indifferenz“ behandeln, solange Präsident Musharaf Washington zu Willen ist.

Dr. Vera Butler,
Melbourne



Weshalb die griechischen Zyprioten dem Annan-Plan nicht trauten

Friedensheuchelei

Vor der Aufnahme Zyperns in die EU äußerte UNO-Generalsekretär Kofi Annan zum Nein der griechischen Zyprioten, sich mit dem türkischen Teil der Insel zu vereinigen, diese hätten „eine einmalige geschichtliche Chance vertan“.

Das ist ein Urteil über 78 % der Inselbevölkerung. Auf der Insel leben außerdem 12 % Türken und 10 % Bürger anderer Nationalitäten.

Die Geschichte der am 16. 8. 1960 gegründeten Republik ist eine Tragödie. Das Land und sein Volk wurden Opfer eines hinterhältigen politischen Komplotts der USA, Großbritanniens, der Türkei, der NATO, der CIA und der ehemaligen USA-hörigen Militärjunta in Athen.

Für die zeitgeschichtlichen Hintergründe des seit 1974 geteilten Inselstaates ist das hochinteressante Buch von Arnold Sherman: „Zypern – die gefolterte Insel“ aus dem Ahriman-Verlag zu empfehlen. Im Klappentext heißt es: „Zypern war ein Bauernopfer des Kalten Krieges, eine heute bereits vergessene Episode beim Marsch der USA zur uneingeschränkten Weltherrschaft. Die CIA hatte das Faschistenregime in Griechenland an die Macht gebracht; die USA deckten den türkischen Überfall auf Zypern.“ Und die UNO – na ja, wir wissen nun, wie sie sich in ähnlichen Fällen verhalten hat.

Es ist nicht immer leicht, die Hauptschuldigen an der Tragödie zu benennen. Ich glaube jedoch, es waren die Briten. Großbritannien, die Kolonial- und Mandatsmacht über Zypern bis 1945, welche heute noch 8 % der Insel als unsinkbaren Flugzeugträger im Mittelmeer annektiert, wurde wortbrüchig. Wenn man bedenkt, daß allein zwischen 1941 und 1945 über 36000 griechische Zyprioten auf britischer Seite gegen den deutschen Hitlerfaschismus kämpften und London ihnen dafür nach 1945 die Souveränität in Aussicht stellte, überrascht es schon, daß sich die Briten nach dem Sieg nicht mehr an ihr Versprechen erinnern konnten.

Die vitalen Interessen der USA und Großbritanniens veranlaßten diese, die strategisch wichtige Insel nicht freizugeben. Als nach dem griechischen Bürgerkrieg 1945–1949 die Briten tatsächlich Hellas verließen, votierten 1950 in einer Volksabstimmung auf Zypern 78 % der Gesamtbevölkerung für den Anschluß an Griechenland! 1952 zwangen die USA dann Griechenland in die NATO. Zypern war zu diesem Zeitpunkt noch ein Mandatsgebiet der Briten. Es wurde zum Zankapfel der Türkei, Griechenlands und Englands.

Schon 1965, also acht Jahre vor Pinochets Putsch in Chile, inszenierte die CIA in Athen einen Militärputsch, und ab 21. April 1967 wurde Griechenland von einer NATO- und USA-hörigen Junta des Obristen Papadopoulos regiert.

Schon vorher hatte sich der griechische Partisanenkrieg auf Zypern um den

EOKA-Chef Grivas mit dem Ziel verstärkt, die Briten zu vertreiben und den Anschluß der Insel an Griechenland zu erreichen.

Schließlich war mit der Garantiemacht Großbritannien 1959 das Zürich-Londoner-Abkommen vereinbart worden. 1960 entstand die unabhängige Republik Zypern.

Präsident des souveränen Staates wurde Erzbischof Makarios (1913–1977), der für den damaligen USA-Außenminister Kissinger ein „rotes Tuch“ darstellte, weil er sich 1961 in Belgrad der Bewegung nicht-paktgebundener Staaten anschloß und Washington befürchtete, Zypern könnte ein Kuba des Mittelmeeres werden. Erzbischof und Präsident Makarios lotste das eben erst unabhängig gewordene Land durch gefährliches Fahrwasser – die bürgerkriegsähnlichen ethnischen Unruhen drohten zu eskalieren, denn schon 1963/64 wurden 25000 Menschen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben und 550 getötet. Ab 1967 mischte sich die faschistisch-griechische Junta in die Angelegenheiten Zyperns ein. Am 15. 7. 1974 putschte die zyprische Nationalgarde, von griechischen Juntaoffizieren unterwandert und befehligt, gegen Makarios und die rechtmäßige Regierung.

Der Präsident floh über Malta und London zur UNO nach New York, wo auf sein Ersuchen am 19. 7. 1974 eine Dringlichkeits-sitzung des Sicherheitsrates stattfand. In den folgenden Tagen nutzte die Türkei die unübersichtliche Lage, um von Norden her mit 27 Infanteriebataillonen und 420 Panzern bzw. gepanzerten Fahrzeugen sowie NATO-Phantom-Geschwadern über die Insel herzufallen, einen Teil zu okkupieren und zu annektieren. Das Ergebnis: 6000 ermordete Zyprioten. Fast 200000 Griechen zogen in langen Trecks von Nord nach Süd. 33 % aller griechischsprachigen Inselbewohner wurden vertrieben, verloren ihre Heimat und ihr Zuhause.

Die 6. US-Mittelmeerflotte kreuzte unterdessen tatenlos in der Ägäis, und die Briten verhielten sich auf ihren zyprischen Militärstützpunkten ebenso „indifferent“ – sie deckten offenbar die türkische Operation. Ankara sprach von „Inter-

ventionsrecht“ und „Friedenseinsatz“. Scharping, Schröder und Fischer hätten es nicht anders formuliert. Buchautor Arnold Sherman klagt voll bitterer Ironie: „Die Luft war voller Friedenstauben – und der Boden Zyperns blutgetränkt.“

Und was tat die UNO? Nichts.

Auf der sich anschließenden „Friedenskonferenz“ in Genf diktierten die türkischen NATO-Sieger unter USA-Regie Zypern und Griechenland das Ultimatum: Teilung! Lediglich das proamerikanische Athener Obristenregime mußte abtreten. Es gab keine Verurteilung der brutalen türkischen Einmischung! KSZE, EWG, NATO, UNO, USA und Großbritannien protestierten nicht gegen die völkerrechtswidrige Intervention. Mehr noch: In einer Lagestudie des USA-Senats vom 14. 10. 1974 wurde die türkische Invasion ausdrücklich gebilligt.

Heute ist die Tragödie um Zypern sonnenklar: Die Auftraggeber waren die USA und die NATO. Den Part des Provokateurs hatte die Athener Militärjunta als Teil der NATO übernommen. Die Ausführenden stellte die türkische Militärdiktatur, die ebenfalls zur NATO gehörte.

Schon 1974 war die UNO bei aktivem Widerstand der UdSSR und anderer Staaten mehr oder weniger in den Händen der Westmächte. Heute ist das potenziert der Fall. Der Generalsekretär betreibt – mit Abstrichen – deren Spiel. Kann man da vom Annan-Plan für Zypern erwarten, daß eine nicht durch den Imperialismus gekochte Suppe serviert wird?

Nach alldem, was wir selbst seit der NATO-Annexion und Ausplünderung der DDR durch die BRD erfahren haben, verstehen wir nur zu gut, daß sich die gefolterte griechisch-türkische Insel nicht jubelnd und in Anwesenheit der Truppen Ankaras wiedervereinigen will. Zu tief sitzen die Heucheleien, Verletzungen und Schmerzen. Die USA waschen ihre Hände in Unschuld. Sie haben das kleine Volk längst vergessen, weil es nur Oliven-, aber kein Erdöl besitzt. Den „unsinkbaren Flugzeugträger“ im Mittelmeer bewachen unterdessen weiterhin die Briten.

Hans Morgenstern

Wir trauern um unseren Autor und Genossen

Doz. Dr. Werner Klaus

aus Dresden, der am 21. April im Alter von 83 Jahren gestorben ist.

Seine Beiträge über die ABF trugen wesentlich zur Bereicherung unserer Zeitschrift bei.

KP Böhmens und Mährens gegen Linkspartei von EU-Gnaden

Nach dem von der PDS ausgerichteten Berliner Vorbereitungstreffen für die am 9. Mai in Rom erfolgte Gründung einer Europäischen Linkspartei behauptete „Neues Deutschland“, die KP Böhmens und Mährens (KSCM) gehöre zu den Erst-unterzeichnern einer entsprechenden Erklärung. Jetzt hat „halo noviny“, das Zentralorgan der KSCM, in dieser Frage Klarheit geschaffen. In einem redaktionellen Beitrag schrieb die Zeitung: „Im Gegensatz zu verschiedenen Informationen unterstützt die kommunistische Partei Böhmens und Mährens nicht die sofortige Gründung einer sogenannten Partei der Europäischen Linken.“

Miloslav Ransdorf, einer der fünf stellvertretenden Vorsitzenden der KSCM und verantwortlich für internationale Beziehungen, habe mit dem Status eines Beobachters an der Berliner Beratung teilgenommen und an deren Ende, ohne dazu ermächtigt gewesen zu sein, die Erklärung unterzeichnet. Daraus sei fälschlicherweise geschlossen worden, die KSCM engagiere sich für den Zusammenschluß einiger EU-konformer soziali-

stischer und kommunistischer Parteien. In der tschechischen KP, die mit über 100000 Mitgliedern 18,5 % Wählerstimmen, 41 Parlamentsabgeordneten und mehr als 6000 Volksvertretern aller anderen Ebenen zu den stärksten und einflußreichsten kommunistischen Partei Europas gehöre, sei die Frage der neuen Linkspartei von Beginn an heftig umstritten gewesen.

Am 14. November 2003 habe das Exekutivkomitee der KSCM einen Beschluß gefaßt, der sich ausdrücklich gegen die Bildung der neuen Linkspartei im europäischen Maßstab gerichtet habe. Darin sei zum Ausdruck gebracht worden, daß eine solche Partei den Bestrebungen für eine dauerhafte und solide Einheit auf der Linken im Wege stehe. In der Erklärung des EK, die „halo noviny“ in Auszügen wiedergibt, ist von „Mißbehagen“ und „Schädigung“ die Rede. Es sei gut bekannt, daß vor allem zwei Parteien die Initiative für das Berliner Treffen ergriffen hätten – die deutsche PDS und die Französische Kommunistische Partei. Die Auffassungen beider befänden sich nicht in Überein-

stimmung mit der Position der KSCM. Die Argumente der PDS und der FKP beruhten auf einer faktischen Zustimmung zur Europäischen Union. Diese sei von innen heraus reformierbar, werde behauptet. Beide Parteien verträten diesen Standpunkt in Kenntnis der Tatsache, daß die Europäische Linkspartei durch Brüssel finanziert wird und nur im Rahmen des Europäischen Parlaments funktionieren kann. Diese Situation betrachteten die Kommunisten Tschechiens und weiterer Länder als völlig unakzeptabel.

Was Miloslav Ransdorf, den Unterzeichner von Berlin, betreffe, so sei seine Position innerhalb der Führung der KSCM nicht unumstritten. „Gewisse seiner Kollegen glauben, daß er politisch den Leitungen der PDS und der FKP zu nahe steht“, schrieb „halo noviny“. Er sei in hohem Grade „pro-europäisch“ und unterstütze das Projekt der Stärkung transnationaler Euro-Regionen, das sich direkt gegen die nationale Souveränität Tschechiens richte. Er habe sich auch zugunsten einer Erweiterung der NATO ausgesprochen.

R. F., gestützt auf „halo noviny“, Prag

KPÖ Tirol weist Walter Baier in die Schranken

Der vom Bundesvorsitzenden Walter Baier für die KPÖ mit unterzeichnete „Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken“ vom 11. 1. 2004 wurde im „argument“ Nr. 1/2004 mit einem Leitkommentar aus dem „Neuen Deutschland“ (12. 1. 2004) unter der Überschrift „Vereint gegen Neoliberalismus und Krieg – Linke aus Ost- und Westeuropa wollen gemeinsame europäische Partei schaffen“ veröffentlicht. Den Mitgliedern der KPÖ wird mitgeteilt, daß sich ihre Partei einer neuartigen EU-Linkspartei anschließt, die mehr sein will „als ein Dachverband“. Schon bei der Kandidatur zu den Europaparlamentswahlen will die KPÖ, so Baier, im Rahmen der EU-Linkspartei wirken. Entsprechende Beschlüsse werde noch eine Parteikonferenz fassen.

Die Tiroler Landesorganisation ist der Auffassung, daß der veröffentlichte Berliner Aufruf deutlich macht, daß die Spitzenfunktionäre einiger europäischer Linksparteien keineswegs eine zu unterstützende Allianz zur besseren Positionierung und Durchsetzung kommunistischer Politik in Europa eingehen wollen. Unter spalterischer Aus- und Eingrenzung anderer Linksparteien soll eine gemeinsame EU-Partei gegründet werden, die im Rahmen des Maastrichtvertrages mit ihrem reformistischen Wunschprogramm um Posten im EU-Parlament hausieren geht. Statt eines Bündnisses von kommunistischen Parteien, das in den vielen demokratischen Bewegungen und

Klassenkämpfen national und international nach Partnern sucht, entsteht mit abrufbarer Unterstützung kapitalistischer EU-Medien eine neue reformistische EU-Partei, deren Funktion es ist, durch ihre programmatisch festgeschriebene Loyalität zu Maastricht bzw. der Europäischen Zentralbank gegebenenfalls die Sozialdemokratie zu unterstützen oder zu ersetzen.

Die Europäische Union als das Instrumentarium des europäischen Imperialismus kann kein Ausgangspunkt für ein „anderes Europa“ sein. Vom Standpunkt einer kommunistischen Partei, die international auf die Umwälzung der Gesellschaft hin zum Sozialismus als Ausweg aus der herrschenden Barbarei orientiert, ist die Europäische Union insgesamt zu bekämpfen. Die Orientierung auf ein Linksbündnis, das sich den Spielregeln des imperialistischen Herrschaftssystems EU und dessen Verfassung und Bürokratie unterzuordnen hat, kann für die KPÖ keine Option sein. Völlig unerträglich ist es überdies für die KPÖ aufgrund ihrer Geschichte als antifaschistische österreichische Partei, die im Kampf für die Unabhängigkeit des Landes so viele Opfer gebracht hat, daß sich ihr Vorsitzender ausgerechnet in das Schlepptau der deutschen PDS mit ihrem Vorsitzenden Bisky hat nehmen lassen. Dieser darf heute schon im „argument“ den Mitgliedern der KPÖ mitteilen, wie die Propaganda der Europäischen Links-

partei gegen Neoliberalismus und Krieg auszusehen hat.

Die Tiroler Landesorganisation der KPÖ wird diesen die Partei bewußt spaltenden, antikommunistischen und auch antiösterreichischen Weg des Vorsitzenden Walter Baier und seines numerisch immer kleiner werdenden Bundesvorstandes nicht mitgehen. Das vom Vorsitzenden mit hoher Geschwindigkeit durchgezogene Projekt der Europäischen Linkspartei wurde weder an der Basis noch auf einem dafür allein zuständigen Parteitag diskutiert. Im „argument“ wird das Projekt höchst einseitig jubelt, die kritischen Stellungnahmen von mehreren kommunistischen bzw. linken Parteien in Europa bleiben ungenannt. Der Prozeß des Zusammenfindens zur Europäischen Linkspartei wird als glatt und widerspruchsfrei dargestellt, die begleitenden kontroversen Diskussionen sind im „argument“ nicht einmal zu erahnen. Dies zeigt abermals, daß die KPÖ-Mitglieder über fallartig und mittels einer „Waschmittelkampagne“ in ein fragwürdiges Projekt mit für die KPÖ weitreichenden Konsequenzen gedrängt werden sollen.

Die Tiroler Landesorganisation fordert die anderen österreichischen Landesorganisationen auf, Überlegungen anzustellen, wie sich die KPÖ als Gesamtpartei vor den diktatorischen Entscheidungen ihres Vorsitzenden schützen kann.

(Aus „Neue Volksstimme“, Wien)

Rumsfelds Folterkammern

Wo die U. S. Army und ihr Geheimdienst „Terroristen“ in die Hand bekommen, da wird gefoltert. Mit allen Schikanen. Das ist auf der Pentagon-Basis in Guantánamo, wo die Amerikaner ein KZ unterhalten, ebenso wie in Afghanistan und Irak. Dort hat man jetzt die Schuldigen für Massenmißhandlungen herausgefunden: sechs Soldaten, darunter eine 20jährige Frau, stehen unter Anklage. Sie sind das Herz und Hirn der Folterer. Das System, der Staat, das Pentagon und sein Boß Donald Rumsfeld haben damit nicht das geringste zu tun. Das jedenfalls wollen sie der Welt suggerieren. Doch niemand nimmt es ihnen ab. Überall ist man empört und zeigt mit dem Finger auf Washington, auf Bush. Selbst die bundesdeutschen Medien fallen in den Chor ein.

Antiamerikanismus? Wendet man sich von den USA ab? Keine Spur. Man will nur den Eindruck erwecken, ein „sauber“ und „verlustarm“ geführter Krieg sei nachträglich durch die Foltermethoden eines Häufleins brutaler Soldaten „beschmutzt“ worden. Dabei ist das eigentliche Verbrechen dieser vorsätzlich und ohne Grund vom Zaun gebrochene Krieg, die Aggression der Bush, Rumsfeld und Powell. Deshalb gehören sie – im Sinne von Nürnberg – auf jene Anklagebank, auf der einst Keitel und Jodl saßen. Vor das Tribunal der Völker. **S. R.**



Grafik: Arno Fleischer

Streikführer Arthur Scargill

Am 12. März 1984 begann einer der längsten, härtesten und wichtigsten Streiks in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Über ein Jahr standen die Postenketten von 170000 britischen Bergleuten vor sämtlichen Schächten des Landes. Die Arbeiter waren gegen die antisoziale Politik der konservativen Thatcher-Regierung in den Ausstand getreten. Die „Eiserne Lady“ beabsichtigte, die Hälfte der durch die Labour-Regierung verstaatlichten britischen Gruben zu schließen und damit der mächtigen, nach links tendierenden NUM-Gewerkschaft das Rückgrat zu brechen. Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes war der 1938 geborene und als 17jähriger in den Kommunistischen Jugendverband eingetretene Kumpel Arthur Scargill, der zielstrebig an der Revolutionierung seiner Organisation arbeitete. Heute ist er Generalsekretär der 1995 durch ihn und eine Gruppe von Gewerkschaftern gegründeten Socialist Labour Party (SLP), die auf marxistischen Positionen steht. Zur SLP, die Unwissende bisweilen mit der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) verwechseln, gehört übrigens auch der indisch-britische Publizist Harpal Brar. Am 20. Jahrestag des Beginns jenes Streiks, bei dem 13000 Bergleute verhaftet, 11000 verletzt und 12 getötet wurden, sprach Arthur Scargill vor einer begeisterten Zuhörerschaft in London. „Genossen, 1984 war das vorherrschende Gefühl nicht ‚ich‘, sondern ‚wir‘“, rief er unter stürmischem Beifall aus.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Marx' Rückkehr nach Brüssel

1848 wurde Karl Marx von den Polizeibehörden aus Belgien vertrieben, weil er in Brüssel das „Manifest der Kommunistischen Partei“ – eines der meistgelesenen Bücher aller Zeiten – geschrieben hatte. Am 20. Februar 2004 öffnete in der belgischen Hauptstadt ein dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus gewidmetes Dokumentationszentrum seine Pforten. Es wird von der kommunistischen PTB – der Partei der Arbeit Belgiens – betrieben. Das „Docu-Marx“ ist auf eine Initiative des Instituts für Marxistische Studien zurückzuführen, das bereits die theoretische PTB-Zeitschrift „Etudes Marxistes“ herausgibt und als Marxistische Universitäten bezeichnete Bildungseminare veranstaltet. Unter den Nutzern der Bibliothek und der Sammlungen des „Docu“ befinden sich vor allem Studenten, unabhängige Forscher und Journalisten der Parteizeitung „Solidaire“. Aus dieser erfährt man, daß es den Organisatoren um die professionellere Handhabung des reichen marxistischen Erbes für die politische Arbeit geht.

In Belgien ist die Literatur der Klassiker so gut wie vom Markt verschwunden

– eine Folge des Untergangs der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Länder, deren Verlage marxistische Werke in allen Hauptsprachen anboten. Im „Docu-Marx“ sind diese nicht nur einzusehen und teilweise zu erwerben; sie können auch für einen geringen Betrag kopiert werden. Patrick Moens, der viele Jahre in der Internationalen Buchhandlung gearbeitet hat, steht den Interessenten für Auskünfte zur Verfügung. Er gilt als wandelnde Enzyklopädie für marxistische Literatur. Frans De Maegd leitet den audiovisuellen Bereich, der über 2500 Videos verfügt, die an Ort und Stelle angesehen werden können. Im Angebot sind auch 800 von Genossen der PTB selbst gedrehte Streifen. Es handelt sich dabei vorwiegend um Demo- und Streikberichte, Konferenzdebatten und Interviews. Zur Equipe des „Docu-Marx“ gehören noch dessen „Seele“ Nikol Lanin, Webmaster Mark Moens (www.marx.be) und Maria McGavigan, die „Rektorin“ der marxistischen Universitäten. Sie finden jeweils im Sommer und im Winter statt.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Das Gute, das Wahre, das Schöne ...

Ich liebe den Wald, wenn die Sonne sich leis
hinter Gräsern und Bäumen versteckt.
Ich liebe die See, wenn die Welle so weiß
an den Planken und Strandburgen leckt.

Ich liebe den Berg, von den Wolken umhüllt,
wenn der Sturm eine Kiefer zerbricht.
Ich liebe die Täler, von Nebel erfüllt,
das Gewitter, das gleißende Licht.

Das Gute, das Wahre, das Schöne – vorbei!
Wer suchen will, der kommt niemals an.
Vielleicht war der Mensch ja auch niemals so frei.
Vielleicht war's nur ein Traum – dann und wann.

Ich liebe das Dorf und die Wiese, den Teich
und den Duft von gebackenem Brot.
Ich liebe die Blumen und träum von dem Reich
und der Zeit ohne Krieg, ohne Not.

Ich liebe den Tau und die Stille der Nacht
und die Glocke, die ferne erklingt.
Ich liebe die Amsel, die gerade erwacht,
die den Tag und die Freude besingt.

Ich liebe die Stadt, wenn das bunte Signal,
wenn die Leuchtspur die Straßen bewegt.
Ich liebe das Dämmern, das müde und fahl
über Höfen und Gärten sich regt.

Ich liebe den Platz aus geformter Musik,
drei Paläste im klassischen Geist.
Nun fliege, Gedanke, nun fliege, nun flieg,
daß die Hoffnung das Ganze umkreist.

Ich liebe das Gold auf geschnitztem Altar
und das Paar im versteinerten Kuß.
Ich liebe das bloße und flatternde Haar
eines Mädchens vor wartendem Bus.

Das Gute, das Wahre, das Schöne – vorbei!
Wer suchen will, der kommt niemals an.
Vielleicht war der Mensch ja auch niemals so frei.
Vielleicht war's nur ein Traum – dann und wann.

Ich liebe die Bücher, die Macht der Ideen
und dein sanftes, vertrautes Gesicht.
Ja, ich liebe der Zukunft kräftiges Wehn,
aber das Sterben liebe ich nicht.

Und auch nicht den Hunger, die Armut, das Leid
der Bedrückten in geistiger Fron,
der Opfer der kalten, gefühllosen Zeit
vor der Parteien mächtigem Thron.

Ich liebe das Leben, wie es stürmt, wie es drängt,
doch ich hasse den bleiernen Tanz,
der die Menschen in enge Rüstungen zwingt,
selbst im Tod voll verwesendem Glanz.

Ich hasse die Welt, wie sie schmachlich uns lähmt,
wie sie droht, wie sie täuscht, wie sie lügt;
ich hasse die Ordnung, die alles verbrämt,
in der einer den andern betrügt.

Das Gute, das Wahre, das Schöne – vorbei!
Wer suchen will, der kommt niemals an.
Vielleicht war der Mensch ja auch niemals so frei.
Vielleicht war's nur ein Traum – dann und wann.

Gerhard Schmidt

Bewahren, bewerten, weitergeben

Es gab und gibt zahlreiche Versuche, die Geschichte der DDR und die Entwicklung des Sozialismus auf deutschem Boden zu analysieren oder zu beschreiben. Meistens sind sie charakterisiert durch das Bestreben der Delegitimierung der DDR und der Verunglimpfung des Sozialismus. Diese Politik erfaßt ständig neue Felder und entfernt sich immer weiter von der Realität. Erinnert sei nur an die im Zusammenhang mit der Einweihung einer Gedenktafel in Bernburg verbreitete faustdicke Lüge, Euthanasie habe es bis 1948 gegeben. Immer intensiver wird der Versuch unternommen, die faschistische Barbarei, die in dem furchtbaren Hitler-Krieg kulminierte und endete, mit der Politik der DDR gleichzusetzen. Das Geschichtsbild, das heute den Kindern in der Schule vermittelt wird, liegt auf dieser Linie. Die Verfälschung der Vergangenheit bezweckt nicht zuletzt die Tilgung aller Vorstellungen von einer politischen und gesellschaftlichen Alternative. Primitivster Antikommunismus geht um, und nicht nur in Europa. Es war nicht zuletzt angesichts dieser Entwicklung notwendig, ein Gremium zu schaffen, das sich diesem Geist entgegenstellt. Am 2. Mai 2004 konstituierte sich in Berlin eine Stiftung mit dem program-

matischen Namen: „Deutsche Geschichte in der Gegenwart – für die Zukunft. Bewahren – Bewerten – Weitergeben“. Wissenschaftler, Publizisten und ehemals Verantwortliche vieler Aktionsfelder verständigten sich, der Verunglimpfung und Verleumdung der DDR und des Sozialismus eine verantwortungsbewußte, wahrheitsgetreue Wiedergabe der Realität entgegenzustellen. Dazu gehört die Sammlung von Materialien und persönlichen Erinnerungen, die objektive Darstellung und Beurteilung verschiedener Bereiche der antifaschistischen und sozialistischen Entwicklung und der Politik der DDR. Hinzu kommen die Diskussion historischer und aktueller Fragen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften, das Studium von Erfahrungen anderer Länder wie auch die Erarbeitung von Schlußfolgerungen und gesellschaftlichen Alternativen.

Die Teilnehmer der konstituierenden Versammlung der Stiftung wählten Prof. Dr. Gerhard Fischer zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Klaus Blessing zu ihrem Geschäftsführer. Das Gremium hat sich große Aufgaben gestellt und ein weites Arbeitsfeld abgesteckt. Angestrebt wird die Mitarbeit vieler, die das Anliegen der Stiftung unterstützen. **Rolf Berthold**

Ratschläge einer BRD-Ministerin

Frühableben, sozialverträglich:

Ein Mensch von Fünfundsechzig – oder gar noch Plus?
Regierung drängelt: Mach doch endlich Schluß!

Gesundheits„reform“, bundesdeutsch

Nun ja, vielleicht noch Schmerzen lindern
Doch frühes Sterben: Nicht verhindern!

Ulla Schmidt tröstet

Wie ist der Rasen doch so herrlich grün
Wer drunter liegt – braucht keine Medizin!

PAUL BRENNGLASS, SCHWERIN

Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow wurde restauriert

Der Soldat mit dem Kind

Rechtzeitig zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und der Kranzniederlegung der Botschaft der Russischen Föderation anlässlich des Tages des Sieges über den Hitlerfaschismus konnte das von Jewgeni Wutschetitsch geschaffene Werk – der Rotarmist auf dem Sowjetischen Ehrenmal im Park von Berlin-Treptow – nach Generalüberholung wieder betrachtet werden.

Die Aufstellung der Statue wurde vom Berliner Senat mit Presseaufwand in Anwesenheit von Vertretern der russischen Botschaft gebührend gefeiert. Die neue Senatorin für Stadtentwicklung, Frau Junge-Reyer, hob in ihrer Rede hervor, daß mit der Restaurierung des Sowjetischen Ehrenmals seit 1999 die Bundesregierung und der Berliner Senat ihrer Verpflichtung aus dem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. 11. 1990 (Artikel 18) und weiteren völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten nachgekommen seien.

Das ist richtig, aber es wurde höchste Zeit, denn seit 1992 forderten Anwohner, Antifa, Freunde der Völker Rußlands, Bürgerkomitee Plänterwald und Berliner PDS, den drohenden Verfall des Ehrenmals zu verhindern. Für die Medien waren die spektakulären Bilder und die technischen Daten, z. B. die Anzahl der Bolzen, interessant. Kein Wort über die hohe Symbolkraft des Denkmals und die moralische Verpflichtung der Deutschen. Keine Erwähnung der hier bestatteten 5000 Soldaten, die für unsere Befreiung gefallen sind. Auch über die Vorgeschichte von 1990–1999 keine Zeile, die u. a. durch den unwürdigen Streit zwischen der Bundesregierung („Für Denkmalschutz ist das Land zuständig.“) und dem Senat („Wir haben den Vertrag nicht abgeschlossen.“) gekennzeichnet war. Statt dessen entblödete sich eine Moderatorin der Berliner Abendschau des RBB am 4. 5. 2004 nicht, die Aufstellung der Statue so zu kommentieren: „Ehre und Kur wäre des Guten zuviel“ und „... der Soldat war zu DDR-Zeiten bestens für Propaganda geeignet.“

Angriffe – ob offen oder versteckt – gegen das Sowjetische Ehrenmal und Kriegsgräberstätten haben seit 1990 nie aufgehört. Ein jüngstes Beispiel: Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



Berlin-Treptow stellte den Antrag: „Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß im Zuge der Sanierung des Sowjetischen Ehrenmals die Stalin-Inschriften entfernt werden.“ Heraus kam ein Kompromiß, mit dem die Mehrheit der Bezirksverordneten einschließlich „Linke“ leben kann. Es heißt jetzt: Auf den anzubringenden Tafeln sollen „... die Stalin-Inschriften in den historischen Kontext gestellt werden“. Wer wird dann wohl diesen historischen Kontext bestimmen? Der jetzt wieder offen vorgetragene Angriff auf das Denkmal erinnert an einen widerwärtigen Höhepunkt im Streit um die ausstehende Sanierung.

Heinrich Lummer (CDU) erklärte 1997: „Nachdem die Sowjetunion nicht mehr existiert, haben diese steinernen Zeugen der Vergangenheit nichts mehr zu suchen.“ Eine große Tageszeitung schrieb am 17. 6. 1998: „So eine Oase des Stalinismus gibt es wohl in Europa kein zweites Mal.“

Ausländische Medien wurden aufmerksam und stellten die Frage: „Wie geht das größere Deutschland jetzt mit seiner Geschichte um?“ Das nahm solche Ausmaße an, daß sich der damalige Außenminister Kinkel zu erklären veranlaßt sah: „Es kann nicht sein, daß innenpolitische Streitigkeiten nachhaltige Folgen für das Erscheinungsbild der BRD haben.“ (Welt am Sonntag, 15. 2. 1998)

Die Staatsduma der Russischen Föderation richtete am 24. 4. 1998 einen Appell an den Bundestag und die Bundesregierung, in dem es u. a. hieß: „Alle, die in diesem Krieg Verwandte und Freunde verloren haben, empfinden dieses Memorial als heiligen Ort ...“

Im Aufruf vom 1. September 1998 für den Erhalt des Sowjetischen Ehrenmals, u. a. unterzeichnet von Renate Künast und Mathias Platzeck, wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Nach der Bundestagswahl 1998 wurden endlich die notwendigen Entscheidungen getroffen. Dennoch werden die Angriffe gegen das Ehrenmal nicht abreißen. Vordergründig nimmt man die Stalin-Inschriften zum Anlaß. Das läuft immer nach dem gleichen Muster ab: Es gibt von der CDU eine Vorlage, die bürgerliche Presse greift diese auf, und Provokation und Schmierereien von Neonazis

sind das Ergebnis.

Zur traditionellen Kundgebung am 8. Mai dieses Jahres forderte der Hauptredner Prof. Bednarek vom Bund der Antifaschisten: „Schluß mit den Geschichtslügen, nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ Zur Einweihung des sowjetischen Ehrenmals Treptow am 8. Mai vor 55 Jahren hatte Otto Grotewohl gesagt: „Wenn einmal der letzte sowjetische Soldat Deutschland verlassen haben wird, dann versprechen wir euch, wir, die deutschen Antifaschisten, im Kampf für Demokratie und Frieden nicht zu erlahmen. Dann werden wir dieses Denkmal unter unseren Schutz nehmen ...“

Im Sinne dieses Vermächtnisses sollten wir an die Vorbereitung des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gehen. Gemeinsam müssen Sozialisten, Kommunisten und andere Demokraten dieses Denkmal verteidigen und das Andenken an die für unsere Befreiung Gefallenen in Ehren halten. **Dr. Erhard Reddig**

Begräbnis und „Exhumierung“ des Generalmajors Henning von Tresckow

Was ich im Juli 1944 in Wartenberg erlebte

In Wartenberg, wo meine Familie auf dem Gut des Rittmeisters von Tresckow als Landarteiter lebte, geschah am 20. Juli 1944 nichts, was unseren kindlichen Tatendrang hätte wecken können. Das prächtige Schloß, eingebettet in einen gepflegten Park und umgeben von einer Feldsteinmauer, war für uns nur aus der Ferne erlebbar. Die Schloßmauer bildete nicht nur die Grenze zu den niedrigen, langgestreckten Häusern der Landarbeiterfamilien, sondern markierte auch die Eigentumsverhältnisse zwischen Besitzenden und Besitzlosen.

Der Krieg hatte in Wartenberg seine Zeichen gesetzt. Die Pimpfe des „Jungvolks“ übten an diesem Tag im Geländespiel den „Kampf Mann gegen Mann“, dem aufmerksamen Betrachter fielen die Plakate am Spritzenhaus der Feuerwehr: „Pst! Feind hört mit!“ auf. Auch die vergitterte Schnitterkaserne, in der sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren, die anstelle der in den Krieg eingezogenen Landarbeiter auf dem Rittergut die Schwerarbeit auf den Feldern und in den Ställen verrichteten, war unübersehbar. Erst am Abend des 20. Juli ging die Nachricht wie ein Lauffeuer durch den Ort, es habe „ein Attentat auf den Führer“ stattgefunden. Der „Volksempfänger“ sprudelte später anstelle der täglichen Luftmeldungen die heisere, mühsam beherrschte Stimme Hitlers, die markigen Sätze des Reichsmarschalls Göring und nach einer schneidigen Marschmusik die Worte des Großadmirals Dönitz in unsere Stube. Dieser sprach von „heiligem Zorn und maßloser Wut über den verbrecherischen Anschlag“, von „gemeinstem Verrat“ und versicherte, „jeden rücksichtslos zu vernichten, der sich als Verräter entpuppt“. Er hatte den Grundstein für die Landesverräter-Diskussion gelegt, die viele Jahre in der BRD die offizielle Meinung verkörperte. Und es fiel der Name des Attentäters: Oberst Graf von Stauffenberg.

Wir liefen am folgenden Tag bienenfleißig in die Schule und starrten den Lehrer erwartungsvoll an. Was würde er uns sagen? „Ausradieren, die Saubande“, forderte er eiskalt und wies eindrucksvoll auf das Bild Adolf Hitlers: „Gott segne unseren geliebten Führer!“ Wir sangen die Kampflieder von den „zitternden morschen Knochen“ bis zu „Bomben auf England“.

Der Alltag im Dorf nahm seinen Lauf. Aber in der Mitte der darauffolgenden Woche passierten ungewöhnliche Dinge. Donnerwetter! Pkws und Lastkraftwagen fuhren mit ca. 30 deutschen Soldaten auf den Gutshof. Ein Sarg wurde in die Friedhofskapelle des Gutsbesitzers getragen. Offiziere gingen in das Schloß, und Soldaten bereiteten auf der Tenne der Scheune ihr Lager. Eilig wurden die Kriegsgefangenen in die Schnitterkaserne geführt.

Wir Kinder drängten uns um die Militärs, bewunderten die Orden, Auszeichnungen und Dienstgrade. Wir erfuhren, der Bruder des Rittmeisters und Gutsbesitzers, der Stabschef der Heeresgruppe Mitte Generalmajor Henning von Tresckow, sei vor dem Feind gefallen.

Er sollte auf dem Familienfriedhof beigesetzt werden. Meine Frage, ob nun alle „draußen gebliebenen“ Landarbeiter auf dem Friedhof des Dorfes beigesetzt würden, blieb unbeantwortet.

An diesem Tag wurde auf dem Gut nicht gearbeitet. Der Unterricht fiel aus. Wir bekamen vor Staunen nicht den Mund zu. Trauergäste in prachtvollen Kutschen und chromblitzenden Autos fuhren durch den Ort. Als Chormitglieder zogen wir auf Weisung der Lehrerin keine Uniform, sondern unsere Sonntagskleidung an und gingen diszipliniert mit ihr zum Friedhof der Tresckows. Unser Standort befand sich unweit der geschmückten Gruft. Als die Trauergäste den Eingang durchquerten, sangen wir mit hellen Stimmen das eingübte Lied. Elegante Frauen und Kinder des Adels, die Besitzer der benachbarten Güter reihten sich in dunkler, festlicher Kleidung mit Trauerflor an breitrandigen Hüten um die Grabstätte. Offiziere in korrekten Uniformen, mit funkelnden Säbeln, Ehrendolchen und Pistolen, mit Ritterkreuzen, Orden und Ehrenzeichen schritten würdevoll durch das Eingangstor. Junge Soldaten mit glänzenden Stahlhelmen und polierten Stiefeln marschierten im Gleichschritt. Ein Meer von Blumen, Kränzen und Schleifen in einer Vielzahl, wie ich es noch nie gesehen hatte, breitete sich aus. Viele Hakenkreuzfahnen, aber auch mir unbekannt Standarten mit Wappen und Feldzeichen bewegten sich im Sommerwind. Es folgten Reden, soldatische Ehrenbezeugungen und straffe Verbeugungen. Fahnen wurden gesenkt. Gedämpfte Befehle waren zu hören. Der plötzliche Knall abgefeuerter Ehrensäulen ließ den Boden unter unseren Füßen erbeben. Auf einen Wink der Lehrerin verließen wir tiefbewegt den Friedhof des Gutsbesitzers. Sie gebot uns, am Kriegerdenkmal des einfachen Dorffriedhofs zu verharren, wo erst kurz zuvor erneut ein Holzkreuz für einen gefallenen Landarbeitersohn aufgestellt worden war.

Am Abend saßen die Landarbeiter auf Holzbänken neben ihren niedrigen Häusern. Sie unterhielten sich leise über das Erlebnis des Tages, nicht ohne traurige

Gedanken an Angehörige, die „im Felde“ kämpften oder bereits ums Leben gekommen waren.

Wenige Tage später. Ein neues Ereignis erregte die Gemüter der Wartenberger. Dunkle Limousinen und ein Lastkraftwagen jagten mit hoher Geschwindigkeit durch die menschenleere Dorfstraße. Die Pkws fuhren zum Schloß, der Opel Blitz zum Friedhof des Gutsbesitzers. Was war los? „Es ist die SS, die Elitetruppe des Führers, und die Gestapo“, wußte ein Kundiger. Wir liefen zu unserem Versteck an die Friedhofsmauer. Was ich nun sah, erfüllte mich mit Grausen. Die noch frischen Blumen und Kränze auf dem Grabhügel des Generalmajors von Tresckow wurden achtlos beiseite geworfen. Spaten gruben sich in die noch frische Erde. Dann wurde der Sarg polternd herausgezogen und auf den Lkw geladen. Dieser verließ in scharfem Tempo das Dorf. Wir schlichen auf den Friedhof und blickten ängstlich in die von Stiefeln zerwühlte Gruft. Sie erschien mir drohend und unheimlich. Wir flohen barfuß über die Kirchhofsmauer, als könnten wir dem Eindruck entkommen. Erst in den folgenden Tagen sickerten Gerüchte durch den Ort: Der Generalmajor hätte auf dem Weg zur vordersten Ostfrontlinie seinen Fahrer in einem Waldstück zum Gefechtsstand zurückgeschickt, um eine Feldkarte zu holen. Als dieser zurückgekehrt sei, habe von Tresckow, durch eine Granate tödlich getroffen, auf dem Waldweg gelegen. Nun solle eine Untersuchung stattfinden, um zu klären, ob er tatsächlich der Tote im Sarg gewesen sei. Aus gleicher Quelle verlautete dann, die Familie des Rittmeisters werde durch die Gestapo bewacht, um sie vor feindlichen Elementen zu schützen. All das wurde geglaubt. Kein Dorfbewohner brachte damals das Attentat auf Hitler mit den Geschehnissen in Wartenberg in Verbindung, zumal eine mögliche Dissonanz zwischen dem Faschismus und der Familie von Tresckow niemals bemerkt worden war. Im Gegenteil, auch der älteste Sohn des Rittmeisters galt in seiner Offiziersuniform als Vorbild für die „Hitlerjugend“ und das „Jungvolk“. Die geschändete Gruft auf dem Friedhof des Gutsbesitzers wurde meines Wissens nie geschlossen. Wie sich am Ende herausstellte, gehörte Generalmajor Henning von Tresckow zum engeren Kern der Männer des 20. Juli 1944. **Bernhard Wartke**

Neuer **Rundbrief der Willi-Bredel-Gesellschaft**

Hamburg, mit zahlreichen Beiträgen zur antifaschistischen Thematik erschienen. Interessenten können das hochinformativ Material bei der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg, beziehen. Telefon 040/5911 07, Fax 040/591358

Die Krauts und die Yankees

Jürgen Elsässer – nicht immer unumstritten – ist ein angesehener und renommierter Publizist mit Biß, Pointe und Gespür. Daß er auch ein seriöser Rechercheur historischer Abläufe ist, hat der versierte Buchautor des öfteren bewiesen. Der jetzt vorliegende aktualisierte und erweiterte Band „Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozeß“ ist eine ausgezeichnete Arbeit, die diesen Eindruck nur verstärkt. Was hier an Information und Wertung angeboten wird, erweist sich als scharfe Munition in der Auseinandersetzung mit Fälschern und Verleumdern – von Scharping bis Fischer. Sorgfältigste Beweisführung und gediegene Dokumentation sind zusätzliche Stärken des spannenden Reports.

„Es geht um ein deutsches Verbrechen“, beweist Elsässer. Denn die gezielte Demontage Jugoslawiens, die der skrupellos vorbereiteten und detailliert geplanten Aggression den Weg bereitete, war Made in Germany. Die systematische Zerschlagung dieses Balkanstaates wurde vor allem von der Bonner Diplomatie vollbracht. Sie übte blutige Rache für den Sieg der Partisanenheere im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD gab es für die Genschers – und in ihrem Gefolge die deutschen Konzerne – kein Halten mehr. Schon 1991 erfolgte die einseitige Anerkennung der abtrünnigen Republiken Kroatien und Slowenien, dann warf man sich auf Bosnien-Herzegowina und das Kosovo, wo man auf dem Klavier der Ausnutzung ethnischer und religiöser Widersprüche spielte. Man provozierte bewußt das Eingreifen der NATO und beteiligte sich – neben den USA – führend an diesem Völkerrechtsverbrechen. Es steht im Mittelpunkt des Elsässer-Buches.

Die Falschdarstellung des tragischen Geschehens um die muslimische Enklave Srebrenica – vom Autor als „die Mutter aller Lügen“ bezeichnet –, das Umwandeln der vom Imperialismus gedeckten UCK-Verbrechen im Kosovo in angeblich einseitige „Exzesse des serbischen Nationalismus“, die Verbreitung der Unwahrheit über die Konferenz von Rambouillet, die Erfindung des „Massakers von Racak“ durch Scharping, der Milosevic zugeordnete mysteriöse „Hufeisenplan“ – das waren Glieder in der Kette einer gezielten und böswilligen Propaganda gegen Belgrad. Als besonders perfide erwies sich der Vergleich zwischen den Praktiken des deutschen Faschismus und der serbisch-jugoslawischen Politik.

Elsässer arbeitet präzise den Beitrag der BRD-Führung an Krieg und Vernichtung heraus. „Die Krauts waren die Brandstifter, die Yankees löschten mit Benzin“, schreibt er und charakterisiert die Aggression auf dem Balkan als den „ersten Krieg in der Geschichte der Bundesrepublik“. Wichtig ist die Feststellung des Verfassers, dadurch habe sich Deutschland „zur Kenntlichkeit verändert“.

In diesem Buch wird solide argumentiert – Rede und Gegenrede lassen keine Un-

genauigkeiten entstehen. Auf Joseph Fischers rabiate Behauptung, Srebrenica sei „das Symbol des serbischen Faschismus“, antwortet Elsässer ausgewogen: „Srebrenica ist das Symbol für einen Bürgerkrieg mit Opfern auf allen Seiten.“ Und er schildert lückenlos den Ablauf der Ereignisse. Auf Fischers Fieberphantasien „Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Tote ... Das ist die Praxis auf dem Balkan ... als



Ergebnis der Politik von Milosevic“, erwidert er, man habe im Kosovo in jahrelanger Suche insgesamt etwas über 4000 Leichen gefunden, wobei man nicht genau wisse, bei wie vielen es sich um von serbischen Polizisten Erschossene, von albanischen UCK-Terroristen Ermordete oder von NATO-Bomben Getötete handle. Und er nagelt den Bundesaußenminister mit dessen Verleumdung fest, „seit den Nazis“ habe es so etwas wie den „brutalen serbischen Nationalismus des Herrn Milosevic nicht mehr gegeben“.

Jürgen Elsässers Buch zu lesen ist nicht nur ein großer Gewinn, sondern auch ein Muß für alle, die wissen wollen, worin das Geheimnis der Vorbereitung und Auslösung des imperialistischen Balkankriegs bestand. Es rüstet vor allem auch junge Menschen mit dem Wissen um die Gefährlichkeit derer aus, die sich als Menschenrechtsapostel ausgeben und zugleich auf den Menschenrechten herumtrampeln.

Klaus Steiniger

Jürgen Elsässer. Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozeß. Kai Homilius Verlag, Berlin 2004, 332 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-89706-884-2

Wie das „Wunder von Bern“ in Bayern auf mich wirkte

In fast allen Medien der BRD wird der Film „Das Wunder von Bern“ in höchsten Tönen gepriesen. Damals, als es geschah, war ich als 26jähriger Genosse aus der DDR gerade mit einem politischen Auftrag der Partei im Westen unterwegs. An das, was ich während des Sieges der bundesdeutschen Elf erlebte, wurde ich am 20. August 2003 erinnert. Deutschlands oberster Fußballchef, Herr Meyer-Vorfelder, hielt nämlich an jenem Tag die Trauerrede auf der Gedenkfeier für den verstorbenen Nationalspieler Helmut Rahn, der im Entscheidungsspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft gegen Ungarn am 4. Juli 1954 mit dem 3 : 2 den Titel für die BRD sicherte. In Bern sei „die eigentliche Gründung der BRD“ erfolgt, behauptete der Fußballpräsident. Zweifellos bezog er sich auf die mit Rahns Tor ausgelöste Welle eines nationalistischen Begeisterungstumults in breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung.

Diese Euphorie habe ich seinerzeit hautnah zu spüren bekommen. Das Endspiel wurde – schwarz-weiß – in sämtliche Lokale und viele Wohnungen live übertragen. Unvorstellbar, was dort nach dem siegbringenden Schuß losbrach!

Als Anhänger von ASK Vorwärts und Dynamo Berlin – Spitzenmannschaften der DDR-Oberliga – verfolgte ich in einer Münchener Kneipe das spannende Ge-

schehen. Inmitten dieser aufgewühlten und aufgeheizten Menge bewegten mich ganz eigenartige Gefühle. Die BRD – das war für mich der vom Klassengegner regierte Teil Deutschlands, der seinerseits die DDR zu seinem „Lieblingsfeind“ auserkoren hatte. Es gelang mir nicht, mich für den sportlichen Aspekt dieses Vorgangs zu erwärmen, schon gar nicht für den politischen. Denn zu gern hätten wohl die meisten DDR-Bürger auch ihre Nationalmannschaft in den Endrunden gesehen. Schon am nächsten Tag holte die Wirklichkeit viele der Enthusiasten wieder ein. Der schon länger andauernde Metallarbeiterstreik in Bayern, den in Großbetrieben zu verfolgen Ziel unserer Mission war, wurde trotz des „Wirtschaftswunders“ sehr hartnäckig und verbissen geführt. Wir fieberten mit den progressiven Kräften der IG-Metall-Basis.

In dieser Situation kam den Herrschenden der Fußballsiegestaumel gerade recht. Denn läuft's auf dem grünen Rasen gut, dann ist auch die Arbeit (für den Maximalprofit) entsprechend.

Himmelhohes Jauchzen beim sportlichen Sieg über Ungarn und harte Klassenkämpfe um bessere Tarife in der bayrischen Metallindustrie als Pilotprojekt für die gesamte BRD – das war eine Dialektik, die im Film „Das Wunder von Bern“ natürlich nicht vorkommt.

Harry Machals

!Presente!

■ Vor 50 Jahren, am 1. Juni 1954, starb in Dresden der am 29. Juni 1869 in Kopenhagen geborene Schriftsteller **Martin Andersen Nexö**.

Der Sohn eines Steinbauers lernte die Härte der Kinderarbeit kennen, war Knecht, Schuhmacher und Gelegenheitsarbeiter; Lehrer; Mitarbeiter verschiedener dänischer Zeitungen, 1923/30 in Deutschland; 1941 von Faschisten verhaftet, 1943 Flucht nach Schweden und in die Sowjetunion, ab 1951 Wohnsitz in Dresden. Nexös erste Schaffensperiode (1893/1903) ist gekennzeichnet von dem Bemühen, sich von der bürgerlich-liberalen Ideologie und den vorherrschenden Tendenzen der literarischen Dekadenz zu befreien und seinen eigenen Stoff zu finden. In den besten Werken dieser Periode – „Der Lotterieschwede“ (1898; 1958 von Joachim Kunert mit Erwin Geschonneck eindrucksvoll verfilmt), „Die Familie Frank“ (1901), „Sonnentage“ (1909) – rücken zwar bereits die unterdrückten Schichten in den Mittelpunkt der Handlung, doch werden sie noch überwiegend naturalistisch dargestellt.

Begegnungen mit dem spanischen Proletariat (1902) und die russische Revolution von 1905 ließen Nexö die historische Aufgabe der Arbeiter erkennen und wurden zur Voraussetzung für die qualitativ neue Gestaltung der Arbeiterklasse in „Pelle der Eroberer“ (1906/10; von Christian Steinke 1984/85 in der DDR, von Bille August 1987 in Dänemark und Schweden verfilmt). Dieses Werk, das Nexö zugleich internationale Anerkennung brachte, weist bereits über den kritischen Realismus hinaus; erstmals wurden Forderung und Bekenntnis des Schriftstellers laut, mit der Literatur der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse zu dienen. Nexös zweiter großer (ebenfalls erfolgreich verfilmter) Roman „Ditte Menschenkind“ (1917/21) ist eine Huldigung an die proletarische Frau, deren Leidensweg und Größe eindrucksvoll gestaltet werden. Stark autobiografisch ist „Morten der Rote“ (1945) – Fortsetzungen „Die verlorene Generation“ (1950) und „Jeanette“ (1957) –, in dem die Spaltung des Proletariats durch den Reformismus dargestellt wird. Nexö schrieb außerdem Novellen, Erzählungen und Autobiographisches. Als Mitglied der KP Dänemarks nahm Nexö an der politischen Arbeit teil und trat seit 1917 vorbehaltlos für die Sowjetunion und gegen den Antikommunismus ein. Lesenswert auch heute noch seine Reiseschilderungen aus der UdSSR „Dem jungen Morgen zu“ (1923) und „Zwei Welten“ (1934) – beide in einem Band 1979 vom Aufbau-Verlag wiederveröffentlicht.

■ Vor 120 Jahren (am 15. 6. 1884) wurde in Böhmisches-Kamnitz (Ceská Kamenice) der Maler und Illustrator **Josef Hegenbarth** geboren; seit 1905 lebte er in Dresden; 1908 bis 1915 Studium an der Dresdener Kunstakademie; 1916 bis 1918 Aufenthalt in Prag; Mitbegründer der Prager Sezession; 1919 Mitglied der Dresdener Künstlervereinigung; ab 1925 Mitglied der Wiener Sezession und des Deutschen Künstlerbunds; Mitarbeit an den Zeitschriften „Jugend“ und „Simplicissimus“; 1943 bis 1945 Aufenthalt in Böhmisches-Kamnitz. 1945 Rückkehr nach Dresden; Mitarbeit am „Ulenspiegel“; 1946 bis 1949 Professor an der Akademie der Bildenden Künste Dresden; 1954 Nationalpreis; 1955 Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste zu Berlin; 1957 Rückführung des von der Regierung der CSSR aufgefundenen und sichergestellten Teils des Lebenswerks, das Ende des Krieges verlorengegangen war. Hegenbarth starb am 27. Juli 1962. Neben einem umfangreichen zeichnerischen und malerischen Werk schuf Hegenbarth vor allem Feder- und Pinselzeichnungen (in der Frühzeit Radierzyklen) zu vielen Werken der Weltliteratur und wurde damit einer der bedeutendsten Illustratoren des 20. Jahrhunderts.



Zeichnung: Josef Hegenbarth

Lothar Lang schrieb: „Nach Alfred Kubins Tod im Jahre 1959 war Hegenbarth der größte lebende Illustrator im deutschen Sprachraum. Josef Hegenbarth, der auch als ausdrucksstarker Maler hervortrat, begann mit Märchenillustrationen. Darstellungen aus der Tierwelt folgten. Später inspirierten ihn die Großen der Weltliteratur: Cervantes (Don Quijote), Shakespeare (Der Sturm; Macbeth), Charles Dickens (Dombey und Sohn), Grimmelshausen (Der abenteuerliche Simplicissimus), Swift (Gulliver), Basile (Das Pentameron), Goethe (Faust, II; Reineke Fuchs), Puschkin (Die Erzählungen Belkins), Balzac (Das Chagrinleder), Gogol (Die toten Seelen), Daudet (Tartarin von Tarascon), Flaubert (Erzählungen), Gorki (Erzählungen aus dem alten Rußland). Am meisten liebte er

„groteske Geschichten, witzige Tollheiten, welche die Phantasie stark anregen“. Es reizte ihn, „innere und äußere starke Bewegtheit einzufangen“. Deshalb liebte er auch den Zirkus, der die Möglichkeit bietet, Mensch und Tier in spannungsreicher Bewegung darzustellen. Das Dramatische hat Hegenbarth bevorzugt und im Wechselspiel von scharfer Kontur und zarten Linien meisterhaft ins Bild gebracht. Es ging ihm vor allem um die graphische Verdeutlichung menschlicher Seins-Situationen, ausgedrückt in der Schönheit eines malerischen Farbkluges oder in der ungestümen, aber graphisch gebändigten Kraft des schwarzen Pinsel- oder Federstriches. Die Welt der Kunst, mit ihren Verlockungen und Verführungen, ihren Versprechungen und Genüssen, ihrer Bedeutungsschwere und kühner Mission – diese ganze Welt der Kunst öffnet sich dem Betrachter der Hegenbarthschen Illustrationen.“

Buch-Tip: Fritz Löffler, Josef Hegenbarth. Verlag der Kunst, Dresden 1980

■ Nach Erinnerungen an einen Schriftsteller und einen bildenden Künstler gelten diese Zeilen dem vor 25 Jahren, am 28. 6. 1979, gestorbenen Komponisten, Dirigenten und Musikpädagogen **Paul Dessau**. Der am 19. 12. 1894 in Hamburg geborene Künstler wirkte dort seit 1920, dann in Köln, Mainz und Berlin als Theaterkapellmeister, emigrierte 1933 und kehrte 1948 nach Berlin zurück. Dessau schrieb in enger Verbundenheit mit den Aufgaben und Zielen des sozialistischen Aufbaus zahlreiche Massen- und Jugendlieder („Thälmannkolonne“; „Aufbaulied der FDJ“), mehrere Friedenschöre, über 60 Filmmusiken (u. a. zu den Thorndike-Dokumentarfilmen „Das russische Wunder“ und „Du und mancher Kamerad“), große sinfonische Werke, Kammermusik u. a. Auf seinem Hauptgebiet, dem Musiktheater, vertrat Dessau unter Anwendung modernster musikalischer Ausdrucksmittel den sozialistischen Realismus. Aus enger Zusammenarbeit mit Bertolt Brecht sind bedeutende Bühnenmusiken (zu „Mutter Courage“, „Der gute Mensch von Sezuan“, „Die Ausnahme und die Regel“, „Der kaukasische Kreidekreis“) und die Oper „Die Verurteilung des Lukullus“ (1951) hervorgegangen, ferner die Oper „Herr Puntilla und sein Knecht“ (1962). Weitere Werke: Kantate „Deutsches Miserere“ (1945); szenisches Chorwerk „Herrnburger Bericht“ (zu den Weltfestspielen 1951), Melodrama „Lilo Herrmann“ (Friedrich Wolf), „Requiem für Lumumba“. Dessau war Mitglied (ab 1959 Vizepräsident) der Akademie der Künste. 1969 Karl-Marx-Orden, 1979 Stern der Völkerfreundschaft.

Buch-Tip: Paul Dessau. Aus Gesprächen. Verlag für Musik, Leipzig 1974 **W. M.**

Leserbriefe an RotFuchs



Präsident Bush hatte den Irakern versprochen, die USA würden ihnen ihre Gesetze bringen. Dieses Versprechen wurde erfüllt. Seit längerem ist es ein offenes Geheimnis, daß US-Marines, CIA und gedungene Killer aus 17 Staaten gefangene Iraker auf üble Art und Weise zurichten. Nun haben es die hehren Kämpfer, die eben noch durch den kalifornischen Gouverneur Schwarzenegger auf der US-Basis Ramstein zu Helden geadelt wurden, selbst an die Öffentlichkeit gebracht. Es ist wie in Vietnam, das weiß der damalige „Untersuchungsoffizier“ Oberstleutnant Colin Powell, der dort die Aufdeckung der Verbrechen der US-Aggressoren zu verhindern trachtete.

Die Weltöffentlichkeit zwang die Vereinigten Staaten seinerzeit, die Scheußlichkeiten ihrer Militärs einzugestehen. Zur Verantwortung gezogen wurde niemand, das Gegenteil war der Fall: Die Täter wurden befördert und dekoriert. (...)

Während sich die Entrüstung über die Folterpraktiken der von den USA geführten Koalition in Grenzen hält, höre oder lese ich im Wochentakt, daß sich Frau Claudia Roth über Menschenrechtsverletzungen in China, Kuba und Rußland beschwert. Von Guantánamo hat sie wohl noch nie gehört.

Herbert Rubisch, Berlin

In den Mittagsnachrichten von MDR-Kultur („Figaro“) hörte ich am 30. April 2004 die Stellungnahme des Bundespräsidenten zur Osterweiterung der EU. Unter anderem begrüßte er, daß nun die „umstrittene Oder-Neiße-Grenze“ an Bedeutung verliere o. ä.

Ich glaubte, nicht richtig zu hören: die umstrittene Grenze? Wieso ist die vor fast 60 Jahren im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges festgelegte Grenze umstritten? Ich bin entsetzt, daß ein deutscher Bundespräsident internationales Recht in Zweifel zieht und revanchistische Bestrebungen nährt. Auch bin ich mir sicher, daß eine solche Äußerung unsere polnischen Nachbarn zum Nachdenken darüber veranlaßt, inwieweit es die deutschen Machthaber mit der „Vollendung der Einheit Europas“ (Richard v. Weizsäcker) ernst meinen.

Siegfried P. Roth, Dresden

Nachdem Israel vor wenigen Wochen den Hamas-Führer Scheich Jasin gezielt ermordete, wurde nun auch sein Nachfolger Rantisi Opfer des Staatsterrors der Sharon-Regierung. Das rief weltweite Empörung und offizielle Proteste hervor.

Zwei Fragen: 1. Ist das Recht zur Selbstverteidigung, auf das sich Israel beruft, Bestandteil des Völkerrechts, oder steht es nur den Freunden der USA und deren Verbündeten zu? Ich werfe die Frage deshalb auf, weil dieses Recht dem Irak verweigert wurde, um anschließend das Land mit Krieg zu überziehen. Auch Milosevic soll für die Selbstverteidigung Jugoslawiens in Den Haag verurteilt werden. Vielen Ländern drohen die USA mit Krieg, wenn sie sich nicht selbst entwaffnen. Wo bleibt da das Recht auf Selbstverteidigung?

2. Gehört die gezielte Ermordung von Politikern neuerdings ebenfalls zum Völkerrecht? Groß wäre wohl der Aufschrei der USA und ihrer Freunde, würden westliche Politiker Opfer solcher Terroranschläge. Man würde drohen, die Mörder bis in jeden Winkel der Welt zu verfolgen.

Ich kann auch nicht erkennen, daß solche Mordanschläge, die Sharon fortzusetzen ankündigt, zu mehr Sicherheit für das israelische

Volk führen werden. Das Drehen an der Terrorspirale ist riskant. Rache und Vergeltung werden folgen.

Werner Goldmann, Weimar

„RotFuchs“ ist zweifellos eine der besten linken Publikationen mit dem Ziel Sozialismus/Kommunismus. Es gibt mehrere der gleichen Richtung. Sie haben auch das gleiche Erscheinungsbild: begrenzte Abonnentenzahl, auf Spenden angewiesen, zahlen (meist) keine Honorare. Und fallen übereinander her. Sie können zueinander nicht kommen. Eine wahre Freude für die wahren Gegner. Ich – 95 Jahre alt – habe eine Erinnerung. 1932 trat ich in die KPD ein. Bei meinem ersten Zellenabend erlebte ich ein Rededuell zwischen einem KP- und einem KPO-Genossen. Es kam zu keiner Einigung. Es war 5 vor 12. Es ist immer 5 vor 12.

Dr. h. c. Kurt Schwaen, Berlin

Wenn ich mich als 21jähriger in meiner Altersklasse – in meinem persönlichen Umfeld – umsehe, kann ich nur sagen: Scheiße! Jegliche Geste der Freundlichkeit deutet man als Schleimerei. Jede angebotene Hilfe wird einem so ausgelegt, daß man sich nur ein Hintertürchen schaffen will. Als ich mich mit ein paar ehemaligen Klassenkameraden in einem Pub traf, wurde zufällig das Lied Hiroshima gespielt. Ich bekam Tränen in den Augen und alle fragten mich, was denn los sei. 90 Prozent wußten nicht, was in Hiroshima und Nagasaki geschehen ist. Als ich sagte, was diese Namen bedeuten, erntete ich nur verständnislose Blicke nach dem Motto „Das geht mich nichts an“.

Wenn wir uns nicht mehr um die Jugend kümmern, dann wird nichts daraus, daß unsere Enkel es besser ausfechten. Dann werden es bestenfalls unsere Urenkel sein.

P. S. Revolutionäre Grüße möchte ich an Genossen Karl Mundstock senden. Ich lese die von ihm empfohlenen Bücher „Meine tausend Jahre Jugend“ und „Sturm auf Essen“. Vielen Dank für den Hinweis.

Kai Bergmann, Mahlow

Ich bin ein 15 Jahre alter marxistisch-sozialistisch ausgerichteter Punk und interessiere mich für Ihre Zeitung!!!

Max Eickmann, Recklinghausen

Unlängst stellte man im NDR („Land und Leute“) eine Metallbau GmbH und deren Juniorchefin vor. Es war jene Firma, die den Auftrag zur Restaurierung der Skulpturen des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow erhalten hatte. In den wenigen Minuten Sendezeit bemühte sich die junge Frau, ihr Interesse für die Geschichte um 1945 und die Befreiung Berlins zum Ausdruck zu bringen.

Wir hatten den Wunsch, ihr für die Wiederherstellung der historischen Figuren zu danken. Ihr Auftreten vor der Kamera machte uns dazu Mut. So nahmen wir den Kontakt auf und baten darum, bei den Arbeiten einmal „über die Schulter“ schauen zu dürfen. Die Erneuerung der Denkmalsteile war bereits abgeschlossen, aber wir erhielten eine Einladung für den Tag der Rückführung. Der Empfang war herzlicher und aufgeschlossener als erwartet. Man zeigte uns die Werkhalle, die bereits rekonstruierte Statue des Sowjetsoldaten, den die Beschäftigten „unseren Russen“ nannten. Bei einer Tasse Kaffee brachte die 23jährige Juniorchefin zum Ausdruck, in ihren letzten Schuljahren habe sie im Geschichtsunterricht wenig über die Zeit der Befreiung erfahren, aber die historische Wahrheit sei ihr wichtig.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Art und Inhalt des „RotFuchs“ gefallen mir sehr. Ich würde gerne Dauerabonnent werden. Von Beruf bin ich Maler. Meiner Meinung nach ein sehr guter und somit automatisch ein völlig überflüssiges Wesen in dieser Gesellschaft. Das bedeutet, daß ich selten über Geld verfüge und somit als Sponsor Ihrer Zeitschrift nicht in Frage komme. Da mein malerisches Schaffen oft auch politische Themen berührt, könnte ich

Ihnen Reproduktionen meiner Arbeiten, die man im engeren Sinne so einstufen könnte, zur Verfügung stellen. Anbei drei Kostproben.

Walter Lauche, Rietz

Die letzten 12 Jahre meines Berufslebens arbeitete ich als Kreissekretär der Nationalen Front. Der Artikel von Rudolf Janert hat mein altes Herz – ich bin Jahrgang 1914 – erwärmt. Habe mit vielen seiner Parteifreunde aus der NDPD gut zusammengearbeitet und erinnere mich gerne an sie. Lege ein autobiographisches Büchlein als Geschenk für Rudolf Janert bei und bitte herzlichst, es ihm zu überreichen.

Kurt Neukirchner, Burkhardtsdorf

Der aktuelle „RotFuchs“ ist sehr gelungen. Ich habe ihn mit Interesse gelesen und bin immer wieder froh darüber, einen solchen Schatz zu erhalten. In diesem Land, wo Information der Zwillingbrüder von Manipulation ist, sind wirkliche Nachrichten und Standpunkte rar. Wie der gelernte DDR-Bürger richtig formuliert: Ich denke, also bin ich hier falsch. Da ist viel Wahres kurz gesagt.

Hervorragend an der Nummer 76 ist aus meiner Sicht der „Notschrei in letzter Minute“ von Dr. Rudolf Drux. Die Fortsetzung erwarte ich mit Spannung. Nicht, daß das Thema neu wäre. Mir imponiert die Sachlichkeit und die präzise Auflistung der Gefahren, die menschengemacht sind. (...) Ebenso beeindruckt mich der Beitrag von Rolf Bullerjahn (Issa eja! wie ick schreim tu“. Für mich brachte er neue Sichtweisen auf die Rechtschreib-„Reform“, die dem schändlichen Mißbrauch des Wortes „Reform“ in diesem Land ein trauriges Kapitel hinzufügte. Dem Autor ein dickes Lob. (...) Heute lese ich in unserer „Münsterländischen Tageszeitung“, daß im ZDF eine Doku-Reihe „Die Befreiung“ läuft. Und was wird dokumentiert? Die Befreiung vom Beginn der Landung in der Normandie und der Weg der Westmächte bis zur Kapitulation! Wäre das nicht einen Leitartikel wert?

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Im „RotFuchs“ wird bestes Deutsch in bewährter Orthographie gepflegt. Ich habe mir deswegen erlaubt, Ihre Monatsschrift in die Liste der Erzeugnisse in der traditionellen Qualitätsrechtschreibung auf unserer Internetseite für gutes Deutsch aufnehmen zu lassen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich nicht im Zusammenhang mit Ihrer Publikation genannt werden möchte und deshalb anonym bleibe.

Anonymus

Angesichts der Doppelzüngerei der PDS-Führung kann ich diese Partei nicht wählen. Für mich gibt es nur eine ehrliche Alternative. Sie heißt DKP. Das gilt für die Europa-Wahlen wie für die brandenburgische Landtagswahl am 19. September, zu der 2000 Unterstützer-Unterschriften gesammelt werden müssen. Machen wir bei der DKP unser Kreuzel! Man muß eine echte Opposition wählen. Lernen wir aus den verhängnisvollen Fehlern der Geschichte!

Burkhard Kammhoff, Templin

Da der „RotFuchs“ ein nahezu einzigartiges Forum für den Gedankenaustausch ist, möchte ich ein paar Bemerkungen zum Beitrag von Wolfgang Clausner in Nr. 76 machen. Er beschäftigt sich mit einer Thematik, die auch immer wieder in den Leserzuschriften auftaucht. Es geht um die Gewissensfrage: Soll man unter den gegebenen Bedingungen überhaupt an Wahlen teilnehmen – oder besser nicht? Und noch weiter zugespitzt: Kann ich guten Gewissens PDS wählen, obwohl in Teilen ihrer programmatischen Aussage Ansichten vertreten werden, die nicht die meinen sind?

Man merkt dem Text von Wolfgang Clausner an, daß er sich seine Entscheidung nicht leichtgemacht hat. Ich kann seine Überlegungen gut nachvollziehen, komme aber doch zu einem anderen Schluß. (...) Ich werde meine Stimme bei künftigen Wahlen nicht der „Partei der Nichtwähler“ geben, sondern (...) mich für die

Partei entscheiden, die mir noch am ehesten die Garantie für die Durchsetzung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit gibt. Und schließlich: Besser ein laues Lüftchen von links als totale Windstille ... Auch für meinen Beitrag gilt selbstverständlich, was Wolfgang Clausner so tolerant formuliert hat: „Ob nun Wahlabstinentz oder Zustimmung für das kleinere Übel – die Entscheidung darüber bleibt jedermanns ureigene Sache.“

Helmuth Hellge, Berlin

Im „RotFuchs“ Nr. 76 veröffentlicht Ihr den Artikel „Im Wechsel der Zeiten – Der Bitterfelder Weg eines DDR-Generaldirektors“ von Prof. Dr. Alfred Barth.

Heinz Schwarz ist in Leuna/Merseburg allen ehemaligen Leuna-Arbeitern gut bekannt. Er hatte ein sehr gutes Verhältnis zu ihnen. Aus diesem Grunde möchte der PDS-Kreisvorstand Merseburg/Querfurt Euren Artikel in seinem Basisblatt veröffentlichen. Ist dazu von Euch eine Genehmigung erforderlich?

Charlotte Jacobs, Bad Dürrenberg

Bemerkung der Redaktion

Der Nachdruck von RF-Artikeln unter Quellenangabe ist generell erwünscht.

Ein Freund überließ mir den April-„RotFuchs“, einige Beiträge finde ich hochinteressant wie „Die Münchener Räterepublik“, „Unverflorene Vereinnahmung“ und „Sprung auf, marsch, marsch“. Diese Artikel zeigen deutlich, daß ein wichtiger – fast der wichtigste – Punkt bei der Mobilisierung des Widerstands gegen die unmenschliche Politik deren Demaskierung ist.

Zu dem Artikel „Hochrüstungs-Maut“: Daß die Möglichkeit einer Totalüberwachung der wahren Grund für die Maut nach dem System Toll Collect ist, dürfte unbestreitbar sein. (...) Es geht wohl darum, dem Galileo-System Kunden zu verschaffen; denn die LKWs werden schon heute genauestens überwacht, und gerade die fehlende Kompatibilität mit dem bereits vorhandenen Überwachungssystem der Spediteure hat Toll Collect scheitern lassen. (...) Das Maut-Spektakel zeigt, daß die Pole der Überwachung mit Lichtgeschwindigkeit auseinanderdriften: Auf der einen Seite wird das Kapital von jeder Kontrolle freigehalten, während den Menschen andererseits ein immer engeres Kontrollnetz übergestülpt wird.

Eberhard Wendt, Kelmis

Zum Leitartikel „Politische Eiszeit?“ in Nr. 76: Man muß die Rechtsverlagerung der politischen Achse ernst nehmen. Es trifft zu: Nur wenn Sperrwälle außerparlamentarischen Widerstandes, wenn Gegenkräfte entstünden, ließe sich das Blatt wenden.

Mein in Hamburg lebender Sohn René wurde bei einer antifaschistischen Demo – sie richtete sich gegen den Nazi-Aufmarsch aus Anlaß der Wehrmachtsausstellung – mit seinen Kameraden in eine Seitengasse gedrängt und verprügelt.

Wenn der Leiter unseres Sebnitzer Ordnungsamtes empört davon spricht, daß Neonazis mit großspurigem Auftreten Ansprüche stellen, wenn ich in einem Prager TV-Sender erfahre, daß ältere Antifaschisten voller Sorge dorthin gekommen seien, weil man sie telefonisch bedroht habe, dann frage ich mich, wo das enden soll ...

Dr. Heinz Senenko, Sebnitz

Im September 2002 bekam ich von einer Genossin meiner PDS-Basisorganisation erstmals einen „RotFuchs“. Ich habe ihn nicht nur von der ersten bis zur letzten Seite mit großer Aufmerksamkeit gelesen, sondern sofort auch Übereinstimmung (...) festgestellt. Seitdem warten wir – meine Frau und ich – mit wahrer Ungeduld auf jede neue Ausgabe. Als Vorsitzender einer Cottbusser Senioren-Basisorganisation der PDS betrachtete ich Eure Zeitschrift stets als eine wahre Fundgrube für die inhaltliche Gestaltung unserer monatlichen Mitgliederversammlung. Als in der PDS die Diskussion des neuen Par-

teiprogramms begann, haben uns Beiträge im „RotFuchs“ manche Impulse gegeben.

Nachdem ich im RF Nr. 67 das Interview mit Prof. Mebel gelesen hatte, erklärte ich im August 2003 schweren Herzens ebenfalls meinen Austritt aus der PDS. Als Sympathisant nehme ich weiter an den Zusammenkünften teil. In einer der letzten Versammlungen wurde die Frage aufgeworfen, ob es in Cottbus eine Regionalgruppe des RF-Fördervereins gibt. Einige von uns möchten eintreten und dort mitarbeiten.

Horst Zimmermann, Cottbus

Bemerkung des Fördervereins

Wir warten auf eine Initiative der Cottbusser Genossen.

Ich habe über 40 Jahre in Berlin politisch gearbeitet und war die letzten zehn Jahre vor der Wende Parteisekretär in einem Großbetrieb mit über 5000 Beschäftigten. Nach 1989 bemühte ich mich, unsere marxistischen Positionen in der PDS zu verteidigen und für neue politische Möglichkeiten zu ringen. (...) Die PDS hat sicher strategische und taktische Fehler begangen, dennoch war sie für viele Genossen stets Hoffnung. Leider hat Eure „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ nicht immer dazu beigetragen, das Kampfbündnis der Linken zu festigen. Ich meine z. B. den Beitrag von Wolfgang Clausner zum Buch Ingo Wagners in Nr. 76. In anderen Artikeln werden führende PDS-Genossen persönlich verunglimpft. Auch wird das Parteiprogramm der PDS verleumdung und man gewinnt den Eindruck, daß irgendwo in Deutschland eine Zentralstelle der wahren Marxisten-Leninisten existiert. Warum geht der „RotFuchs“ auf diese Linie?

Erhard König, Berlin

Ich möchte meine Meinung zu den Leserbriefen von Egon Eismann und Günter Rodigast im RF Nr. 76 sagen.

Frau Christina Emmrich, PDS-Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen und Frau Birthler von der bekannten „Behörde“ schmierten gemeinsam in der Normannenstraße folgenden Text an die Wand: „Hier befand sich von 1950 bis 1990 das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Es sicherte durch politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung die Diktatur der SED. Am 15. Januar 1990 besetzten Bürgerinnen und Bürger diesen Gebäudekomplex.“

Frau Emmrich steht in den Führungsetagen der PDS nicht allein da. André Brie, der Spitzenideologe, bezeichnete die DDR als genauso verbrecherisch wie und noch gewalttätiger als der Faschismus. Exfraktionsvorsitzender Roland Claus entschuldigte sich bei Kriegsverbrecher Bush, weil einige PDS-Mandatsträger ein Transparent gegen seinen Krieg im Bundestag entrollt hatten. Solches Verhalten kann man schwerlich damit abtun, daß man den Kritikern „sinnlose Grabenkämpfe“ unterstellt. (...)

Zugleich aber sei gesagt, Hut ab vor den Tausenden PDS-Mitgliedern und Funktionären an der Basis, die sich ehrlich und aufopferungsvoll für eine wahrhaft sozialistische Politik gegen Sozialabbau, Krieg und Rüstung, gegen den systembedingt immer stärker auftretenden Neofaschismus einsetzen.

Gerhard Naumann, Berlin

Vor wenigen Tagen bekam ich eine Mail, in der sich der Absender auf die „positiven“ Äußerungen des Bundesgeschäftsführers der PDS bezieht. Zum Glück hatte ich einen sehr guten Staatsbürgerkundelehrer in der Berufsausbildung, der mit uns Zitate analysierte. Rolf Kutzmutz beruft sich in seinen Aussagen auf Lothar Bisky und dessen 8-Punkte-Programm für Ostdeutschland vom August 2003. Es gehe um „die Nutzung aller Spielräume der Europäischen Verträge statt neoliberaler Experimente“, heißt es da. Wie wird doch in dem einen Satz die Mehrheit der einfachen Menschen betrogen! Wer hat denn die Europäischen Verträge ausgearbeitet und verabschiedet? Sie bilden die

Grundlage des „Neoliberalismus“. Das aber ist nur ein anderer Ausdruck für den Imperialismus unserer Tage. Schön, daß Bisky und seine Genossen diese „Spielräume“ nutzen wollen. Ich glaube jedoch kaum, daß das zugunsten der einfachen Menschen in Deutschland möglich ist. „Die Chancen der EU-Erweiterung aktiv nutzen“, ist eine weitere Forderung. Diese Chancen sehen so aus, daß die Armut im Osten dadurch gemildert werden soll, daß man sie weiter nach Osten verschiebt. Wenn die Menschen der neuen EU-Staaten bis aufs Blut ausgesaugt werden, können vielleicht auch die „Ossis“ in Deutschland davon etwas abbekommen. Prima Aussichten – vor allem, wenn sie ein „Sozialist“ anbietet.

Günther Wassenaar, Reinsdorf-Dobien

Mit Interesse und intensiv lese ich den „RotFuchs“. Auch informiere ich mich schnell, damit jede Ausgabe ihre Runde macht und durch viele Hände und Köpfe geht. Ich finde erstaunlich, daß es Euch immer wieder gelingt, ca. 10 % jeder Nummer dem Leserforum zu widmen. Mit der Meinung von Egon Eismann in Nr. 76 stimme ich voll überein. Wir haben zusammen 40 Jahre an einer Front gestanden, um die DDR militärisch zu schützen. Auch ist mir in guter Erinnerung, wie Egon mit Erfolg um den Erhalt der Wernigeroder Karl-Marx-Büste kämpfte. Seine inhaltliche Aussage möchte ich mit meinen Erfahrungen als aktives PDS-Mitglied in Suhl vertiefen. Ich halte nichts von verbalen Rundumschlägen gegen „die PDS“ und andere linke Kräfte. Damit kommen wir nicht weiter. Sie dienen eher dem politischen Gegner.

Hans Linke, Suhl

Wahlen zum Europaparlament und zu Landtagen stehen bevor. Wo die DKP kandidiert, wähle ich natürlich ihre Liste. Tritt sie nicht an, steht die Frage: PDS oder Nichtwählen. Eine Differenzierung halte ich für erforderlich. Die PDS ist ja nicht homogen. Sie besteht aus dem Parteivorstand, der eine revisionistische Politik betreibt (von Ausnahmen wie Sahra Wagenknecht u. a. abgesehen) und der Basis, an der es eine große Zahl von Kommunisten, Sozialisten und anderen fortschrittlichen Menschen gibt. Wenn die PDS die 5-Prozent-Klausel überspringt, hätte die Basis die Möglichkeit, auf ihre Parlamentsvertreter einzuwirken. Die Chance, alternative Vorstellungen als Opposition darzulegen, bestünde. (...) Wenn ich mir nun die Frage stelle: PDS oder Nichtwählen, so komme ich zu dem Entschluß: Ich wähle PDS. Abstinenz ist eine verlorene Stimme, die nur den bürgerlichen Parteien zugute kommt.

Herbert Thomas, Berlin

Eure Artikel und Analysen geben uns viel Kraft. Es ist für die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland von großem Wert, daß es den „RotFuchs“ als Informationsorgan und Organisator gibt. Ich wünsche Euch Erfolg als einem Wegbereiter für die künftige Schaffung einer auf die Massen gestützten marxistischen Partei.

Manfred Wulf, Glauchau

Lieber Bernd Fischer, bitte, bitte nicht mehr diesen Außenminister bei seinem Kosenamen nennen (RF 76, S. 18). Dieser gewalttätige und skrupellose Mann heißt Joseph Fischer!

Peter Franz, Weimar

Die Zeitschrift ist ein Lichtblick in dunkler Zeit und ein Kompaß für den Weg in die Zukunft. Bitte senden Sie im Umschlag ein Werbeexemplar an ...

Johannes Bär, Bensheim

Im RF vom Januar 2004 wirft uns Dr. Vera Butler den „Widerspruch zwischen Religion und Atheismus“ über den Ozean zu. Das wird prompt in Nr. 75 von dem evangelisch-lutherischen Theologen Peter Franz aufgefangen und mit der „Glaubensfrage“ verknüpft. Ein phantastischer Dialog, der dem Niveau des RF entspricht. (...)

Die Solidarität als Zärtlichkeit der Völker ruft zur Nächstenliebe und zur Wachsamkeit auf.

Hans R. Müller, Hamburg

Es ist immer wieder schön, sich in einer solchen Gemeinschaft wie unserem Förderverein gut aufgehoben zu wissen. Für mich und meine Frau ist dies – wir sind Mitglieder der DKP-Gruppe Leipzig – eine Bestärkung unserer marxistisch-leninistischen Gedankenwelt, wenn wir besonders über die Zeitschrift im Kontakt mit vielen guten Freunden und auch Kampfgefährten aus vergangenen und heutigen Zeiten stehen können. Gäbe es den „RotFuchs“ nicht, man müßte ihn unbedingt erfinden. Anhand der dort geführten Diskussion stehen wir mit vielen Bekannten im Gespräch. Wir stellen ihnen unser Exemplar auch zum Lesen zur Verfügung. Auf diese Weise ist vom Leipziger „RotFuchs“-Kessel auch hier bei uns in der Dahlemer und Schmannewitzer Heide bereits ein weiterer kleiner Gang entstanden. Auch wir möchten dazu beitragen, daß nach dem Leninschen Vorbild der „Iskra“ eines Tages aus dem Funken die Flamme schlägt.

Karl-Heinz Buschmann, Schmannewitz

Anerkannte Berater der Bundesregierung gelangten kürzlich zu der Erkenntnis, der Aufbau Ost sei gescheitert (wörtliche Aussage: „Der Osten verarmt, verummt und vergeist!“). Wenn jetzt solche offenen Worte fallen, muß es um den Osten schlechter bestellt sein, als bisher zugegeben wurde.

In Deutschland will man das weitere Überleben des Kapitalismus durch die „Agenda 2010“ sichern. Dabei ist es unerheblich, welche der etablierten Parteienkonstellationen gerade die Macht ausübt. Keine rüttelt in irgendeiner Weise an den Grundpfeilern des Systems. Deshalb sollten die bevorstehenden Wahlen nicht nur der Entscheidung über Abgeordnete dienen, sondern zur politischen Generalabrechnung mit den Herrschenden und ihren Parteien genutzt werden. **Gottfried Fleischhammer, Leipzig**

Durch Zufall habe ich ein Exemplar des RF in die Hände bekommen. Es war für mich eine Erfrischung, die ich wie ein Durstender aufgenommen habe. Dieses eine Exemplar habe ich an interessierte Genossen weitergegeben. Auf deren Reaktion bin ich gespannt.

Horst Kubasch, Bautzen

Seit einem halben Jahr bin ich begeisterter „RotFuchs“-Leser. In jeder Ausgabe fand ich Beiträge, die uns im Familien-, Freundes- und Kollegenkreis als Grundlage politischer Gespräche dienen.

Unsere Generation, die das Glück hatte, in der Kindheit und Jugend in einer von Menschlichkeit und sozialer Sicherheit geprägten Gesellschaft aufzuwachsen, kann genau einschätzen, welche Ordnung die erstrebenswertere ist. Ich betrachte es als persönliche Pflicht gegenüber den Menschen, die uns in der DDR die Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft gaben – ich erhielt eine kostenlose Ausbildung –, dieses Wissen an Jüngere weiterzugeben.

Frank Meißner, Hohenmölsen

Dem sehr informativen Artikel von Hans Rehfeldt (RF 75/76) wäre noch ein Gedanke hinzuzufügen: Bekanntlich wurden die staatlichen Finanzzuweisungen für Investitionen in der DDR an die VEB und Wohnungsgesellschaften (WG) mit der „Wende“ in marktwirtschaftliche Kredite und damit in Altschulden (52,5 Mrd. DM) umgewandelt. Gleichzeitig wurden die Zinsen mit dem sogenannten Zinsanpassungsgesetz (1991) in einem rechtlich einmaligen Vorgang gegenüber dem eher symbolischen Zinssatz der DDR vervielfacht. Die WG stellten die Rechtmäßigkeit dieser Forderungen in Frage und ließen durch ein Gutachten nachweisen, daß die Transformation der Finanzzuweisungen aus einer Planwirtschaft in marktwirtschaftliche Kredite keine rechtliche Grundlage besitzt. Daraufhin kam es zu einem Kompromiß in Form des Altschuldenhilfegesetzes: Ein Teil der Schulden

wird erlassen, wenn die WG 15 % ihres Wohnungsbestandes privatisieren und die „Altschulden“ anerkennen. Ein Akt der Erpressung und Zwangsprivatisierung. Nur selten wurden Wohnungen an private Nutzer verkauft. Sie gingen vor allem an Zwischenerwerber (Banken, Immobiliengesellschaften). Gleichzeitig hob man die Mieten zur Begleichung der „Altschulden“ an. Auf diesen Wegen verwandelten sich im Sozialismus zur Lösung der Wohnungsfrage gebaute Wohnungen in Spekulationsobjekte und die genossenschaftliche Idee, über die Selbstverwaltung der Mieter die Mietpreise gering zu halten, verlor ihren Sinn.

Dr. Ingo Kurtz, Dessau

Zum Beitrag „Dschungelheime“ im Landkreis Parchim: Seit fast zwei Jahren arbeite ich als Betreuer für ausländische Kinder und Jugendliche beim Arbeiter-Samariter-Bund in Crivitz (Landkreis Parchim). Die Kinder und Jugendlichen kommen aus dem beschriebenen Asylbewerberheim in Zapel-Ausbau (nicht Tramm) und gehen in Crivitz zur Grund- oder Regionalschule. Nach dem Unterricht warten sie etwa drei Stunden in unserem Freizeittreff auf den Schulbus. Bei uns können sie spielen, Sport treiben, Hausaufgaben erledigen, Videos sehen u. a. m. Bei etlichen Besuchen in Zapel lernte ich die dortige Situation kennen. Auf dem Gelände des Asylbewerberheimes gibt es Sportanlagen und Grünflächen. Die Räume meiner Zöglinge und ihrer Eltern sind ordentlich, geschmackvoll eingerichtet, und man verläßt sie nicht, ohne die Gastfreundschaft der Familien aus Armenien, Aserbaidschan oder Irak (Kurdistan) genossen zu haben. In der Schule halten die Kinder und Jugendlichen Kontakt zu ihren deutschen Mitschülern und in unserem Freizeittreff besonders mit den deutschen Fahr-Kindern aus dem Amtsbereich Crivitz. Die Eltern sind oft in dieser Kleinstadt, kaufen hier ein, telefonieren und treffen sich mit Bekannten, die früher auch in Zapel im Heim wohnten.

Dies alles ändert nichts an meiner grundsätzlichen Kritik an der menschenunwürdigen Asylpraxis der BRD – langwierige Verfahren, Besucherscheine, um in andere Bundesländer gelangen zu können u. v. m. Wir sollten jedoch bei aller berechtigten Kritik von überprüfbaren Fakten ausgehen.

Konstantin Brandt, Pinnow

Von 1956 bis 1990 gab es die Nationale Volksarmee der DDR, in der ich als Offizier gedient habe. Diese deutsche Armee hat als einzige an keinem Krieg teilgenommen. Sie war eine reine Verteidigungsarmee. Die Zugehörigkeit zu ihr endete in der Nacht des 2. Oktober 1990.

Es gab viele Versuche, die DDR-Armee in ein schlechtes Licht zu stellen: Stechschritt, Uniform, Parteiarmee, Waffenbrüderschaft, Überläufer nach der Auflösung.

Die Armee war ein Spiegelbild der Gesellschaft. Realistisch betrachtet befand sich die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR noch auf einer relativ niedrigen Stufe ihrer Entwicklung, wenn man die Praxis mit der Theorie vergleicht. Aber wir waren auf einer optimistisch stimmenden Wegstrecke. **Jürgen Stage, Strausberg**

Wenn sich der Bundeskanzler mal ein paar freie Minuten gönnen würde, sollte er wenige hundert Meter von seinem Amtssitz aus in östliche Richtung gehen, um ein besonders krasses Beispiel von „Aufbau Ost“ in Augenschein zu nehmen. In der Luisenstraße wird gerade ein von der DDR (dem Volk) vor weniger als 30 Jahren erbauter Wohnblock abgerissen. Das ist nicht nur ein Beispiel für Vernichtung ökonomischer Werte, nicht nur ein Akt der Kulturbarbarei, sondern Unmoral in höchster Potenz. Das Volk wird niemals einen Abriß Ost als „Aufbau Ost“ akzeptieren.

Horst Jäkel, Potsdam

Unlängst strahlte der MDR die Sendung „Tausche Ostagent gegen Westagent“ aus. Spione

der BRD und der USA berichteten dort über ihre „Arbeit“ gegen die DDR. Das erinnerte mich an die Aussagen des Mörders unseres Grenzdolmetschers Reinhold Huhn. Am 9. 7. 2000 hatte er in B1 über seine Tat berichtet, für die er nie bestraft wurde, obwohl der Bundesgerichtshof den Mord eindeutig feststellte. Übrigens: Der Mörder erhielt das Bundesverdienstkreuz, die Westagenten wurden „rehabilitiert“ und ihre „Ostkollegen“ eingekerkert. Soviel zum Rechtsstaat! Am 18. Juni jährt sich Reinhold Huhns Ermordung zum 43. Mal.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Kaum werden Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit unterbreitet, die auch die Wohlhabenden unseres Landes wenigstens etwas zur Kasse bitten, schon treten die Herren der Wirtschaft, die ihnen zugetanen Parteien und die bürgerlichen Medien auf den Plan, um diese Überlegungen mit dem Hinweis abzuschmettern, dies würde den Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze gefährden. Das war so bei Vorschlägen zur Besteuerung von Millionenerbschaften, von Erträgen aus Börsenspekulation, der Ausbildungsplatzabgabe u. a. Was mich dabei besonders betrübt, ist die Tatsache, daß selbst kleine Leute in Leserbriefen an bürgerliche Medien diesen Herrschern auf den Leim gehen. Sogar Sozialhilfeempfänger solidarisieren sich mit den Herren des großen Geldes. (...) Gut, daß es noch Medien wie unseren „RotFuchs“ gibt, die diese bürgerlichen Märgen enttarnen. Leser R. Sulzbach hat völlig recht, wenn er schreibt, daß Hungerlöhne und Rentenkürzungen sowie der immer brutaleren Sozialabbau Kaufzurückhaltung und Konsumzurückförderung. Sie stehen der Binnennachfrage im Weg. Keine gesunde Volkswirtschaft aber kann allein vom Export leben. Millionen Menschen müssen auch deshalb vorsichtig beim Geldausgeben sein, weil sie nicht wissen, welche sozialen Grausamkeiten das herrschende System für sie noch bereithält. Bei 12 und mehr Prozent Bankzinsen für überzogene Dispokredite können Schulden den Ruin vieler Familien bedeuten. Die Banken sind darin gnadenlos.

G. Böttcher, Arnstadt/Thüringen

Mein Freund aus Kiew hat mir Auszüge von Artikeln des recht bekannten sowjetischen bzw. russischen Wissenschaftlers und Publizisten S. G. Kara-Mursa geschickt. Viele Abschnitte haben mich in Begeisterung versetzt. Zum Beispiel dieser: „Unsere Intelligenz hat mit Enthusiasmus Gorbatschow unterstützt. Heute versteht praktisch jeder seinen Schuldanteil. Aber was soll die Intelligenz machen? Sie hat doch das Feuer nicht entfacht – sie hat nur die Formulierung geschaffen, die Worte ausgewählt. Das ist die ewige Logik der intellektuellen Autoren jedes Verbrechens: Wir haben ja nichts angesteckt, sondern nur die Streichhölzer geliefert. (...) Ich habe alles durchgelesen, was ich ab Mitte der 70er Jahre geschrieben habe. Alles, nur für sich genommen, ist richtig. Aber als Bestandteil des Ganzen, was wir als Perestroika in Erinnerung haben, bekommt dieses Richtige den Charakter der Mittäterschaft.“

Für welche Freiheit kämpften unsere Ingenieure und Wissenschaftler? Für die Freiheit wovon? Es gibt doch keine absolute Freiheit. In jeder Gesellschaft ist der Mensch durch bestimmte Strukturen und Normen eingeschränkt – lediglich sind diese in unterschiedlichen Kulturen unterschiedlich. Aber diese Frage wurde gar nicht gestellt – die Intelligenz träumte buchstäblich von der „Freiheit des Regenwurms“, die durch keinerlei Gerippe eingeschränkt wird. Der Regenwurm kann seinen Körper an beliebiger Stelle verbiegen. Wir Menschen können uns nur innerhalb der Gelenke bewegen. Aber wir können uns aufrichten, auf den Beinen stehen, was der Wurm nicht kann.“

Ich dachte, diese Äußerungen Kara-Murasas wären von Interesse für unsere Leser.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin



Wer Terror sät ...

Grafik: Klaus Parche

Am **18. Juni**
stellt der bekannte Publizist
Jürgen Elsässer
sein neues Buch

Kriegslügen

Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozeß

auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Berlin
in der Begegnungsstätte der
Volkssolidarität
Torstraße 203-205 vor.
Beginn: 16.30 Uhr
Gäste und Interessenten
sind herzlich eingeladen.

**Die Regionalgruppe Rostock
hat am 18. Juni um
17.00 Uhr Generaloberst a. D.
Werner Großmann, letzter
Chef der HVA, zu Gast.**

Er spricht und diskutiert
zum Thema

Kundschafter im Westen

Die Veranstaltung findet in der
Begegnungsstätte der
Volkssolidarität in der
Bremer Straße 24 statt.

Mitglieder, Leser und Interessierte
werden erwartet.

In der

Regionalgruppe Strausberg

präsentiert **Dr. Joachim Mitdank**,
bis 1990 Botschafter der DDR
in Großbritannien und Irland,
am **12. Juni um 9.30 Uhr**
sein Buch zur

Berlin-Problematik

 vor.

Die Veranstaltung findet in der
Gerhart-Hauptmann-Straße 6 statt.
Wir versprechen uns eine lebhafte
Diskussion.

I M P R E S S U M

**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
E-Mail:
rotfuchs.berlin@t-online.de
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759